

Haushaltssicherungskonzept

- Fortschreibung -

zum Haushaltsplan-Entwurf 2007

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT DER STADT ESSEN 2007 FF.

A. FINANZSITUATION DER STADT ESSEN UND IHRE URSACHEN	2
1. UMSTELLUNG DES RECHNUNGSSYSTEMS ZUM 01.01.2007	2
2. ERÖFFNUNGSBILANZ, ERGEBNISPLANUNG UND HAUSHALTAUSGLEICH	2
2.1 ERÖFFNUNGSBILANZ	2
2.2 ERGEBNISPLANUNG	6
2.3 HAUSHALTAUSGLEICH	11
3. SITUATION DER STÄDTE UND GEMEINDEN	14
4. SITUATION DER RUHRGEBIETSKOMMUNEN	14
B. STRATEGISCHE HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG: ZUKUNFTS- UND KONSOLIDIERUNGSSTRATEGIE	17
1. EINFÜHRUNG	17
2. NACHHALTIGKEIT DER ESSENER HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG	18
3. 7-PUNKTE-PROGRAMM - 100 Mio. EURO PLUS	20
3.1 KOSTENSENKUNG AUF DAS NIVEAU ANDERER KREISFREIER STÄDTE (BENCHMARKING)	20
3.2 NEUAUSRICHTUNG GROßER AUFGABENBEREICHE UND KOSTENBLÖCKE	24
3.3 ANPASSUNG DER INFRASTRUKTUR AN VERÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN / BESCHRÄNKUNG AUF Kernaufgaben / PRIORISIERUNG KOMMUNALER AUFGABEN	29
3.4 IMMOBILIENSTEUERUNG	32
3.5 ZENTRALISIERUNG VON QUERSCHNITTAUFGABEN	34
3.5.1 KERNVERWALTUNG	34
3.5.2 KONZERN	36
3.6 OPTIMIERUNG DER BETEILIGUNGEN DURCH PORTFOLIOMANAGEMENT	38
3.7 ENTSCULDUNG IM KONZERN	44
4. BILANZ DER BISHERIGEN KONSOLIDIERUNGSBEMÜHUNGEN UND HSK-TABLEAU FÜR DEN FINANZPLANUNGSZEITRAUM 2007 - 2010	49
C. KONSOLIDIERUNGSPROGRAMM 2007 FF.	52
1. PERSONALAUSGABEN	52
2. KONSOLIDIERUNGSBEITRÄGE UND BUDGETWERTE	54
<u>ANLAGE</u>	
1. AUSGEWÄHLTE FINANZDATEN DER ZWÖLF GRÖßTEN STÄDTE (OHNE STADTSTAATEN)	66
2. PRODUKTBEREICHSBUDGETS	69
3. PORTFOLIOMANAGEMENT	70

A. FINANZSITUATION DER STADT ESSEN UND IHRE URSACHEN

1. UMSTELLUNG DES RECHNUNGSSYSTEMS ZUM 01.01.2007

Zum 01.01.2007 wurde das Rechnungssystem der Stadt Essen von der Kameralistik auf das doppische Rechnungssystem nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) umgestellt. Ab diesem Zeitpunkt sind die gesetzlichen Bestimmungen der geänderten Gemeindeordnung (GO NRW) und der geänderten Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) anzuwenden.

Mit dieser Umstellung ist ein tiefgreifender Paradigmenwechsel verbunden: Weg von der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben hin zu einer Darstellung des Ressourcenverbrauchs und einer Darstellung des Vermögens und der Schulden. Sichtbar wird diese Veränderung in der zum 01.01.2007 aufgestellten Eröffnungsbilanz und in dem Gesamtergebnisplan, in dem sämtliche Aufwendungen und Erträge eingeplant wurden. Es ist nunmehr eine periodengerechte Zuordnung maßgeblich und nicht, wann eine Einnahme tatsächlich eingeht oder eine Ausgabe tatsächlich geleistet wird.

Die "Generationengerechtigkeit" ist ein wesentliches Element des NKF: Der heutige Werteverzehr (Abschreibungen) und die heute erworbenen Versorgungsansprüche der aktiven Beamten (Aufwand für Versorgungsrückstellungen) - um nur zwei Beispiele zu nennen - werden als Aufwand eingeplant und müssen im Ergebnisplan "erwirtschaftet" werden.

Mit der Änderung des Rechnungssystems ändern sich die Planzahlen und damit auch zahlenmäßig die bisherigen Budgetvorgaben. Trotzdem waren selbstverständlich die vom Rat der Stadt am 21.06.2006 beschlossenen kameralen Budgetvorgaben, die in die Finanzplanung 2007 bis 2009 eingeflossen sind, bei der Haushaltsaufstellung 2007 grundsätzlich einzuhalten. Die nunmehr ausgewiesenen Budgetlinien bis 2010 entsprechen den NKF-Strukturen und spiegeln den aktuellen Erkenntnisstand wider (vgl. Kapitel C).

Der Systemwechsel bringt es mit sich, dass die Planzahlen für 2007 grundsätzlich nicht mit den kameralen Zahlen bis 2006 verglichen werden können. Trotzdem sind "Plausibilitätsprüfungen" notwendig. In den nachfolgenden Ausführungen werden hierzu Aussagen getroffen.

2. ERÖFFNUNGSBILANZ, ERGEBNISPLANUNG UND HAUSHALTAUSGLEICH

Mit der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 legt die Stadt Essen erstmalig eine systematische Gegenüberstellung ihres Vermögens und ihrer Schulden vor. Als erste Bilanz der Stadt Essen stellt sie gemeinsam mit der Ergebnis- und der Finanzplanung ein Abbild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Essen dar. Im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) kommt der Eröffnungsbilanz daher eine besondere Bedeutung zu.

2.1 ERÖFFNUNGSBILANZ

Die Eröffnungsbilanz und die notwendigen Erläuterungen werden dem Rat der Stadt mit Einbringung des NKF-Haushaltes 2007 zur Kenntnis gebracht.

Zur Beantwortung der Frage, welche Schlüsse aus der vorgelegten Eröffnungsbilanz und der Ergebnisplanung zu ziehen sind und welche Aussagen sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation ableiten lassen, erfolgt im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes eine erste Analyse zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Essen (VFE-Lage). Die Analyse beruht dabei im Wesentlichen auf der Ermittlung und Interpretation ausgewählter Kennzahlen, die mit Runderlass des Innenministers vom 03.01.2007 zur Prüfung und Bewertung der Haushalte sowie der wirtschaftlichen Lage der Gemeinden verbindlich festgelegt worden sind.

Bei der nachfolgenden Bilanzanalyse handelt es sich um eine **stichtagsbezogene Betrachtung**. Dies hat zur Folge, dass an dieser Stelle lediglich statische Aussagen über die Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Essen zum Stichtag 01.01.2007 möglich sind. Eine dynamische Betrachtung, die neben den Bestandsdaten auch zeitraumbezogene Strömungsgrößen einschließt (Erträge und Aufwendungen), erfolgt im Rahmen der Ergebnisanalyse.

Die Eröffnungsbilanz der Stadt Essen zum 01.01.2007 hat folgende Struktur:

Aktiva	€	%	Passiva	€	%
1. Anlagevermögen			1. Eigenkapital	2.098.224.920	32,35%
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	22.625.726	0,35%	2. Sonderposten	687.538.934	10,60%
1.2 Sachanlagen	3.640.443.467	56,12%	3. Rückstellungen	1.022.555.154	15,76%
1.3 Finanzanlagen	2.703.396.617	41,68%			
2. Umlaufvermögen			4. Verbindlichkeiten		
2.1 Vorräte	1.431.852	0,02%	4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	1.053.499.628	16,24%
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	60.276.312	0,93%	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.513.014.188	23,32%
2.3 Liquide Mittel	15.724.774	0,24%	4.3 - 4.6 Übrige Verbindlichkeiten	90.147.968	1,39%
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	42.951.682	0,66%	5. Passive Rechnungsabgrenzung	21.869.639	0,34%
Summe	6.486.850.434	100%		6.486.850.434	100%

Vermögenslage der Stadt Essen

Bei der Vermögensanalyse wird die **Aktivseite der Bilanz** untersucht, um genaue Aussagen darüber treffen zu können, wie das Vermögen in der Stadt Essen verteilt ist und welche Chancen und Risiken damit verbunden sind.

Zum Vermögen der Stadt Essen zählen - wie in anderen Kommunen auch - überwiegend Grundstücke, Straßen und Gebäude, also langfristige Vermögensgegenstände. Neben den immateriellen Vermögenswerten aus dem Müllveraschungsrecht des Müllheizkraftwerks Essen-Karnap (MHKW) bestehen weitere wesentliche Vermögenswerte in den eigenbetriebsähnlichen

Einrichtungen, den Beteiligungsunternehmen und den städtischen RWE-Aktien. Die Aufgliederung der Eröffnungsbilanz nach Fristigkeiten macht daher einen deutlichen Überhang an langfristig gebundenen Vermögenswerten deutlich. Die sog. **Anlagenintensität**¹ ist mit **rd. 98 %** entsprechend hoch.

Fraglich ist, ob die Stadt Essen aufgrund dieses hohen Wertes auch zukünftig weiter Eigentum schaffen und das Vermögen vermehren sollte, oder ob es wirtschaftlicher wäre, beispielsweise Immobilien anzumieten oder zu leasen (vgl. Kapitel B.3.7).

Zur Beantwortung der Frage, in welchem Umfang es sich bei dem städtischen Vermögen um Infrastrukturvermögen handelt, wird die Aktivseite der Bilanz mit Hilfe der sog. Infrastrukturquote² beleuchtet. In Essen beträgt die **Infrastrukturquote**² **rd. 21 %**, d.h. fast ein Viertel des gesamten Vermögens der Stadt ist in der Infrastruktur (Straßen, Brücken, U-Stadtbahn-Anlage der Nordstrecke, Regenwasserkanäle etc.) gebunden. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

Ein wesentlicher Vermögenswert, der in der Eröffnungsbilanz der Stadt Essen noch nicht ausgewiesen werden konnte, besteht in der Beteiligung der Stadt Essen an der **Sparkasse Essen**. In diesem Zusammenhang muss die Frage der grundsätzlichen Bilanzierung von Sparkassenanteilen noch abschließend gemeinsam mit dem Land NRW geklärt werden. Für die Darstellung der den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Vermögenslage der Stadt Essen erscheint eine Erfassung in der kommunalen Bilanz unverzichtbar, so dass nach Zustimmung durch das Land NRW eine nachträgliche Bilanzierung nicht ausgeschlossen werden kann.³

Eine nur geringe Bedeutung für die Vermögenslage der Stadt Essen hat das kurzfristige Umlaufvermögen, in dem sich die zum Bilanzstichtag bestehenden Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände widerspiegeln. Hier sind insbesondere ausstehende Gebühren- und Steuerzahlungen sowie das Treuhandvermögen zur baulichen Unterhaltung/Instandhaltung der Philharmonie erfasst.

Die **Passivseite der Eröffnungsbilanz** gibt Auskunft darüber, wie das städtische Vermögen finanziert wurde. Das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital ist hierbei von besonderer Bedeutung. Ein hoher Eigenkapitalanteil wirkt sich vorteilhaft aus. Er verbessert u.a. die Kreditbeurteilung und gewährt finanzielle Unabhängigkeit. Ein hoher Fremdkapitalanteil verursacht entsprechende Zinsaufwendungen, die die Ergebnisrechnung belasten.

Bevor das in der Eröffnungsbilanz ausgewiesene Eigenkapital der Stadt Essen in Höhe von rd. 2,1 Mrd. Euro näher beleuchtet wird, muss die grundsätzliche Bedeutung des Eigenkapitals für eine Kommune verdeutlicht werden.

Das Eigenkapital oder Reinvermögen einer Kommune schafft die Brücke zwischen den Generationen. Die Innenministerkonferenz spricht in diesem Zusammenhang von „intergenerativer Gerechtigkeit“. Wenn das Vermögen der Kommune erhalten bleibt, reicht die heutige Generation die Summe an Werten an die nächste Generation weiter, die sie von ihrer Vorgängergeneration übernommen hat. Die Notwendigkeit, dieses Vermögen zu erhalten, ergibt sich aus dem

¹ Anlagenintensität = Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme

² Infrastrukturquote = Infrastrukturvermögen x 100 / Bilanzsumme

³ Vgl. dazu im Einzelnen Nieland/Meier/Semelka/Dörschell, Der Gemeindehaushalt 1/2006, S.6-8 und Nieland/Dörschell/Meier/Semelka, Der Neue Kämmerer 12/2005, S.3.

obersten Prinzip der kommunalen Haushaltswirtschaft: Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung!

Diese grundsätzliche Bedeutung des Eigenkapitals für eine Kommune bedeutet jedoch nicht, dass die Stadt Essen keine Vermögensgegenstände veräußern sollte. Um beispielsweise Unterhaltungs- oder Zinsaufwendungen zurückzuführen, kann es notwendig werden, sich von einem Teil des Vermögens zu trennen. Die Vermögensstruktur auf der Aktivseite der Bilanz ist daher nicht statisch, sondern kann sich ständig ändern. Wesentlich ist vielmehr, dass es der Stadt Essen gelingt, den Anteil des ihr selbst gehörenden Vermögens in ausreichender Höhe zu erhalten. Die Höhe des Eigenkapitals bzw. die Eigenkapitalquote gibt daher darüber Auskunft, welcher Teil des Vermögens den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt und nicht den Banken gehört.

Das Eigenkapital der Eröffnungsbilanz ermittelt sich als Saldo der Vermögenswerte abzüglich Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiver Rechnungsabgrenzung. Es hat einen Anteil von **über 32 %** an der Bilanzsumme (**Eigenkapitalquote I⁴**).

Aus der Gesamtsumme des Eigenkapitals in Höhe von rd. 2,1 Mrd. Euro ist nach den Ermittlungsvorschriften des § 75 Abs. 3 GO ein Betrag von 295.273 TEuro der Ausgleichsrücklage zugeordnet worden. Sie entspricht einem Drittel der durchschnittlichen Steuereinnahmen und Zuweisungen der Haushaltsjahre 2004 bis 2006. In dieser Höhe besteht für die folgenden Haushaltsjahre ein Ausgleichspotenzial.

Die Sonderposten betreffen von Dritten erhaltene Zuschüsse und Zuwendungen für investive Maßnahmen, die in den kommenden Haushaltsjahren zugunsten der Ergebnisrechnung aufgelöst werden und insofern zukünftiges Eigenkapital darstellen. Werden dem Eigenkapital die Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge hinzugerechnet, erhält man das „wirtschaftliche Eigenkapital“. Es beträgt in Essen zum Stichtag 01.01.2007 rd. 2,7 Mrd. Euro. Der Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am Gesamtkapital wird durch die **Eigenkapitalquote II⁵** ausgedrückt und beträgt **41,6 %**.

Die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für pensionierte und derzeit beschäftigte Beamte in Höhe von rd. 928 Mio. Euro bestimmen im Wesentlichen die **Rückstellungen**.

Wie hoch die Bilanz der Stadt Essen durch kurzfristiges Fremdkapital⁶ belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „**Kurzfristige Verbindlichkeitsquote**“⁷ beurteilt werden. Sie beträgt zum 01.01.2007 in Essen **25,59 %**. Da die Fehlbeträge in Essen seit Jahren über Kassenkredite finanziert werden müssen, wird anhand der kurzfristigen Verbindlichkeitsquote deutlich, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite bereits auf die Finanzlage der Stadt Essen ausgewirkt haben. Das damit verbundene Zinsrisiko ist daher als nicht unerheblich einzuschätzen.

Der **Anlagendeckungsgrad I⁸** zeigt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens mit Eigenkapital finanziert ist. Er beträgt in Essen zum 01.01.2007 **rd. 33 %**; d.h. bereits zwei Drittel des Anlagevermögens sind in Essen durch Fremdkapital finanziert.

⁴ Eigenkapitalquote I = $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$

⁵ Eigenkapitalquote II = $(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Zuwendungen u. Beiträge}) \times 100 / \text{Bilanzsumme}$

⁶ kurzfristige Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr (vgl. Verbindlichkeitspiegel nach § 41 Abs. 4 GemHVO)

⁷ Kurzfristige Verbindlichkeitsquote = $\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$

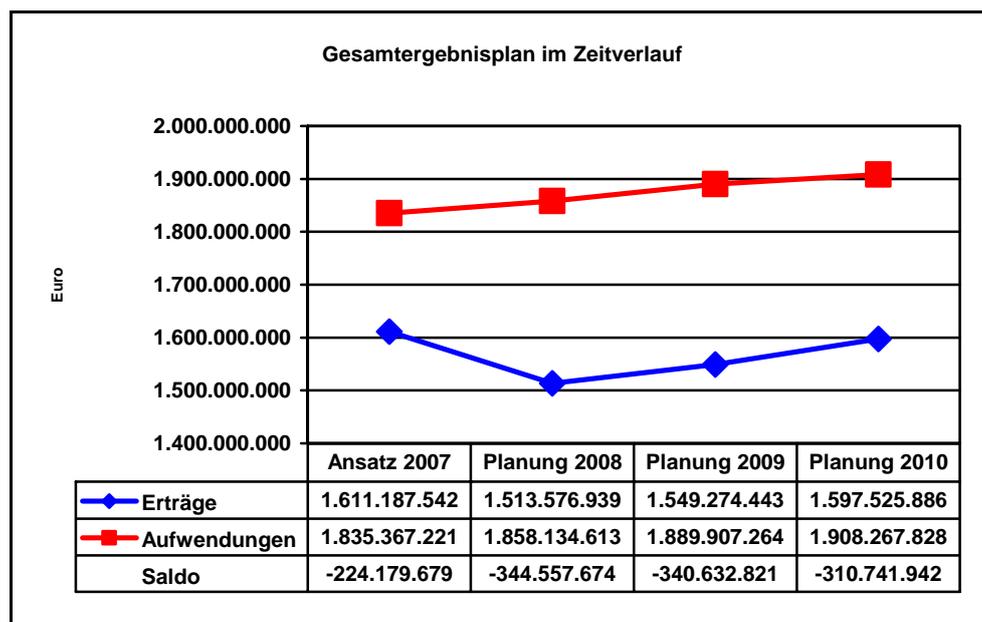
⁸ Anlagendeckungsgrad I = $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Anlagevermögen}$

Zur Beantwortung der Frage, wieviel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind, wird das gesamte Anlagevermögen mit dem in der Bilanz ausgewiesenen langfristigen Kapital⁹ ins Verhältnis gesetzt. Dieses als Anlagendeckungsgrad II bezeichnete Verhältnis sollte in der Regel 100 % betragen (**Goldene Bilanzregel**).

In Essen beträgt der **Anlagendeckungsgrad II**¹⁰ zum 01.01.2007 rd. **69 %**, d.h. bereits rd. 31 % des Anlagevermögens sind in Essen durch kurzfristige Verbindlichkeiten finanziert. Anhand dieser Kennzahl werden die Auswirkungen der seit Jahren gedeckelten Kreditrate und die Notwendigkeit, Kassenkredite in entsprechend hohem Umfang aufnehmen zu müssen, in dramatischer Weise deutlich.

2.2 ERGEBNISPLANUNG

Der Gesamtergebnisplan 2007 weist als Jahresergebnis einen **Fehlbedarf von 224,2 Mio. Euro** aus. In der nachfolgenden Grafik ist die Entwicklung der Erträge, der Aufwendungen und der Fehlbedarfe bis 2010 dargestellt.



Die Grafik zeigt folgendes Bild:

- Das Ergebnis 2007 mit einem Fehlbedarf von 224,2 Mio. Euro deutet (leider) nicht auf eine Trendwende hin; in den Jahren 2008 bis 2010 steigt der Fehlbedarf wieder auf über 300 Mio. Euro.
- Das Ergebnis 2007 wird auf der Ertragsseite durch hohe Gewerbesteuererträge beeinflusst. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf einen steuerlichen Sonderfall zurückzuführen.

⁹ Langfristiges Kapital = Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen u. Beiträge + langfristiges Fremdkapital

¹⁰ Anlagendeckungsgrad II = (Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen u. Beiträge + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen

- **In den Jahren 2008 bis 2009 steigen die Aufwendungen, im Wesentlichen bedingt durch steigende Zinsaufwendungen und durch steigende Kosten der Unterkunft (ALG II).**

Natürlich wird in der politischen Diskussion die Frage gestellt, wie die Plandaten aus dem NKF-Haushalt im Vergleich zu den Finanzplanungsdaten kameral zu bewerten sind. Auch wenn dieser Vergleich - wie bereits beschrieben - systembedingt nicht möglich ist, wird doch zumindest eine Aussage zur Plausibilität erwartet. Vor diesem Hintergrund und mit den entsprechenden Einschränkungen wird daher nachfolgend das Haushaltsjahr 2007 im NKF-Haushalt mit den kameralen Plandaten für 2007 verglichen, wobei die kameralen Daten um die kalkulatorischen und inneren Verrechnungen und um den Verlustvortrag aus Vorjahren bereinigt wurden:

	2007 kameral	2007 NKF	Differenz
Fehlbedarf (Plan)	332,6 Mio. €	224,2 Mio. €	108,4 Mio. €

Die Differenz von -108,4 Mio. Euro setzt sich im Vergleich der Erträge mit den Einnahmen und der Aufwendungen mit den Ausgaben wie folgt zusammen:

	2007 kameral	2007 NKF	Differenz
Einnahmen/Erträge	1.408.107.000 €	1.611.188.000 €	rd. 203 Mio. €
Ausgaben/Aufwendungen	1.740.739.000 €	1.835.367.000 €	rd. 95 Mio. €
Gesamt			rd. 108 Mio. €

Diese Gegenüberstellung zeigt, dass die Ergebnisverbesserung im NKF-Haushalt auf eine Steigerung der Erträge zurückzuführen ist, die durch die Steigerung der Aufwendungen um rd. 95 Mio. Euro zu dem Ergebnis von rd. 108 Mio. Euro führt. Nachfolgend werden die wesentlichen Gründe der Ertrags- und Aufwandsentwicklung aufgezeigt:

Erträge:

Gegenüber den kameralen Daten der Finanzplanung für 2007 steigen die Erträge um rd. 203 Mio. Euro. In diesem Betrag sind Steigerungen bei den Steuern und den Schlüsselzuweisungen von insgesamt rd. 125 Mio. Euro enthalten. Allein auf die Gewerbesteuer entfällt eine Steigerung von rd. 102 Mio. Euro. Weitere rd. 55 Mio. Euro sind "systembedingte Mehrerträge", die vorher im Vermögenshaushalt veranschlagt waren.

Aufwendungen:

Gegenüber den kameralen Daten der Finanzplanung steigen die Aufwendungen um rd. 95 Mio. Euro. Diese Steigerung ist im Wesentlichen auf 3 Faktoren zurückzuführen:

Erhöhung der Zinsaufwendungen	rd. 10 Mio. €
Differenz zwischen Abschreibungen und Zuführung Vermögenshaushalt	rd. 30 Mio. €
Systembedingte Veranschlagungen (bisher Vermögenshaushalt)	rd. 55 Mio. €

Die weitere Analyse der VFE-Lage¹¹ der Stadt Essen beschäftigt sich hinsichtlich der Ertragslage mit dem Erfolg bzw. dem Jahresergebnis und dessen Zustandekommen. Grundlage für die Analyse ist der Ergebnisplan bzw. die Ergebnisrechnung. Bei den nachfolgenden Kennzahlen zur Beurteilung der Ertragslage ist zu berücksichtigen, dass die Stadt Essen erstmals zum 01.01.2007 eine Eröffnungsbilanz vorlegt und naturgemäß eine Ergebnisrechnung für das Vorjahr nicht vorgelegt werden kann. Die gebildeten Kennzahlen basieren nicht auf Ist-, sondern auf Planwerten des Gesamtergebnisplans 2007.

Gesamtergebnisplan 2007		Ansatz 2007 €
1	Steuern und ähnliche Abgaben	752.319.600
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	374.932.898
3	+ Sonstige Transfererträge	8.207.650
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	247.090.835
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	32.251.321
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	106.715.200
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	70.457.300
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	4.499.968
9	+/- Bestandsveränderungen	
10	= Ordentliche Erträge	1.596.474.772
11	- Personalaufwendungen	-300.955.350
12	- Versorgungsaufwendungen	-55.859.550
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-379.061.676
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-82.045.628
15	- Transferaufwendungen	-644.058.514
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-248.549.503
17	= Ordentliche Aufwendungen	-1.710.530.221
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-114.055.449
	davon Verwaltungsergebnis	+2.726.218
	davon Beteiligungsergebnis	-116.781.667
19	+ Finanzerträge	12.162.770
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-122.287.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-110.124.230
22	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)	-224.179.679
23	+ Außerordentliche Erträge	2.550.000
24	- Außerordentliche Aufwendungen	-2.550.000
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0
26	= Jahresergebnis (=Zeilen 22 und 25)	-224.179.679
27	+ Entnahme aus Rücklagen	224.179.679
28	= Bilanzergebnis	0

¹¹ VFE-Lage = Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Wie aus dem Gesamtergebnisplan 2007 deutlich wird, sind folgende Einzelergebnisse am Zustandekommen des negativen Jahresergebnisses 2007 in Höhe von rd. -224 Mio. Euro beteiligt:

		2007
Verwaltungsergebnis		+ 2.726.218 €
Beteiligungsergebnis ¹²		- 116.781.667 €
Finanzergebnis		- 110.124.230 €
Jahresergebnis	=	- 224.179.679 €
Entnahme aus Rücklagen		+ 224.179.679 €
Bilanzergebnis	=	+/- 0 €

Für die Planungsperiode bis 2010 ergibt sich nach dieser Analyse folgendes Bild:

		2008	2009	2010
Verwaltungsergebnis		- 103.857.924 €	- 82.610.771 €	- 38.959.792 €
Beteiligungsergebnis ¹²		- 115.273.970 €	- 113.404.620 €	- 112.023.620 €
Finanzergebnis		- 125.425.780 €	- 144.617.430 €	- 159.758.530 €
Jahresergebnis	=	- 344.557.674 €	- 340.632.821 €	- 310.741.942 €
Entnahme aus Rücklagen	+	+ 344.557.674 €	+ 340.632.821 €	+ 310.741.942 €
Bilanzergebnis	=	+/- 0 €	+/- 0 €	+/- 0 €

Zur weiteren Analyse der Ertragslage dienen in erster Linie Strukturkennzahlen, aus denen sich der Anteil einer Ertrags- oder Aufwandsart an den Gesamterträgen oder Gesamtaufwendungen ablesen lässt.

Die **Steuerquote¹³ der Stadt Essen beträgt im Jahr 2007 rd. 47 %** und muss trotz geplanter Gewerbesteuermehrereinnahmen im Jahr 2007 als nicht ausreichend bewertet werden. Aufgrund der geplanten Unternehmenssteuerreform muss im Finanzplanungszeitraum darüber hinaus mit einer sinkenden Steuerquote gerechnet werden.

Die Zuwendungen Dritter im Finanzplanungszeitraum gehen leicht zurück. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Schlüsselzuweisungen des Landes. Die sog. **Zuwendungsquote¹⁴ in Essen beträgt im Jahr 2007 rd. 23 %**.

Die für das Jahr 2007 geplanten **Personalaufwendungen** in Höhe von rd. 300,9 Mio. Euro entsprechen **rd. 18 %** der gesamten ordentlichen Aufwendungen (**Personalintensität 1¹⁵**). Zusätzlich der Versorgungsaufwendungen in Höhe von rd. 55,8 Mio. Euro beträgt der Anteil der personalbedingten Aufwendungen rd. 21 % an den gesamten ordentlichen Aufwendungen. Eine Bewertung dieser Quoten kann nur im interkommunalen Produktvergleich und nur unter Berücksichtigung erfolgter Ausgliederungen erfolgen.

¹² Spezifizierung siehe S. 41

¹³ Steuerquote = Steuererträge x 100 / Ordentliche Erträge

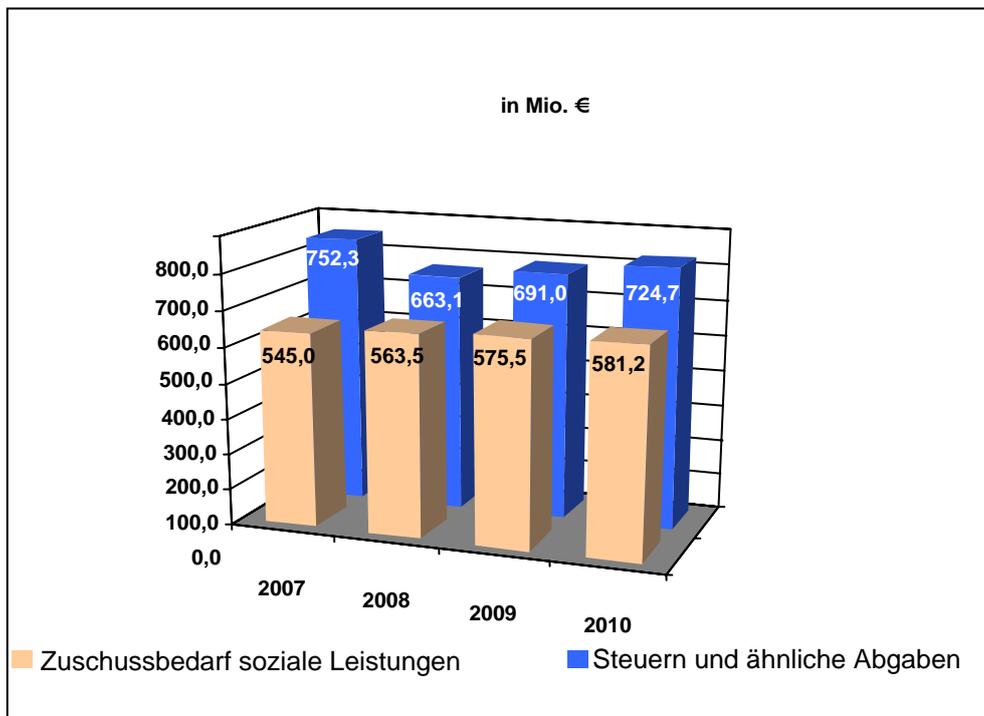
¹⁴ Zuwendungsquote = Zuwendungen x 100 / Ordentliche Erträge

¹⁵ Personalintensität I = Personalaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen

Zur Klärung der Frage, in welchem Ausmaß die Stadt Essen Sach- und Dienstleistungen von Dritten in Anspruch nimmt, wird die sog. **Sach- und Dienstleistungsintensität**¹⁶ ermittelt. Der geplante Umfang in Essen beträgt im Jahr 2007 rd. 380 Mio. Euro bzw. **22,16 %** der ordentlichen Aufwendungen.

Mit der **Transferaufwandsquote**¹⁷ wird ermittelt, in welchem Umfang die Kommune durch Transferaufwendungen belastet wird. In Essen beträgt die Quote im Jahr 2007 **rd. 38 %**, d.h. mehr als ein Drittel der ordentlichen Aufwendungen bestehen aus Transferzahlungen. Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass es sich bei Transferaufwendungen um Leistungen nach SGB II, nach SGB VIII, nach SGB XII (Grundsicherung), Umlagen an den Landschaftsverband und an den Regionalverband Ruhrgebiet, Zuschüsse an kommunale Sonderrechnungen für lfd. Zwecke, Gewerbesteuerumlage und Finanzierungsbeteiligung Fond Deutsche Einheit handelt. Nicht enthalten ist die Leistungsbeteiligung der Stadt Essen an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende (Hartz IV), da es sich bei diesen Aufwendungen um „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ handelt. **Die Transferaufwandsquote gibt daher nicht das Verhältnis der Sozialaufwendungen an den gesamten ordentlichen Aufwendungen wider.**

Um festzustellen, in welchem Ausmaß der Essener Haushalt durch „Soziale Leistungen“ belastet wird, ist der Zuschussbedarf für die Produktbereiche 1.05 (Soziale Leistungen) und 1.06 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) sowie die Umlage an den LVR den Steuereinnahmen gegenüberzustellen. Wie die nachfolgende Grafik verdeutlicht, müssen bereits im Jahr 2007 über 70% der gesamten Einnahmen aus Steuern und ähnlichen Abgaben für soziale Leistungen aufgebracht werden.



Gegenüberstellung des Zuschussbedarfs für soziale Leistungen und der Einnahmen aus Steuern und ähnlichen Abgaben

¹⁶ Sach- und Dienstleistungsintensität = Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen

¹⁷ Transferaufwandsquote = Transferaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen

Setzt man die Aufwendungen für diese sozialen Leistungen ins Verhältnis zu den gesamten ordentlichen Aufwendungen, so liegt dieser Anteil in Essen bei rd. 41 % (2007) und wird im Jahr 2010 einen Wert von rd. 43 % angenommen haben. Dieses Ergebnis bewegt sich auf dem Niveau der Ruhrgebietskommunen (vgl. Kapitel A.4).

Die **Zinslastquote**¹⁸ wird nach den derzeitigen Planungen von **7,15 % im Jahr 2007** auf **rd. 10 % im Jahr 2010** ansteigen. Das bedeutet, dass die Zinsaufwendungen im Jahr 2010 bereits eine Größenordnung von 10 % aller Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausmachen und den Haushalt der Stadt Essen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen belasten. Dies entspricht im Jahr 2010 einem Betrag von rd. 171,4 Mio. Euro an Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen, die den Haushalt der Stadt Essen zusätzlich belasten werden.

Wie bereits erläutert, weist der Gesamtergebnisplan als Jahresergebnis einen Fehlbedarf von 224,2 Mio. Euro aus. Inwieweit dieses Ergebnis auf die laufende Verwaltungstätigkeit zurückzuführen ist, oder ob das Jahresergebnis mehr durch das Finanzergebnis der Stadt Essen beeinflusst wird, lässt sich durch die **Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit**¹⁹ feststellen. Sie beträgt im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2010 rd. **55 %**. Damit hat die Finanzrechnung einen Anteil von durchschnittlich 45 % an den Jahresergebnissen 2007 bis 2010. Dieser hohe Anteil ist im Wesentlichen auf die Steigerung der Zinsaufwendungen zurückzuführen.

2.3 HAUSHALTAUSGLEICH

Allein durch die Veränderung des Rechnungsstils hat sich die finanzwirtschaftliche Situation der Stadt Essen nicht verbessert. Galt der kommunale Haushalt in der Kameralistik als ausgeglichen, wenn die laufenden Einnahmen ausreichten, um die laufenden Ausgaben einschließlich der Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt zu decken, verlangt das NKF einen Ausgleich der laufenden Aufwendungen und Erträge in der Ergebnisrechnung.

Bezogen auf den Haushaltsausgleich und die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes enthält die Gemeindeordnung (GO NRW) folgende Regelungen:

§ 75 (2) GO NRW:

"Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die Verpflichtung des Satzes 1 gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können."

§ 75 (3) GO NRW:

„Die Ausgleichsrücklage ist in der Bilanz zusätzlich zur allgemeinen Rücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals anzusetzen. Sie kann in der Eröffnungsbilanz bis zur Höhe eines Drit-

¹⁸ Zinslastquote = Zinsaufwendungen x 100 / ordentliche Aufwendungen

¹⁹ Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit x 100 / Jahresergebnis

tels des Eigenkapitals gebildet werden, höchstens jedoch bis zur Höhe eines Drittels der jährlichen Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen. Die Höhe der Einnahmen nach Satz 2 bemisst sich nach dem Durchschnitt der drei Haushaltsjahre, die dem Eröffnungsbilanzstichtag vorangehen..."

§ 76 (1) GO NRW:

"Die Gemeinde hat zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und darin den nächstmöglichen Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu dem der Haushaltsausgleich wieder hergestellt ist, wenn bei der Aufstellung des Haushalts

1. durch Veränderungen der Haushaltswirtschaft innerhalb eines Haushaltsjahres der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
2. in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
3. innerhalb eines Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

Dies gilt entsprechend bei der Bestätigung über den Jahresabschluss gem. § 95 Abs. 3."

§ 76 (2) GO NRW:

"Das Haushaltssicherungskonzept dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Es bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde..."

Vor dem Hintergrund dieser gesetzlichen Bestimmungen, die durch Erlass des Innenministers vom 09.06.2006 noch präzisiert wurden, ist die Beurteilung der in den Jahren 2007 bis 2010 geplanten Jahresfehlbeträge und die damit verbundene Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage bzw. der allgemeinen Rücklage von grundlegender Bedeutung. Mit Hilfe der nachfolgenden Kennzahlen soll dies näher beleuchtet werden.

Fehlbetragsquote 1

$$\text{Fehlbetragsquote 1} = \frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times 100}{\text{Ausgleichsrücklage}}$$

Die Fehlbetragsquote 1 zeigt an, wie stark sich der Jahresfehlbetrag auf die Ausgleichsrücklage auswirkt. Im Jahr 2007 beträgt der Wert rd. 76 %. d.h. durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gilt der Haushalt 2007 als ausgeglichen! Im Jahr 2008 wird die Ausgleichsrücklage aufgebraucht und die allgemeine Rücklage in einer Größenordnung von rd. 273 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Fehlbetragsquote 2

$\text{Fehlbetragsquote 2} = \frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times 100}{\text{Allgemeine Rücklage}}$

Sofern die Kommune über keine Ausgleichsrücklage mehr verfügt, zeigt die Fehlbetragsquote 2 an, wie stark sich der Jahresfehlbetrag auf die allgemeine Rücklage auswirkt. Nach den derzeitigen Berechnungen beträgt sie im **Jahr 2008 rd. 18 %**, im **Jahr 2009 rd. 29 %** und im **Jahr 2010 rd. 35 %**. Da die allgemeine Rücklage nach der derzeitigen Planung in einem Umfang in Anspruch genommen werden muss, der die Höchstsätze des § 76 (1) Ziffer 2. (mehr als 5 %) weit übersteigt, ist als **Ergebnis festzuhalten, dass für den NKF-Haushalt 2007 ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen ist!**

Eigenkapitalreichweite

$\text{Eigenkapitalreichweite} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Negatives Jahresergebnis}}$

Zur Beantwortung der Frage, nach wie vielen Jahren das vorhandene Eigenkapital voraussichtlich aufgebraucht sein wird, dient die sog. Eigenkapitalreichweite. Hierbei wird jedoch unterstellt, dass das negative Jahresergebnis sich betragsmäßig nicht verändert!

Die Eigenkapitalreichweite der Stadt Essen beträgt zur Zeit 9,36 Jahre, d.h. bei einem unverändert negativem Jahresergebnis von 224,2 Mio. Euro pro Jahr würde das Eigenkapital der Stadt Essen im Jahr 2016 aufgezehrt. Unter Berücksichtigung der prognostizierten Jahresergebnisse bis zum Jahr 2010 entwickelt sich die Eigenkapitalreichweite wie folgt:

2007 = 9,36 Jahre / 2008 = 8,36 Jahre / 2009 = 4,44 Jahre / 2010 = 3,49 Jahre.

3. SITUATION DER STÄDTE UND GEMEINDEN

Bereits in den Haushaltssicherungskonzepten seit dem Jahr 2000 ist die Finanzsituation der Stadt Essen analysiert worden. Wesentliches Ergebnis dieser Analysen war die Feststellung, dass die in Essen eingetretene Entwicklung überwiegend extern verursacht war und nur bedingt von der Stadt Essen beeinflusst werden konnte. Auch aktuell gilt diese Aussage grundsätzlich weiter.

Der Gemeindefinanzbericht 2006 des Deutschen Städtetages mit der Überschrift "Trotz Gewerbesteuerwachstum Kassenkredite auf Rekordniveau" belegt, dass die Aussage nicht nur für Essen, sondern für viele deutsche Kommunen gilt:

Der Stand der Kassenkredite ist im Jahr 2005 um weitere 3,8 Mrd. Euro gewachsen. Mit knapp 24 Mrd. Euro haben sie sich seit dem Jahr 2000 in nur fünf Jahren mehr als verdreifacht. Auch im 1. Quartal 2006 steigen sie weiter an und haben bereits ein neues Rekordniveau von 26,3 Mrd. Euro erreicht.

Als Konsequenz hieraus haben die Kommunen ihre Investitionen in 2005 um weitere 12,9 % zurückgefahren. Die gesamten Ausgaben für Sachinvestitionen wurden auf 18,6 Mrd. Euro reduziert. Das sind fast 15 Mrd. Euro bzw. 44 % weniger als 1992.

Das SGB II hat die gesamten sozialen Leistungen der Kommunen in 2005 um 11 % steigen lassen. Auch in 2006 sind die sozialen Leistungen diejenigen kommunalen Ausgaben mit dem stärksten Wachstum. Dabei zeichnet sich mit zweistelligen Zuwachsraten insbesondere bei den Kosten der Unterkunft eine weitere Zusatzbelastung ab. Auch die Belastungen der Kommunalhaushalte durch die übrigen Sozialtransfers - Sozialhilfe, Jugendhilfe, Grundsicherung im Alter - wachsen weiter. So zeichnet sich ein Anstieg der gesamten sozialen Leistungen um weitere 6,5 % ab.

Die Steuereinnahmen steigen insgesamt um 7,4 %. Maßgeblich dafür ist im Wesentlichen die Gewerbesteuer. (Anmerkung: Die Entwicklung der Kassenkredite zeigt, dass diese Steigerung offensichtlich nicht reicht, die aufgezeigten Mehrbedarfe zu finanzieren. Ob sich aus den Mehreinnahmen Spielräume für zusätzliche Investitionen ergeben, ist mehr als fraglich).

4. SITUATION DER RUHRGEBIETSKOMMUNEN

Am 09. Juni 2006 haben die Städte des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes unter der Überschrift „**Finanzielle Zukunftsfähigkeit der Städte sichern**“ ein Memorandum unterzeichnet, in dem drei zentrale Forderungen zur Gemeindefinanzreform aufgestellt werden. Angesichts hoher Aufgabenlasten bei rückläufiger Bevölkerung halten die kommunalen Spitzenvertreter eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung inklusive Schuldenabbau für nicht mehr vorstellbar. Sie fordern eine Korrektur des eingeschlagenen Weges von verordneter Aufgabenexpansion und unzureichender Einnahmeentwicklung.

1. Für eine solide kommunale Wirtschaftssteuer sind ein größerer Kreis von Steuerpflichtigen und eine breitere Bemessungsgrundlage unabdingbar.

Um diese Forderung umzusetzen, unterstützen die Städte im Ruhrgebiet und im Bergischen Land den Vorschlag der Bertelsmann Stiftung, die Gewerbesteuer zu einer umfassenden kommunalen Wirtschaftssteuer weiterzuentwickeln und die Gewerbesteuerumlage abzuschaffen. Die neue kommunale Wirtschaftssteuer bleibt eine originäre Gemeindesteuer mit Hebesatzrecht und verbessert die Einnahmemöglichkeiten der strukturschwachen Kommunen. Das Steuersystem wird durch den Vorschlag transparenter. Zudem können durch die Entflechtung als auch durch die Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen und die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage die Steuersätze für die Unternehmen gesenkt und ein Beitrag zur Standortsicherung geleistet werden.

2. Die Kommunen müssen entsprechend der gesamtstaatlichen Verantwortungszuständigkeit weiter von Sozialhilfelasten entbunden werden. In einem nächsten Schritt ist die Ebene für die finanzielle Verantwortung der Eingliederungshilfe für Behinderte neu zu regeln.

Rund 40 % der kommunalen Aufwendungen entfallen mittlerweile auf den Sozialbereich, wobei dieser Anteil in den Städten sogar noch höher liegt²⁰. Für die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist die Neuordnung der Finanzierungsverantwortung im Sozialbereich unverzichtbar. Die finanzielle Verantwortung für die Eingliederungshilfe für Behinderte, die derzeit von den Kommunen durch ihre Landschaftsverbände wahrgenommen wird, ist auf den Bund zu übertragen. Die Doppelstrategie aus Dezentralisierung der Finanzierungsverantwortung für gesamtstaatlich bedeutsame soziale Sicherungsaufgaben sowie der Rückzug aus der Mitfinanzierung für diese Aufgabe muss beendet werden. Die Kommunen dürfen nur in die Finanzierungsverantwortung genommen werden, wenn die Aufgabe in der örtlichen Gemeinschaft wurzelt und sie entsprechende Aufgaben- und Ausgabenkompetenzen haben.

3. Mehr als 15 Jahre nach der Deutschen Einheit muss der infrastrukturelle Lastenausgleich zwischen ost- und westdeutschen Kommunen wieder gesamtdeutsch konzipiert werden.

Die kreisfreien Städte des Ruhrgebietes, die von 1993 bis zum Jahr 2005 einen Beitrag von 2,1 Mrd. Euro zum „Aufbau Ost“ geleistet haben, sind alles andere als leistungsfähig genug, um hier weiter einzuzahlen. Angesichts ihrer massiven Strukturschwäche benötigt die Region diese Mittel selbst, um den eigenen Umbauprozess begleiten zu können. Vor diesem Hintergrund ist es den Bürgern in dieser Region nicht mehr zu erklären, weshalb der Solidarpakt in der jetzigen Form weitergeführt werden soll. Finanzschwache und hoch verschuldete Kommunen sind zumindest von der Zahlung in den Solidarpakt zu befreien.

²⁰ In Essen liegen die Aufwendungen bei 41,23 % (2007), 42,26 % (2008), 42,80 % (2009), 43,08 % (2010).

Mit dem **"Kommunalfinanzbericht November 2006"** informiert das Innenministerium über die Entwicklung der Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen:

Die Kommunen in NRW können mit ihren Einnahmen ihre Ausgaben - trotz der Verbesserungen bei den Steuereinnahmen - immer noch nicht decken. Das schlägt sich unter anderem im negativen Finanzierungssaldo, in hohen Fehlbeträgen und weiter steigenden Kassenkrediten sowie in zunehmenden Verbindlichkeiten nieder.

Die Kassenkredite erreichen mit 12,5 Mrd. Euro am 30.06.2006 einen neuen Höchststand. Nach wie vor ist der sich daraus ergebende Konsolidierungsbedarf der Kommunalhaushalte nicht zu unterschätzen. Die Verbindlichkeiten der Kommunen werden voraussichtlich bis Ende 2006 auf 46,1 Mrd. Euro steigen. Die Entwicklung der Verbindlichkeiten seit dem Jahr 2000 macht deutlich, dass es seitdem in jedem Jahr einen Anstieg gegeben hat. Trotz der verbesserten Steuereinnahmen gelingt es den Kommunen auch im Jahr 2006 nicht, diesen Anstieg zu stoppen.

Ende 2006 befanden sich 192 der 427 Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen in der Haushaltssicherung. 114 Gemeinden führen ihren Kommunalhaushalt nach den Vorschriften der vorläufigen Haushaltswirtschaft (§ 82 GO), weil sie nicht über ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept verfügen.

B. STRATEGISCHE HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG: ZUKUNFTS- UND KONSOLIDIERUNGSSTRATEGIE

1. EINFÜHRUNG

Die gegenwärtige Konsolidierungssituation der Stadt Essen ist dadurch gekennzeichnet, dass der Konsolidierungsdruck weiter wächst und die Umsetzung konkreter Konsolidierungsmaßnahmen immer schwieriger wird. Auch wenn der Haushalt 2007 als ausgeglichen gilt, zeigen die mittelfristige Planung, die hohen Schulden und die enormen Auszahlungen für Zinsen den deutlichen Handlungsbedarf. D.h. ohne weitere, massive Konsolidierungsanstrengungen besteht daher unverändert die Gefahr, dass Essen in eine aus eigener Kraft nicht mehr beherrschbare Finanzsituation gerät, die zum Verlust der kommunalen Handlungsfähigkeit führen würde.

Mit Beginn der strategischen Neuausrichtungen im Jahr 2005 konnten die Konsolidierungs- und Sparanstrengungen innerhalb des Konzerns erheblich verstärkt werden. Fundament dieser neuen Konsolidierungsstrategie bildet seitdem das „7-Punkte-Programm - 100 Mio. Euro PLUS“ mit den Strategieansätzen:

- **Kostensenkung auf das Niveau anderer kreisfreier Städte (Benchmarking);**
- **Neuausrichtung großer Aufgabenbereiche und Kostenblöcke;**
- **Anpassung der Infrastruktur an veränderte Rahmenbedingungen / Beschränkung auf Kernaufgaben / Priorisierung kommunaler Aufgaben;**
- **Immobiliensteuerung;**
- **Zentralisierung von Querschnittsaufgaben;**
- **Optimierung der Beteiligungen durch Portfoliomanagement;**
- **Entschuldung im Konzern.**

Primäres Ziel ist es, mit Hilfe dieser ineinandergreifenden Strategieansätze den kommunalen Haushalt so weit wie möglich aus eigener Kraft zu sanieren und dabei die Zukunftspotenziale der Stadt nicht zu beeinträchtigen.

Zur grundlegenden Erläuterung der Strategieansätze wird auf das Haushaltssicherungskonzept 2005 ff. verwiesen.

2. NACHHALTIGKEIT DER ESSENER HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

Die bisherigen Konsolidierungsbemühungen haben dazu beigetragen, dass sich das Jahresergebnis der Stadt Essen im Jahr 2007 verbessert hat: Betrag der originäre Fehlbedarf im Haushaltsplan-Entwurf 2005 noch rd. 441 Mio. Euro²¹, wird das geplante Jahresergebnis 2007 mit einem Fehlbetrag von rd. 224 Mio. Euro abschließen.

Doch trotz dieser positiven Entwicklung muss hierbei berücksichtigt werden, dass die Stadt Essen zur Erledigung ihrer Aufgaben nach wie vor mehr Geld ausgibt als ihr durch Steuern etc. an Einnahmen zur Verfügung stehen. Der mehr als Besorgnis erregende Schuldenstand verdeutlicht die Situation in dramatischer Weise: Zum 01.01.2007 haben sich die Verbindlichkeiten der Stadt Essen auf rd. 2,56 Mrd. angehäuft.

Als Folge der hohen Verschuldung steigen die Zinslasten, die einen erheblichen Teil der Aufwendungen ausmachen und zehren die bisherigen Konsolidierungserfolge wieder auf. Innerhalb der nächsten vier Jahre werden die geplanten **Zinsaufwendungen** der Stadt Essen von **116 Mio. Euro (2007)** auf **165 Mio. Euro (2010)** ansteigen und das Finanzergebnis belasten. Sie sind Teil des strukturellen Defizit und maßgeblich für unser sehr hohes strukturelles Defizit.

Allein die Zinslast der Kassenkredite, die ausschließlich zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe dienen sollen, sind trotz bisher historisch niedriger Zinsen von 2,5 Mio. Euro im Jahr 2000 auf 65,0 Mio. Euro im Jahr 2007 gestiegen. Der sich abzeichnende wirtschaftliche Aufschwung wird darüber hinaus zu einer wachsenden Nachfrage nach Kapital und zu einer Kreditverteuerung führen, was die Zinsbelastung für die Stadt Essen überproportional erhöhen kann. Damit droht der Stadt Essen in den nächsten Jahren ein weiterer Ausgabenanstieg.

In der Regel wird der Umfang des Konsolidierungsbedarfs mit Hilfe des Verhältnisses zwischen aufgelaufenen Schulden und dem Eigenkapital ermittelt. Da diese Betrachtung allerdings die in der Vergangenheit aufgelaufenen Schulden und die hierfür zu leistenden Zinsaufwendungen mit einschließt, stellt sie eine rückwärtsgerichtete Betrachtung dar und ist aufgrund der strukturellen Finanzprobleme der Stadt Essen nicht zielführend.

In der gegenwärtigen Finanzsituation ist es vielmehr entscheidend, dass Essen zunächst die Ursachen der ansteigenden Verschuldung in den Griff bekommt. **Im Jahr 2007 wird die Stadt Essen ohne Zinsausgaben voraussichtlich rd. 114 Mio. Euro mehr Aufwendungen im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit verursachen als ihr durch ordentliche Erträge zur Verfügung stehen.** Das heißt, auch ohne die Zinsbelastungen wird die Stadt Essen im Jahr 2007 neue Kassenkredite zur Finanzierung der laufenden Aufgaben aufnehmen müssen.

Da es keine wirksame Obergrenze dieses „Überziehungskredits“ gibt, sind Maßnahmen zu ergreifen, die effektiv den alarmierenden Anstieg der Neuverschuldung bremsen und gleichzeitig die Möglichkeit eröffnen, die angewachsenen Schulden zurückzuführen. Ausgangspunkt hierbei ist die einfache Erkenntnis, dass alle Aufwendungen, die über die Erträge hinausgehen, zur weiteren Verschuldung sowie weiteren Zinsen und Zinseszinsen beitragen. Das Defizit kann dabei in ein **Primärdefizit** (= negatives Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit) und ein **Sekundärdefizit** (= negatives Finanzergebnis) aufgeteilt werden.

²¹ Kamerales Ergebnis (z.B. ohne Abschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen, nicht aktivierbare Aufwendungen)

Sind die ordentlichen Aufwendungen in einem Haushaltsjahr höher als die ordentlichen Erträge, liegt ein Primärdefizit vor. D.h. das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit schließt mit einem negativen Ergebnis ab. Liegen auch noch Verpflichtungen aus vorangegangener Verschuldung vor, so erhöht sich das Defizit um die daraus folgenden Zinsausgaben (Vergangenheitskosten). Wegen des Zinseszins-effektes steigen die Belastungen aus der Schuldenaufnahme überproportional schnell und der Spielraum für eine zukunftsorientierte Gestaltung des Haushaltes wird immer schneller immer kleiner (Stichwort: Schuldenfalle). Sind in einem Haushaltsjahr die ordentlichen Aufwendungen und die ordentlichen Erträge gleich hoch, besteht das Defizit im Wesentlichen aus den Zinszahlungen.

Mittelfristiges Ziel der Essener Haushaltskonsolidierung sollte es daher sein, durch strukturelle Maßnahmen die jährlichen Aufwendungen (ohne Zinsen) soweit zu reduzieren, bis diese durch ordentliche Erträge gedeckt werden.

Der Konsolidierungsumfang ergibt sich demnach aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit der nächsten Jahre:

	Ansatz 2007 T€	Planung 2008 T€	Planung 2009 T€	Planung 2010 T€
Ordentliche Erträge	1.569.475	1.498.986	1.534.810	1.583.285
Ordentliche Aufwendungen	-1.710.530	-1.718.118	-1.730.825	-1.734.269
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-114.055	-219.132	-196.015	-150.983

Zur Nachhaltigkeit der Haushaltskonsolidierung hat die Senkung der ordentlichen Aufwendungen weiterhin höchste Priorität. Unter Berücksichtigung strukturell wirkender Maßnahmen beläuft sich der **Konsolidierungsumfang bis zum Jahr 2010 auf rd. 150 Mio. Euro.**

Langfristig braucht die Stadt Essen nicht nur einen Ausgleich, sondern einen jährlichen Überschuss der ordentlichen Erträge über die ordentlichen Aufwendungen, um damit die Zinsen bedienen und die Altdefizite abbauen zu können.

3. 7-PUNKTE-PROGRAMM - 100 MIO. EURO PLUS

3.1 KOSTENSENKUNG AUF DAS NIVEAU ANDERER KREISFREIER STÄDTE (BENCHMARKING)

Der erneute Vergleich mit den zwölf größten Städten der Bundesrepublik Deutschland²² zeigt, dass die Stadt Essen im Jahr 2006 unverändert das höchste Haushaltsdefizit ausweist (Anlage 1).

Ziel des Strategieansatzes ist es daher, durch einen **kontinuierlichen Städtevergleich**²³ die Aufgaben- und Produktbereiche zu identifizieren, in denen die Stadt Essen weniger Erträge erwirtschaftet bzw. höhere Aufwendungen verursacht, und festzustellen, welche Ursachen hierfür maßgeblich verantwortlich sind.

Im Kern geht es darum, die von der Stadt Essen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringenden Leistungen nicht teurer zu erbringen, als sie in anderen, vergleichbaren Städten erbracht werden.

Durch den bisherigen Vergleich auf der Basis kameraler Haushaltsdaten wurden bei rd. 47 % aller Aufgabenbereiche der Essener Stadtverwaltung erste „Auffälligkeiten“ festgestellt, die ein deutliches Potenzial zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei der Aufgabenerledigung vermuten lassen.

Die bisher ermittelten Konsolidierungsbeiträge der Geschäfts- bzw. Fachbereiche, der jeweilige Umsetzungsstand sowie weitere im Haushalt veranschlagte Ergebnisverbesserungen sind im aktualisierten Konsolidierungsprogramm 2007 ff. berücksichtigt (vgl. Kapitel C).

Die noch ausstehenden tiefergehenden Analysen in unterschiedlichen Bereichen werden im Laufe des Jahres 2007 fortgeführt.

Erfolgte der erste Städtevergleich noch anhand der kameralen Haushaltsdaten, so sind mit der erfolgten Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement zum 1. Januar 2007 neue Vergleichswege und Kennzahlen erforderlich.

Durch die Umstellung des Rechnungswesens liegen den Städten und Gemeinden erstmals aussagekräftige Informationen über ihre Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage insgesamt vor.

Ausgehend von einer Bilanz- und Jahresabschlussanalyse werden im Rahmen des zukünftigen Städtevergleichs die Teilergebnis- und Produktpläne hinsichtlich der Erträge und Aufwendungen unter Berücksichtigung der kommunalen Aufgabenerfüllung im Fokus der Analyse stehen. Anhand ausgewählter Kennzahlen soll ermittelt werden, wie Aufwendungen und Erträge in ausgewählten Fach- und Produktbereichen mit denen anderer Kommunen korrelieren.

Die Bereiche, die in anderen Städten eine bessere Kostenrelation auf Ebene der Teilergebnispläne aufweisen, werden in enger Abstimmung mit den Geschäfts- und Fachbereichen und

²² Ohne Stadtstaaten

²³ Aufgrund der vergleichbaren Größe und ähnlicher Strukturen wurden die Städte Dortmund und Duisburg als Vergleichskommunen ausgewählt.

unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten einer tiefergehenden **Produktanalyse** unterzogen (vgl. Kapitel B 3.3).

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA), die gemeinsam mit dem Innenministerium NRW, Aufsichtsbehörden der Kommunen, Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung (VERPA) und einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein landesweit einheitliches Kennzahlenset zur Analyse kommunaler Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüsse entwickelt hat.

Die GPA prüft zur Zeit den Haushalt der Stadt Essen, so dass auf der Grundlage der entwickelten Kennzahlen entsprechende Erkenntnisse und Vergleichsmöglichkeiten erwartet werden. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich Ende des Jahres 2007 vorliegen.

Modellprojekt Gesamtabchluss

Alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen müssen spätestens zum 31. Dezember 2009 ihren ersten Jahresabschluss vorlegen. Hierauf aufbauend müssen sie zum 31.12.2010 dem Kernhaushalt zudem einen konsolidierten Gesamtabchluss beifügen.

Durch die Aufstellung eines konsolidierten Gesamtabchlusses soll sich die Qualität der Rechenschaft über die Aufgabenerledigung der Gemeinde „als Ganzes“ (also einschließlich aller verselbständigten Aufgabenbereiche) wesentlich erhöhen. Der Gesamtabchluss wird dabei so aufgestellt, als handele es sich bei der Gemeinde und aller zugehörigen verselbständigten Aufgabenträger grundsätzlich um eine fiktive rechtliche Einheit. Hieraus folgt, dass alle Erträge, Aufwendungen sowie Gewinne aus Lieferungen und Leistungen zwischen den selbständigen Einheiten des Konsolidierungskreises eliminiert werden müssen (Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebniseliminierung). Zudem müssen die Beteiligungsbuchwerte der Beteiligungsgesellschaften gegen deren (anteiliges) Eigenkapital (Kapitalkonsolidierung) und alle konzerninternen Forderungen und Verbindlichkeiten (Schuldenkonsolidierung) aufgerechnet werden.

Neben dem Gesamtabchluss greift der Gesetzgeber zusätzlich auf das in § 51 Abs. 1 GemHVO²⁴ NRW geregelte ergänzende Berichtsinstrument des **Gesamtlageberichts** zurück. Der Gesamtlagebericht hat dabei die Funktion, das durch den Gesamtabchluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde einschließlich der verselbständigten Aufgabenbereiche zu erläutern. Die Kommunen haben auch weiterhin jährlich einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem die wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde zu erläutern ist. Der Beteiligungsbericht lenkt den Blick von der Gesamtschau des Gesamtabchlusses auf die einzelnen Beteiligungen und dient insofern der Ergänzung der Berichterstattung im Gesamtabchluss. Der Landesgesetzgeber strebt durch die Kodifizierung obiger Instrumente auch eine Verbesserung der kommunalen „Gesamtsteuerung“ an.

Begriff und Elemente der Gesamtsteuerung

Bei der kommunalen Gesamtsteuerung handelt es sich begrifflich um die (plan-) systemgestützte, produkt- und ressourcenorientierte Informationsbeschaffung und -verarbeitung zum

²⁴ Gemeindehaushaltsverordnung

Zwecke der Unterstützung der Führungsgremien eines kommunalen Gebietskörperschaft-Konzerns. Zu fragen ist daher, auf welchen Ebenen kommunales Handeln in welcher Weise gesteuert werden kann und sollte. Hierfür können die Instrumente

- (Kern-) **Haushaltssteuerung**,
- **Beteiligungssteuerung** - sowie darauf aufbauend
- **Gesamtsteuerung**, d.h. Steuerung auf konsolidierter Datenbasis,

als Elemente der Gesamtsteuerung genutzt werden. Zusätzlich ist zu beachten, dass der Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen - speziell für die Steuerung im kommunalen Kernhaushalt - das Konzept der produkt- und kennzahlenorientierten Steuerung (u.a. durch die verbindliche Vorgabe von 17 Produktbereichen) festgeschrieben hat. Ein solches Konzept ist (bislang) nicht auf die kommunalen Unternehmen übertragen worden.

Steuerungskonzepte

Prägendes finanzwirtschaftliches Steuerungskonzept für Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist die (nicht nur) dem NKF eigene Produkt- und Budgetsteuerung. Sowohl für das Haushalts- als auch für das Beteiligungsmanagement (zumindest für die wesentlichen Beteiligungen) ist dies in der GO bzw. GemHVO gesetzlich verankert. Es ist naheliegend, zukünftig dieses Steuerungskonzept - über die Haushaltswirtschaft des Kernhaushaltes hinaus - auch als Gesamtsteuerungskonzept auf Konzernebene einer Stadt oder Gemeinde zu nutzen; d.h. künftig zusätzlich eine Gesamtplanung und -steuerung produkt- oder budgetorientiert über den Konzern bei der Konzernmutter Stadt zu etablieren.

So kann – ausgehend von der Steuerungskonzeption des Kernhaushaltes – der dort vorgegebene Produktrahmen als ein Konzernproduktrahmen i.S. einer „kommunalen Segmentberichterstattung“ angesehen werden. Die Produktbereiche im kommunalen Haushalt, die sich streng an die kommunalen Aufgabenbereiche anlehnen, würden ohne Einbeziehung der in der Vergangenheit ausgegliederten und verselbständigten Aufgabenbereiche („kommunale Beteiligungsunternehmen“) nur ein unvollständiges Bild der kommunalen Aufgabenerfüllung darstellen. Ein produktbereichsbezogenes Benchmarking mit anderen Kommunen wäre zudem nicht aussagekräftig.

Vereinheitlichung von Finanzdaten

Sowohl bei der Vorbereitung und Aufstellung eines kommunalen Gesamtabschlusses (z.B. Vereinheitlichung von Ansatz und Bewertung analog §§ 300, 308 HGB im Rahmen der Ableitung der sog. HB II (=ursprüngliche Jahresabschlüsse umgestellt auf NKF)) als auch im Zusammenhang mit der Erstellung eines Beteiligungsberichtes (hier wäre eine planungsorientierte Ergänzung zu empfehlen) sollten vereinheitlichte Informations- und Steuerungsgrundlagen geschaffen werden, insbesondere hinsichtlich der gesetzlich vorgeschriebenen mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung (§ 84 GO NRW) für Haushalt und Beteiligungen. Durch eine systematische (zeitnahe und vollständige) Vereinheitlichung und Konsolidierung der finanzwirtschaftlichen Daten (d.h. konzernorientierte Aufbereitung) auf Ebene der HB II - als neben dem Beteiligungscontrolling und dem Haushaltscontrolling dritter wesentlicher Säule des Berichtswesens - ergibt sich dann die für die aktuelle und qualitativ hochwertige Gesamtsteuerung erforderliche Struktur im Sinne eines „rechnungswesengestützten Gesamtsteuerungsmodells“.

Der konsolidierte Gesamtabchluss kann - vergleichbare Strukturen und Grundsätze vorausgesetzt - sowohl als Grundlage für die Bildung von Konzernkennzahlen als auch zur Plan-Ist-Abweichungsanalyse genutzt werden. Folgende Grafik veranschaulicht das Gesagte in Bezug auf ein vollständiges Controlling-System:

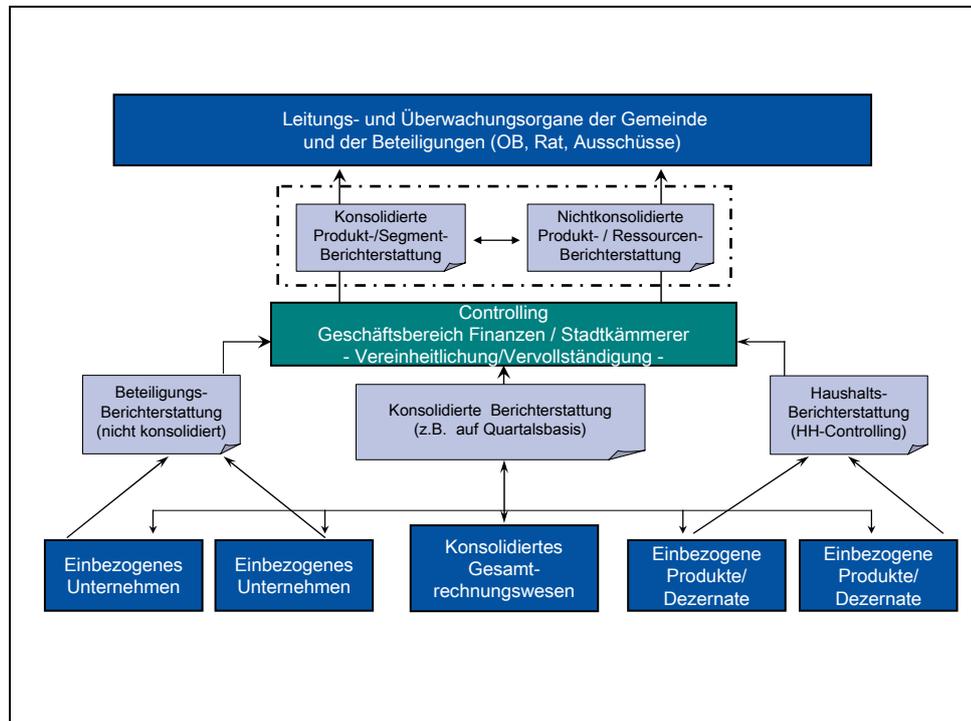


Abb.: Beispiel für ein Gesamtsteuerungsmodell für Kommunen in NRW

3.2 NEUAUSRICHTUNG GROßER AUFGABENBEREICHE UND KOSTENBLÖCKE

In welchen Aufgabenbereichen lassen sich im Konzern Stadt Essen die größten Konsolidierungsbeiträge erzielen? Von dieser Frage ausgehend zielt der Strategieansatz darauf ab, die Konsolidierungsanstrengungen auf die Bereiche zu konzentrieren, die aufgrund ihres Finanzvolumens entsprechend große Konsolidierungspotenziale vermuten lassen.

Wie aus der Anlage 2 hervorgeht, stellen die folgenden fünf Produktbereiche die **größten Kostenblöcke** in Essen dar:

- **Soziale Leistungen,**
- **Innere Verwaltung,**
- **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe,**
- **Kultur und Wissenschaft,**
- **Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV.**

Da die finanzielle Dimension und notwendige Veränderungsprozesse bereits im Jahr 2005 auf deutliche Handlungsbedarfe hingewiesen haben, wurden in den Bereichen „**Jugend/Schule/Soziales**“ und „**Immobilien**“ die ersten beiden Neuordnungsprojekte mit Unterstützung externer Berater durchgeführt.

Die in beiden Projekten aufgezeigten **Einsparpotenziale von rd. 78 Mio. Euro** wurden nach Beschlussfassung des Haupt- und Finanzausschusses am 17. Mai 2006 hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und ihrer finanziellen Auswirkungen weiter konkretisiert.

Die im Rahmen dieser Machbarkeitsstudien von den Fach- bzw. Geschäftsbereichen bereits vorliegenden Ergebnisse sind im aktualisierten Konsolidierungsprogramm 2007 ff. dargestellt (vgl. Kapitel C).

Der im Haushaltssicherungskonzept 2006 ff. dargestellte Konsolidierungsansatz zur **Neuausrichtung des Verkehrsbereichs** wurde zunächst zurückgestellt. Hierdurch wurde der Essener Verkehrs-AG (EVAG) die Möglichkeit gegeben den bereits eingeleiteten Weg zur Neuausrichtung und Restrukturierung des Essener ÖPNV-Systems konsequent weiter zu verfolgen.

Vor dem Hintergrund einer angestrebten Prozessoptimierung anhand wettbewerblicher Strukturen hat die EVAG im Jahre 2006 die kontinuierliche Orientierung am Marktniveau weiter ausgebaut. Hierzu zählt die aktive Teilnahme am bundesweiten „Zwischenbetrieblichen Vergleich der Nahverkehrsunternehmen“. Verwendbare Benchmarkdaten hieraus werden im Laufe des Jahres 2007 zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2006 von Seiten der EVAG ein umfassender Vergleich mit der Rheinbahn AG initiiert. Im Rahmen einer ersten Gegenüberstellung konnten folgende Ergebnisse festgestellt werden:

- **Bezogen auf den ÖPNV in Essen weist die Rheinbahn aufgrund ihrer Kosten- und Produktivitätsparameter und der großenabhängigen Skaleneffekte gegenüber dem Essener ÖPNV-System einen Kostenvorteil von etwa 16,3 Mio. Euro p.a. auf. Dieses entspricht, bezogen auf den betriebsnotwendigen Aufwand, einem relativen Kostenvorteil von etwa 11%.**

- **Die Kostenvorteile der Rheinbahn liegen schwerpunktmäßig in den Bereichen**
 - **Fahrbetrieb (Produktivität Fahrereinsatz und Fremdleistungen)** rd. 4,0 Mio. Euro,
 - **Fahrzeugservice Bahn (Instandhaltung incl. Overhead)** rd. 4,1 Mio. Euro,
 - **Infrastrukturservice (Instandhaltung incl. Overhead)** rd. 2,6 Mio. Euro,
 - **Verkehrsmanagement (Fahrausweisprüfung, Sicherheitsdienste)** rd. 2,0 Mio. Euro,
 - **Querschnittsfunktionen (Personalwesen, Controlling, Service)** rd. 2,9 Mio. Euro.

In welchem Umfang und zu welchen Zeitpunkten die **Optimierungspotenziale in Höhe von rd. 16,3 Mio. Euro p.a.** des Essener ÖPNV-Systems durch bereits eingeleitete oder noch zu erarbeitende Restrukturierungsmaßnahmen realisiert werden können, wird für alle Handlungsfelder schrittweise geklärt. Wegen der o.g. Skaleneffekte können die gesamten 16,3 Mio. Euro nicht von der EVAG allein realisiert werden. Die größtenbedingten Nachteile sollen durch den zweiten forcierten Strategieansatz ausgebaut werden, dem verstärkten Ausbau von regionalen Kooperationen.

Für den **Bereich Fahrbetrieb** wurde diese Untersuchung in Abstimmung mit einem externen Gutachter bereits durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass nahezu die Hälfte des bestehenden Kostenvorteils der Rheinbahn AG im Essener ÖPNV-System bis zum Jahr 2010 durch bereits eingeleitete und im mittelfristigen Wirtschaftsplan abgebildete Optimierungsmaßnahmen gehoben werden kann. Für den verbleibenden Anteil kann durch bestehende Anwendungs- und Betriebsvereinbarungen die Umsetzung erst ab dem Jahr 2010 erfolgen.

Für das **Handlungsfeld Fahrzeugservice Bahn** wird im Zuge der strategischen Neuausrichtung mit Unterstützung eines externen Beraters eine so genannte Schwachstellenanalyse durchgeführt. Auf dieser Basis soll bis Mitte des laufenden Jahres ein Restrukturierungsprogramm erarbeitet und finanziell bewertet werden.

Die Umsetzung der identifizierten Maßnahmen und die Bearbeitung der weiteren Felder erfolgt ab Juli 2007. Die sich daraus ergebenden Potenziale können jeweils nach Abschluss der Organisationsuntersuchungen beziffert werden. Hierbei sind die möglichen Einsparungen auf einer langfristigen Zeitachse abzubilden, da ein ggfs. möglicher Personalabbau unter Beachtung der Restriktionen aus dem Essener „Bündnis für Arbeit“ zu erfolgen hat.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt stellt sich die Ergebnisentwicklung der EVAG laut Wirtschaftsplan 2007 (WP) in den nächsten Jahren wie folgt dar:

	Plan 2007 T€	Plan 2008 T€	Plan 2009 T€	Plan 2010 T€	Plan 2011 T€
Ergebnis lt. WP (Verlust)	49.137,5 T€	50.191,6 T€	51.353,5 T€	51.540,2 T€	51.897,0 T€

Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass der EVAG ein umfangreicher Nießbrauch aus dem Besitz kommunaler RWE-Aktien eingeräumt wurde²⁵, der das Gesamtergebnis entsprechend positiv beeinflusst. Die Höhe des Nießbrauchs ist von der Höhe der ausgeschütteten

²⁵ 10.146.620 Stück RWE-Aktien

RWE-Dividende²⁶ abhängig, so dass dieser Ertrag nicht dem wirtschaftlichen Handeln der EVAG zuzurechnen ist. Von daher wird der städtische Haushalt durch den Essener Verkehrsbe-
reich in größerem Umfang belastet, als dies auf den ersten Blick aus dem Wirtschaftsplan der EVAG erkennbar wird:

	Plan 2007 T€	Plan 2008 T€	Plan 2009 T€	Plan 2010 T€	Plan 2011 T€
Ergebnis (Verlust)	49.137,5 T€	50.191,6 T€	51.353,5 T€	51.540,2 T€	51.897,0 T€
Nießbrauch	29.412,4 T€	31.441,7 T€	33.471,1 T€	35.500,4 T€	37.529,7 T€
Jahresergebnis ohne Nießbrauch	78.549,9 T€	81.633,3 T€	84.824,6 T€	87.040,6 T€	89.426,7 T€
Abzgl. ersparte KESt ²⁷ aus Nieß- brauch	3.013,0 T€	3.317,0 T€	3.531,0 T€	3.745,0 T€	3.959,0 T€
Abzgl. ersparte KSt ²⁸ GewSt ²⁹	5.538,0 T€	5.707,0 T€	5.808,0 T€	5.785,0 T€	5.793,0 T€
Haushalts- belastung	69.998,9 T€	72.609,3 T€	75.485,6 T€	77.510,6 T€	79.674,7 T€

Im Sommer letzten Jahres hat die EVAG einen umfassenden Bericht über ihre langfristige Investitions- und Finanzplanung vorgestellt. Unter der Überschrift „Perspektiven 2050“ wird in anschaulicher Weise dargestellt, dass die EVAG als Infrastruktur geprägtes Unternehmen zukünftig verstärkt Investitionen zur Aufrechterhaltung der U-/Stadtbahnanlagen tätigen muss. Als besonders belastend wirkt sich hierbei aus, dass die notwendigen Ersatzinvestitionen im Gegensatz zur Erstinvestition nicht mehr gefördert werden. Diese Problematik ergibt sich ebenfalls für die im Eigentum der Stadt Essen befindliche Nordstrecke. In diesem Zusammenhang wurde der **Bedarf an Ersatzinvestitionen mit 357,9 Mio. Euro in den nächsten 10 Jahren** ermittelt. Trotz der entfallenden Förderung geht die EVAG davon aus, die Finanzierung ohne Kapitaleinlagen der Stadt Essen zu bewältigen.

Die Nettogesamtinvestitionen werden sich bis zum Jahr 2050 auf Basis des heutigen Preisniveaus auf rd. 1,3 Mrd. Euro belaufen. Dieses entspricht in der langfristigen Betrachtung der durchschnittlichen Regelinvestitionstätigkeit der EVAG. Quintessenz der Darstellung ist, dass die EVAG den Anstieg des kommunalen Zuschussbedarfs trotz der Belastung aus den Investitionen im U-Stadtbahnbereich im Rahmen der inflationierten Größe von 2005 halten will. Erreicht werden soll dieses durch die konsequente Umsetzung der bereits von Seiten der EVAG eingeleiteten Maßnahmen.

Zur Beantwortung der Frage, wie in Essen auch zukünftig attraktive Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs aufrechterhalten werden können, muss die EVAG weitere Anstrengungen unternehmen. Schwerpunkt der EVAG wird es daher auch zukünftig sein, in den nächsten Jah-

²⁶ Bei der Höhe des Nießbrauchs wurde für die Planung 2007 eine Dividende von 3 Euro pro Aktie zugrunde gelegt!

²⁷ Kapitalertragssteuer

²⁸ Körperschaftssteuer

²⁹ Gewerbesteuer

ren weitere Optimierungspotenziale zu heben und damit die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Erreicht werden soll dieses Ziel insbesondere durch die benannten Strategieansätze Prozessoptimierung mit Hilfe von Benchmarks sowie der Regionalisierung mit Mülheim und anderen Städten im VRR. Inwieweit die gewählten Maßnahmen der EVAG in ausreichendem Maße zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit beitragen, muss kontinuierlich geprüft werden.

Am 21. Juni 2006 hat der Rat der Stadt beschlossen, den Strategieansatz in den Kostenblöcken „**JobCenter/Beschäftigungsförderung**“ und „**Kultur**“ fortzuführen.

- **JobCenter / Beschäftigungsförderung**

Die im Rahmen des Projektes mit der Fa. Kienbaum Management Consultants GmbH für den Bereich Soziales vorgeschlagenen Veränderungen in der Aufgabenwahrnehmung zur Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II (Maßnahme 1) weisen ein **Einsparpotenzial in Höhe von insgesamt 17,5 Mio. Euro p.a.** bis zum Jahr 2012 ff. aus.

Unter Einbeziehung des JobCenters Essen wurden erste Vorschläge für eine Optimierung der Leistungs- und Steuerungsprozesse des JobCenters Essen und der Zusammenarbeit aller Beteiligten erarbeitet. Hierbei wurde festgestellt, dass das vom Gutachter dargestellte Konsolidierungspotenzial in Höhe von 17,5 Mio. Euro realisiert werden kann.

Unter welchen Rahmenbedingungen und auf welche Weise das Einsparpotenzial erreicht werden kann, wird den Fachausschüssen und dem Rat der Stadt in einer gesonderten Vorlage ausführlich dargestellt.

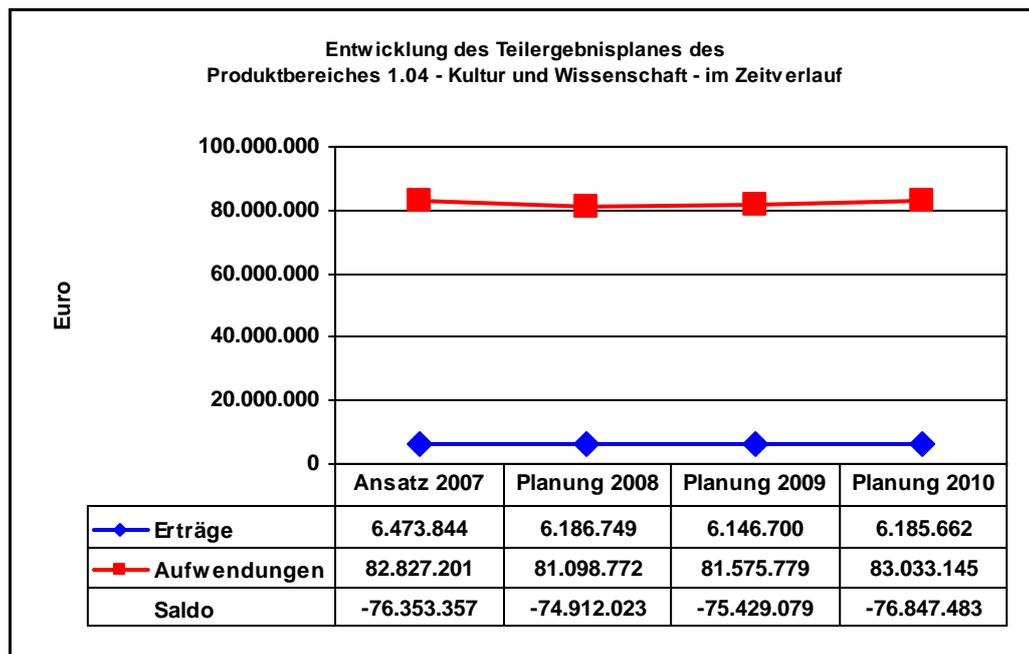
- **Kultur**

Um vor dem Hintergrund der **Kulturhauptstadt Europas 2010** die Qualität im Bereich der Kultur nachhaltig sichern zu können, sind auch die Essener Kultureinrichtungen in ihren Kosten zu optimieren und auf Einsparpotenziale zu untersuchen.

Als flankierende Maßnahme zur Neuausrichtung des Kulturbereichs hat der Rat der Stadt am 21.06.2006 ab dem Jahr 2007 den Zuschuss an die Theater und Philharmonie GmbH (TUP) auf das Finanzniveau 2006 begrenzt. Darüber hinaus wurden für die Fachbereiche des Kulturbereiches (Kulturbüro, Stadtarchiv, Stadtbibliothek, Volkshochschule, Folkwang Musikschule, Museen und Alte Synagoge) verbindliche Budgeteckwerte für die Jahre 2006 bis 2009 und damit notwendige Einsparungen, Maßnahmen und Prüfaufträge festgelegt.

Der aktuelle Umsetzungsstand zur Haushaltskonsolidierung im Kulturbereich wird den Fachausschüssen und dem Rat der Stadt im Rahmen einer gesonderten Verwaltungsvorlage ausführlich dargestellt.

Nach dem Teilergebnisplan des NKF-Haushaltes 2007 entwickelt sich der Produktbereich wie folgt:



In diesem Produktbereich sind die Projektkosten für die Gesellschaft **Ruhr 2010 GmbH** mit rd. 6 Mio. Euro für die Zeit von 2007 bis 2010 eingeplant. Die Zuordnung zum Kulturbereich ist zwar systemgerecht, die „Kulturhauptstadt“ hat jedoch für die gesamte Stadt sowohl in kultureller, wirtschaftlicher als auch sozialer Hinsicht enorme Bedeutung und geht deshalb weit über den Kulturbereich hinaus.

Einschließlich der Projektkosten für die Gesellschaft Ruhr 2010 GmbH verbleibt der Zuschussbedarf (Saldo) im Kulturbereich nach den derzeitigen Planungen auf gleichbleibendem Niveau von rd. 76 Mio. Euro jährlich.

3.3 ANPASSUNG DER INFRASTRUKTUR AN VERÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN / BESCHRÄNKUNG AUF Kernaufgaben / PRIORISIERUNG KOMMUNALER AUFGABEN

Anpassung der Infrastruktur an veränderte Rahmenbedingungen

Nach der Gemeindeordnung NRW sollen die Kommunen nur die Infrastruktureinrichtungen vorhalten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Veränderungen in der demografischen Entwicklung oder im Nutzerverhalten müssen sich auf das Infrastrukturangebot auswirken. Diese Anpassungsprozesse erfolgten daher auch schon in der Vergangenheit im Rahmen der Haushaltskonsolidierung oder anlassbezogen. Dieser Strategieansatz soll jedoch einen ständigen Optimierungsprozess unterstützen, um alle möglichen Konsolidierungspotenziale kontinuierlich zu erschließen. Dabei handelt es sich um einen übergreifenden Strategieansatz, der auch in die Untersuchungen zu anderen Strategiefeldern des Haushaltsicherungskonzeptes eingeflossen ist. Zu den Schwerpunkten der Jahre 2006 / 2007 gehören im Wesentlichen folgende Maßnahmen:

- **Anpassungsprogramm Kindertageseinrichtungen**

Aufgrund der demografischen Entwicklung, der Finanzsituation einzelner Träger oder der baulichen Situation von Tageseinrichtungen sollen zum Ende des Kindergartenjahres 2006/07 insgesamt acht Tageseinrichtungen und sechs Gruppen in Einrichtungen geschlossen werden. Nähere Ausführungen hierzu siehe Ratsvorlage 0367/2007/4.

- **Grundschulentwicklungsplanung**

Der Rat der Stadt Essen hat die 2. Stufe der Grundschulentwicklungsplanung und die hieraus folgenden Handlungsvorschläge im März 2006 beschlossen. Zur konkreten detaillierten Umsetzung der Maßnahmen sind jeweils gesonderte Ratsbefassungen vorgesehen. Nähere Ausführungen hierzu siehe Ratsvorlage 0423/2006/4.

- **Nutzungsverdichtung Rathaus und Nutzungsverdichtung dezentraler Standorte**

Durch die geplante Unterbringung zusätzlicher Arbeitsplätze können externe Standorte aufgegeben, Mietausgaben reduziert und Vermarktungsmöglichkeiten generiert werden. Nähere Ausführungen hierzu vgl. Ziff. 3.4 (Immobiliensteuerung).

Mögliche immobilienwirtschaftliche Maßnahmen aus der Umsetzung des Masterplans Sport können erst nach den Entscheidungen über die einzelnen Handlungsvorschläge erfolgen. Der Abstimmungsprozess der politischen Gremien zum Masterplan Sport ist noch nicht abgeschlossen. Weitere Ansätze können sich im Rahmen der laufenden bzw. künftigen Untersuchungen in den anderen Strategiefeldern ergeben.

Beschränkung auf Kernaufgaben / Priorisierung kommunaler Aufgaben

Die Steuerung der kommunalen Aufgabenerledigung durch Rat und Verwaltung über einen produktorientierten Haushalt, über Ziele und Zielvereinbarungen ist ein wesentlicher Reformansatz im Neuen Kommunalen Haushaltsrecht (NKF). Mit dem vorliegenden NKF-Haushalt 2007 sind nunmehr die grundlegenden Strukturen für die Einführung und Umsetzung eines aufgabenkritischen Prozesses auf der Ebene des gesamtstädtischen Produktplanes geschaffen.

Ziel des Strategieansatzes ist die Analyse, (Neu-) Bewertung und Gewichtung der städtischen Produkte und Leistungen. Die hierzu erforderlichen Prozesse sollen durch Einführung eines Controllingverfahrens unterstützt werden, das sich an dem von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) vorgeschlagenen Produktkritikverfahren orientiert. Hierbei geht es im Wesentlichen darum, den Wirkungsbeitrag eines Produktes oder einer Produktgruppe zur Erreichung strategischer Ziele zu erfassen und damit das Verhältnis von Ressourceneinsatz und Zielerreichungsgrad zu hinterfragen:

- Was trägt jedes Produkt dazu bei, die strategischen Ziele zu erreichen?
- Werden im Sinne der vorgenannten Frage die Ressourcen richtig eingesetzt?
- Handelt es sich um die richtigen Produkte, um die Ergebnis- und Wirkungsziele zu erreichen? Gibt es andere Produkte, die dies besser können oder müssen neue Produkte angeboten werden?
- Können Produkte in Kooperation mit anderen Kommunen oder von anderen Institutionen besser erstellt werden?
- Kann auf Leistungen verzichtet oder müssen Standards reduziert werden?

Zur grundlegenden Erläuterung dieses übergreifenden Strategieansatzes wird auf das Haushaltssicherungskonzept 2006 verwiesen.

Die Einführung des vorgenannten Controllingverfahrens hat sich verzögert, da die organisatorischen Voraussetzungen in der Stadtkämmerei noch nicht geschaffen werden konnten. Hiermit ist nun bis Mitte dieses Jahres zu rechnen.

Interkommunale Zusammenarbeit

Interkommunale Kooperation ist ein Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes. Diese Erkenntnis spiegelt sich u. a. in der Tatsache wider, dass bereits in Haushaltssicherungskonzepten vergangener Jahre die Interkommunale Zusammenarbeit als ein Strategieansatz aufgenommen wurde. Zuletzt hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 29.11.2006 die Verwaltung beauftragt, über den aktuellen Stand der Interkommunalen Kooperation zu berichten sowie Vorschläge zur künftigen strategischen Bearbeitung des Themas zu unterbreiten. Der aktuelle Stand wird zur Zeit im Rahmen einer gesamtstädtischen Abfrage ermittelt.

Im weiteren Verlauf gilt es dann, an die bereits bestehenden Projekte / Erfahrungen anzuknüpfen, die bereits vorhandenen Arbeits- und Kommunikationsstrukturen zu überdenken und neue Partner, neue Handlungsfelder zu finden. Für die Sitzung des Rates im Mai / Juni 2007 wird eine Vorlage gefertigt, die konkretere Aussagen zu (bereits realisierten und geplanten) Handlungsfeldern, Partnern und Art der Aufgabenerledigung machen wird.

Grundsätzlich gilt: Die Erledigung vieler kommunaler Aufgaben ist im Wege städteübergreifender Zusammenarbeit denkbar. Die Aufgabenfelder sind jedoch sowohl von sehr unterschiedlich hohem Nutzen, als auch sehr unterschiedlich um- bzw. durchsetzbar. Insbesondere rechtliche wie auch organisatorische Gründe sind hier zu nennen. Einige Aufgabenfelder sind jedoch nicht neu, sondern bedürfen lediglich einer Ausweitung auf weitere Kommunen oder einer Intensivierung der Zusammenarbeit der bereits beteiligten Partner. Eine Aufstellung, die alle möglichen Handlungsfelder einschließlich ihrer Vor- und Nachteile, Vorbehalte und Vorteile beinhaltet, liegt nicht vor. Es erscheint jedoch ohnehin sinnvoller, (zunächst) mit einigen wenigen Projekten und auch Partnern zu beginnen.

Aktuelles Beispiel für die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene ist die Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)“ zum 01. Januar 2007 zur Neuorganisation der Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsämter in Nordrhein-Westfalen (vgl. Vorlage Nr. 0806/2006/6A und Vorlage Nr. 2250/2006/6A).

Eine seriöse Schätzung von Einsparmöglichkeiten setzt neben der grundsätzlichen Bereitschaft potenzieller Partner zur Kooperation die Ermittlung und Auswertung einer Reihe von Daten, Zahlen und Fakten voraus. Jedes einzelne Kooperationsvorhaben gilt es daher – gegebenenfalls unter Zuhilfenahme eines neutralen Dritten – auf seine Durchführbarkeit und Einsparpotenziale hin zu überprüfen. Darüber hinaus sind die Effekte häufig nur mittelbarer Natur (z. B. gemeinsame Flächennutzungsplanung oder Wohnungspolitik, Kontaktpflege zu Ministerien, Erfahrungsaustausch, Absprachen bei Förderantragsstellungen wie z. B. EFRE) und daher per se monetär schwer erfassbar.

Entscheidend ist: Die regionale Ebene gewinnt in Zeiten von Internationalisierung / Globalisierung zunehmend an Bedeutung. Interkommunale / regionale Zusammenarbeit – gleich auf welchem Feld – stärkt die regionale Ebene, die regionale Identität, die regionale Wettbewerbsfähigkeit um Menschen, Arbeitsplätze, Kapital. D. h. auch, dass es bei Interkommunaler Kooperation nicht nur um das Ziel der (unmittelbaren) Haushaltskonsolidierung gehen kann und darf, sondern immer auch um Bürgerfreundlichkeit, um Qualitätssteigerung bei der Aufgabenerledigung und damit um einen Profilerfolg der Region.

3.4 IMMOBILIENSTEUERUNG

Bereits im Haushaltssicherungskonzept 2005 ff. wurden vier Handlungsfelder benannt, die in den Folgejahren planmäßig angegangen wurden:

Handlungsfeld 1:	Verbesserung der Datenverfügbarkeit und -transparenz
Handlungsfeld 2:	Professionalisierung des Immobilienmanagements mit Methoden und Verfahren der privaten Immobilienwirtschaft
Handlungsfeld 3:	Verbesserung der Führungs- und Steuerungsinstrumente
Handlungsfeld 4:	Umsetzungsmanagement.

Die notwendigen Prozesse/Teilprojekte hierzu wurden im Jahr 2006 auf der Grundlage der mit Hilfe einer externen Beratungsfirma erstellten Potenzialanalyse initiiert.

Bis zum Ende des Jahres 2006 konnten folgende Ergebnisse erreicht werden:

Die Ergebnisse der Potenzialanalyse prognostizierten, dass die erwarteten strukturellen Verbesserungen innerhalb von 10 Jahren realisierbar wären. Nach dem aktuellen Bearbeitungsstand ist zumindest bei einigen Teilprojekten/Potenzialen davon auszugehen, dass ein großer Teil der Verbesserungen bereits zu Beginn des auf zehn Jahre angelegten Konsolidierungszeitraums umgesetzt werden kann. Bei einigen Potenzialen haben sich allerdings auch Hemmnisse ergeben, die nur eine mittel- bis langfristige Umsetzung zulassen.

a) Verkauf von Wohn- und Geschäftsgebäuden

Eine Liste mit 100 für einen Verkauf geeigneten Wohnungseinheiten wurde verwaltungsintern abgestimmt. In der Zeit seit Mai 2006 wurden im Wege der üblichen Vermarktung bereits Erlöse aus der Liste in Höhe von rd. 2,45 Mio. Euro erzielt, die damit bereits über der Zielmarke i. H. v. 1,5 Mio. Euro liegen. Für die weiteren Objekte ist nach Freigabe im zuständigen Ausschuss die gezielte Vermarktung auch unter Einbeziehung evtl. Mieter und bekannter Kaufinteressenten vorgesehen.

b) Nutzungsverdichtung Rathaus und Nutzungsverdichtung dezentraler Standorte

Es ist geplant, durch die Unterbringung zusätzlicher Arbeitsplätze im Rathaus und in dezentralen Standorten externe Standorte aufzugeben und durch Mietausgabenreduzierungen oder Vermarktungsmöglichkeiten strukturelle Haushaltsverbesserungen in einer Größenordnung von bis zu 2 Mio. Euro zu generieren.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass in den vergangenen drei Jahren unabhängig von dem Projekt Potenzialanalyse durch entsprechende Maßnahmen im Flächenmanagement insgesamt dauerhafte Haushaltsverbesserungen i. H. v. rd. 1,4 Mio. Euro erzielt werden konnten.

Zu den noch nicht abschließend bearbeiteten Teilprojekten zählen die Potenziale

- Optimierung der Reinigungsdienste,
- Optimierung der Hausmeisterdienste,
- Betriebsgastronomie/Catering.

Hier ist geplant, diese Teilprojekte im Jahr 2007 mit weiterer externer Unterstützung so weit voranzubringen, dass anschließend die weitere Durchführung der erforderlichen Maßnahmen verwaltungsintern betrieben werden kann. Dabei werden insbesondere auch mögliche Synergieeffekte im "Konzern Stadt" und bestehende Restriktionen aus Tarifverträgen und Dienstvereinbarungen in die Betrachtung einbezogen.

Der Auftrag an die Beraterfirma umfasste neben der Potenzialanalyse auch die Erarbeitung eines Rahmenkonzeptes für die Reorganisation des Immobilienmanagements. Hierzu wurde im Projektteam eine Grobplanung erstellt, die neben der Immobilienwirtschaft auch die strategische Steuerung umfasst. Auch hier ist für 2007 die Fortsetzung der notwendigen Umsetzungsschritte mit weiterer externer Begleitung geplant.

3.5 ZENTRALISIERUNG VON QUERSCHNITTAUFGABEN

Der Strategieansatz zielt auf die Generierung von Synergieeffekten durch Zentralisierung und Bündelung von Aufgaben, Geschäftsprozessen und Funktionen innerhalb des Konzerns Stadt Essen ab. Für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben werden in der Kernverwaltung, in den städtischen Tochterunternehmen sowie den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen organisatorische Einheiten vorgehalten, die trotz der Heterogenität der Geschäftsfelder innerhalb des Konzerns die gleiche Aufgabenstellung haben und zentralisiert werden können. Durch die Bündelung und Zentralisierung von bestimmten Aufgaben wird der konzerninterne Leistungsaustausch intensiviert.

3.5.1 KERNVERWALTUNG

ZENTRALISIERUNG IM BEREICH DES RECHNUNGSWESENS

Rechtzeitig zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements zum 01.01.2007 wurden bei der Stadtverwaltung Essen die aufbauorganisatorischen Voraussetzungen für ein zentrales Rechnungswesen geschaffen. Mit der Organisationsverfügung vom Dezember 2006 wurde eine **zentrale Finanzbuchhaltung** mit allen im Rechnungswesen anfallenden Aufgaben und Prozessen aufgebaut.

Die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement beinhaltet nicht nur die Ablösung des bisherigen kameralen Haushalts- und Rechnungswesens durch ein kaufmännisch orientiertes Rechnungswesen. Vielmehr handelt es sich bei der Umstellung um einen der komplexesten EDV-Umstellungsprozesse innerhalb der Verwaltung seit Jahrzehnten sowie um eine organisatorische Neugliederung des gesamten Rechnungswesens.

Das erste Jahr nach der Systemumstellung auf NKF ist durch die intensive Einarbeitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzbuchhaltung, die Neufestlegung von Verfahren und Prozessabläufen, Identifizierung von Regelungsbedarfen, Einstellung weiterer Funktionalitäten im System und Identifizierung von Optimierungspotenzialen in der Aufbau- und Ablauforganisation des zentralen Rechnungswesens gekennzeichnet.

Mit der Produktivsetzung sind zunächst die Grundfunktionalitäten eingestellt worden. Erst in der Produktivphase werden weitere Optimierungen der Geschäftsprozesse zu erarbeiten sein mit dem Ziel, die Organisation des Rechnungswesens weiter zu straffen und Konsolidierungspotenziale zu generieren.

Als ein Konsolidierungserfolg ist der Umstand zu werten, dass die Stadt Essen den außerordentlich komplexen Umstellungsprozess flächendeckend zu einem Stichtag und ohne externe Einstellungen von Fachkräften wie Kaufleute, Bilanz-, Finanz- und Anlagenbuchhalter erfolgreich bewerkstelligt hat.

Als einzige Großstadt in NRW und in Deutschland ist es der Stadt Essen gelungen, flächendeckend das gesamte Rechnungswesen zu einem Stichtag umzustellen.

Die Ziele für den Konsolidierungszeitraum des Haushaltssicherungskonzeptes bis 2010 beinhalten den Aufbau und die Bereitstellung einer qualifizierten, konzernübergreifenden Datenbasis aus dem Rechnungswesen für ein qualifiziertes Controlling und Benchmarking. Die Voraussetzung hierzu ist die Erstellung eines Gesamtabchlusses für den Konzern Stadt Essen (vgl. Kapitel B 3.1).

ZENTRALES IMMOBILIENMANAGEMENT/IMMOBILIENSTEUERUNG

Wie im Kapitel B 3.4 bereits ausgeführt, stellte die Neustrukturierung und Reorganisation des Immobilienmanagements der Stadt Essen einen Schwerpunkt des Projektes "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" dar. Dabei geht es zunächst um eine zukunftsorientierte Neukonzeption der Strategischen Immobiliensteuerung und des Amtes für Immobilienwirtschaft und letztlich auch um eine wirtschaftliche und organisatorische Optimierung aller immobilienwirtschaftlichen Aufgaben innerhalb der Stadt Essen.

Aus der Betrachtung der relevanten Einflussgrößen ergeben sich folgende Erfolgsfaktoren für das künftige Immobilienmanagement der Stadt Essen:

Herstellung wettbewerbsfähiger Strukturen

- Verbindliche, transparente und kompetente Zuständigkeitsverteilung
- Vereinfachung, Straffung und Bündelung von Arbeitsabläufen
- Qualifizierung und Spezialisierung der Mitarbeiter/innen des Immobilienmanagements
- Entlastung der Fachbereiche von gebäudewirtschaftlichen Aufgaben

Budgetierung und Verrechnung

- Vollständige Abbildung aller Gebäudekosten
- Belastung der Nutzerbudgets

Änderung des Nutzerverhaltens

- Finanzielle Anreize zur Änderung des Nachfrageverhaltens der Gebäudenutzer
- Konsequente Verwertung oder Aufgabe nicht mehr benötigter Immobilien

Vor dem Hintergrund einer weiterhin angespannten Haushaltslage sind erhebliche Interessen- und Verteilungskonflikte zwischen den zahlreichen Gebäudenutzern und daraus resultierende Widerstände zu erwarten. Zur aktiven Verfolgung und Durchsetzung immobilienwirtschaftlicher Ziele muss dem Immobilienmanagement eine entsprechende Kompetenz eingeräumt werden.

3.5.2 KONZERN

INTENSIVIERUNG DES KONZERNINTERNEN LEISTUNGSUSTAUSCHES

Zur Umsetzung des Zentralisierungsansatzes wurde bei der städtischen Holding Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (EVV) eine Stelle mit der Aufgabe geschaffen, den konzerninternen Leistungsaustausch innerhalb des Konzerns zu intensivieren.

Als Informationsbasis für den konzerninternen Leistungsaustausch soll ein neu zu entwickelndes Konzernleistungskataster dienen, das die konzernweit vorgehaltenen und angebotenen Leistungen transparent und aktuell verfügbar hält. Da das bestehende Kataster weder inhaltlich noch von der dv-technischen Ausgestaltung her den Anforderungen an eine zukunftsfähige Informationsplattform entspricht, wurden erste Gespräche zwischen dem Essener Systemhaus (ESH), dem Amt für Organisation und Personalwirtschaft und der EVV zur Neuentwicklung geführt und Ideen zur Realisierung ausgetauscht.

Als erstes Ergebnis der Intensivierung des konzerninternen Leistungsausgleichs wurde zwischen der Stadt Essen und der EVV eine Vereinbarung über die Nutzung des Angebotes der betrieblichen Beratungsstelle der Stadt Essen geschlossen. Die betriebliche Beratungsstelle Impuls erbringt als Fachstelle Beratungsleistungen für die Bereiche Sucht, Konflikt, psychosoziale Probleme und prozessorientierte Team- und Projektberatung. Für die Beratungsleistungen zahlt die EVV ein pauschales Entgelt in Höhe der entstandenen Kosten zuzüglich der Umsatzsteuer. Darüber hinaus wird derzeit geprüft, ob und inwieweit betriebsärztliche Leistungen konzernweit zentralisiert werden können.

Die Frage, ob für den Konzern beispielsweise der gemeinsame Betrieb einer Betriebsgastronomie vorteilhaft ist, wird unter dem Thema „Catering“ im Rahmen des Konsolidierungsprojektes im Immobilienbereich beantwortet werden (vgl. Kapitel B 3.4).

Die Identifizierung von zusätzlichen Feldern für den Ausbau des konzerninternen Leistungsaustausches wird weiter intensiv verfolgt.

STRATEGISCHE NEUAUSRICHTUNG DER EVV

Unter dem Thema „**Strategische Neuausrichtung**“ verfolgt die Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (EVV) den konsequenten Abbau von Redundanzen sowie die Bündelung der Kompetenzen und die Intensivierung des konzerninternen Leistungsaustausches. Ziel ist es, die angebotenen Leistungen noch effizienter zu erbringen und Einsparungen im Gesamtkonzern zu ermöglichen.

Durch die Etablierung zentraler Querschnittsfunktionen auf EVV-Ebene soll eine Neuordnung des Konzern-Leistungsportfolios und eine stringente Fokussierung der einzelnen Gesellschaften auf ihre Kernkompetenzen realisiert werden. Als erste Umsetzungsstufe wurde eine Zentralisierung der Bereiche Recht und Versicherungen sowie Revision der Stadtwerke Essen AG und der EVAG zum 01.07.2006 auf Ebene der EVV vollzogen.

Zur Identifizierung weiterer Synergiefelder wurde durch einen externen Gutachter eine entsprechende Untersuchung durchgeführt, die zwischen **Kompetenzcentern** und

Servicecentern unterscheidet. Bei den Servicecentern handelt es sich um Serviceeinheiten, die grundsätzlich auf Holdingebene zentralisiert werden sollen. Die Kompetenzcenter hingegen spiegeln die eigentlichen Kernkompetenzen in den einzelnen Beteiligungsunternehmen wider, die ihre Dienstleistungen u.a. konzernweit anbieten.

Nach Analyse und Bewertung wurden weitere Synergiefelder identifiziert und durch Projekte bzw. Maßnahmenpakete hinterlegt. Beispiele hierfür sind:

Ausbau Servicegesellschaft „EVV Verwertungs- und Betriebsgesellschaft“

- KFZ-Werkstattservice, insbes. Gasfahrzeuge
- Fahrzeugmanagement (inkl. Beschaffung und Full-Service-Leasing)
- Verwertungs-Management (Veranschungsrechte etc.)
- Versicherungsvermittlung

Optimierung Beschaffung und Materialwirtschaft

- Ausbau Infrastruktur
- Aufbau Service-Center „Nicht-technischer Einkauf“

Optimierung Liegenschafts-/Gebäudebetreuung

- Immobilien- und Facility-Management (Allbau)

Aufbau/Zusammenführung EVV-Finanzbuchhaltung

- Kreditorenbuchhaltung, Debitorenbuchhaltung, Anlagenbuchhaltung
- Steuern und Finanzen (Cash-Management)

Aufbau/Zusammenführung EVV-Personalabrechnung

Zusammenführung „sonst. Zentraler Services“

- Kantine/Catering, Post- und Botendienste (RGE)
- Sicherheitsdienste, Gebäudereinigung, Hausmeister-Service (RGE)
- Graphische und Print-Services (EVAG, SWE)

Koordination Ausbildungskooperation

- Nutzung Infrastruktur, Hospitanzen etc.

Die vorgenannten Themenfelder werden in Teilprojekten sukzessive abgearbeitet und vor der endgültigen Umsetzung einer entsprechenden Aufwand-Nutzen-Analyse unterzogen.

Im Jahr 2007 wird schwerpunktmäßig u.a. mit dem Ausbau der EVV Verwertungs- und Betriebsgesellschaft mbH und der Optimierung der Liegenschafts-/Gebäudebetreuung begonnen.

3.6 OPTIMIERUNG DER BETEILIGUNGEN DURCH PORTFOLIOMANAGEMENT

In der **Anlage 3** zum Haushaltssicherungskonzept der Stadt Essen 2007 ff. sind in einer Gesamtübersicht die Beteiligungsgesellschaften der Stadt Essen aufgelistet. Der Verwaltungsvorstand als Leitung des "Konzerns Stadt" hat originäre Führungsaufgaben als "Konzernleitung" wahrzunehmen, so z.B. die Bestimmung der für die einzelnen Beteiligungsunternehmen abgeleiteten Sach- und Finanzziele oder die Zuteilung notwendiger Finanzmittel. Einem Geschäftsbereichsvorstand sind unterschiedliche Beteiligungsunternehmen zugeordnet. Der Geschäftsbereichsvorstand verfügt über Instrumente und Möglichkeiten zur Steuerung dieser Beteiligungsunternehmen. Er bedient sich des dezentralen Beteiligungsmanagements, das geschäftsbereichsbezogene Aufgaben wahrnimmt. Der Geschäftsbereich hat dazu die rechtlichen, gesellschaftsvertraglichen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Das zentrale Beteiligungsmanagement begleitet und berät in Grundsatzfragen der Beteiligungen (Gesellschaftsgründung/-auflösung/-erwerb/-veräußerung u.a.) sowie bei der Gestaltung und den Inhalten von Gesellschaftsverträgen und Satzungen sowie dem Anzeigeverfahren nach der Gemeindeordnung NRW. Es nimmt die Gesellschafterrechte in Gesellschafter- und Hauptversammlungen wahr und erarbeitet Beteiligungsrichtlinien. Im Einzelnen stehen dem Beteiligungsmanagement folgende Instrumentarien zur Verfügung: der Unterausschuss Beteiligung, die Beteiligungsrichtlinien, die Zielvereinbarung, die Abstimmung der Wirtschaftspläne und das Berichtswesen. Weitere Einzelheiten zu der Beteiligungssteuerung finden sich im Beteiligungshandbuch, das vom Geschäftsbereich Finanzen herausgegeben wurde.

Güter und Dienstleistungen werden von Kommunen erstellt bzw. erbracht, seit es Kommunen gibt. So blicken kommunale Stadtwerke, Nahverkehrsunternehmen und Sparkassen auf eine in der Regel langjährige Geschichte zurück. In der Stadt Essen werden kommunale Aufgaben sowohl in Ämtern und Fachbereichen als auch in eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, GmbH's und AG's wahrgenommen. Kernverwaltung und Beteiligungen werden gemeinsam als Teil eines "Konzerns" aufgefasst. Der Rat ist das oberste Willensbildungsorgan dieses Konzerns. Die Steuerung des Konzerns Stadt durch den Rat und die Verwaltungsführung erfolgt durch die Vereinbarung von Zielen und die Vorgabe eines Handlungsrahmens, der von den dezentral Verantwortlichen, egal ob Geschäftsführung, Werkleitung oder Amtsleitung, wirtschaftlich auszufüllen ist.

Mit dem Haushaltssicherungskonzept der Stadt Essen 2005 ff. wurde die **Steuerung** der Beteiligungsgesellschaften **durch Portfoliomanagement** beschlossen. Hierzu wurde erstmals ein Beteiligungskataster aufgestellt, das die verschiedenen Gesellschaften in Gewinngesellschaften und sonstige (Verlust-) Gesellschaften einteilt (siehe auch Anlage 3). Gewinngesellschaften sind solche, bei denen die Stadt als Gesellschafterin grundsätzlich eine Gewinnerwartung hat. Dazu gehören auch Gesellschaften, die im Einzelfall Verluste erzielen; dennoch besteht auch ihnen gegenüber eine Gewinnerwartung. Für sie gilt, dass ein Gewinn mindestens in Höhe einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet werden soll. Die sonstigen (Verlust-) Gesellschaften sind solche, die in der Regel Verluste erwirtschaften; gleichwohl werden im Einzelfall durchaus auch Gewinne erzielt. Die Stadt Essen strebt grundsätzlich die Reduzierung der Anzahl von unwirtschaftlichen Beteiligungen an. Auf Basis des Beteiligungskatasters und folgender Prüfkriterien werden die Beteiligungsunternehmen durch das zentrale Beteiligungsmanagement beurteilt.

a) Notwendige Bedingung: **Verzinsung** des eingesetzten Kapitals

Das in den Gewinngesellschaften gebundene Kapital ist angemessen zu verzinsen, d.h., dass die ausgeschüttete Dividende höher sein muss als der Zinssatz für Kommunalkredite und Darlehen. Ansonsten würde die Stadt Essen aus finanzwirtschaftlicher Sicht das eingesetzte Kapital besser zur Entschuldung verwenden.

Als Kapital in diesem Sinne wird das Eigenkapital zuzüglich stiller Reserven abzüglich stiller Lasten gewertet (Verkehrswert). Damit ist sichergestellt, dass das in der Gewinngesellschaft gebundene Kapital besser verzinst wird als im Falle der Realisierung des Unternehmenswertes und der dadurch möglichen Entschuldung durch die dem städtischen Haushalt zugeführten Mittel.

Zum 1. Januar 2007 wurden die Verkehrswerte bzw. NKF-Zeitwerte ermittelt. Hiernach bestimmt sich die Betrachtung der Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Gesellschaften mit der schlechtesten Kapitalverzinsung sind vorrangig aufzufordern, ihre Ergebnisse zu verbessern.

Die Verlustgesellschaften werden in der Weise gesteuert, dass die jährlichen Zuschüsse unter Berücksichtigung der Teuerungsraten um ein jeweils auszuhandelnden Prozentsatz zurückgefahren werden. Dies wird Inhalt der jeweiligen Zielvereinbarung zwischen der Stadt und der Beteiligungsgesellschaft.

b) Hinreichende Bedingung: **Wertentwicklung** im Zeitablauf

Ferner wird bei den Gewinn- und Verlustgesellschaften die eigene Wertentwicklung verfolgt. Sofern die notwendige Bedingung erfüllt ist, dass eine Veräußerung wirtschaftlich sinnvoll wäre, ist daneben von hinreichender entscheidender Bedeutung, dass die Wertentwicklung des Beteiligungsunternehmens, ausgehend von der mittelfristigen Finanzplanung im Zeitablauf, einen Wert erwarten lässt, der in der Zukunft voraussichtlich nicht weiter steigt.

Ergibt die Wertanalyse bei einer Gesellschaft, dass der Unternehmenswert in der Zukunft voraussichtlich deutlich sinkt, so ist zur Vermeidung künftiger Wertverluste eine Veräußerung in Betracht zu ziehen; dies vor allem dann, wenn auch bereits die notwendige Bedingung eine Unwirtschaftlichkeit hat erkennen lassen.

Bei den Gewinngesellschaften ist in der Regel ein positiver Marktpreis zu erwarten. Bei den Verlustgesellschaften kann sich ein Marktpreis einstellen, wenn die Stadt Essen einmalige oder laufende Zuschüsse an einen Investor leistet. Sollten im Falle der Anteilsübertragung an einen Investor die zukünftigen Verluste bzw. die Zuschüsse der Stadt Essen geringer sein als im Falle des Haltens der Beteiligung, so ist eine Veräußerung ceteris paribus wirtschaftlich.

c) Weiterer Aspekt: Öffentliche Zweckbestimmung/strategische Ausrichtung im Einzelfall

Wenn bei einer Beteiligungsgesellschaft die vorstehenden Kriterien nach a) und b) erfüllt sind, ist noch zu prüfen, ob die mit der Beteiligungsgesellschaft verfolgte öffentliche Zweckbestimmung im Sinne des § 107 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW eine Veräußerung der Gesellschaft zulässt. Sollte die öffentliche Zweckbestimmung einer Veräußerung entgegenstehen, wird auf diese Weise verdeutlicht, welche Kosten der eine oder andere öffentliche Zweck auslöst. Das gilt auch dann, wenn die Beteiligungsgesellschaft aus strategischen Überlegungen weitergeführt werden soll.

Mit der **Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements zum 1. Januar 2007** bei der Stadt Essen wurden sämtliche Beteiligungen einem umfassenden Bewertungsverfahren unterzogen. Die daraus abgeleiteten Werte werden jährlich zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit geprüft (Impairment-Test). Besondere Aufmerksamkeit erlangen dabei Wertveränderungen, da sie mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements zukünftig ergebniswirksam sein können. Bei der Bewertung der Beteiligungen haben wir uns nach folgenden Verfahren gerichtet: Ertragswertverfahren, Substanzwertverfahren und Eigenkapitalspiegelbildmethode. Konzeptionell wurden die erwerbswirtschaftlichen Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren und die sachzielbezogenen Beteiligungen nach dem Substanzwertverfahren bewertet. Die Werte wurden unter fachlicher Begleitung einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ermittelt.

Für eine zielgerichtete Steuerung der Beteiligungsgesellschaften im Rahmen der Leistungsfähigkeit des städtischen Haushalts ist es unerlässlich, vor Aufstellung der jährlichen Wirtschaftspläne in den Beteiligungsgesellschaften und deren Beschlussfassung in den Gesellschafterversammlungen verbindliche Eckwerte durch den Rat der Stadt beschließen zu lassen. Bis zum Jahr 2005 lag im Zeitraum des Wirtschaftplanverfahrens keine verbindliche Abstimmung mit dem städtischen Haushalt vor. Daher wurde dieser Forderung dadurch Rechnung getragen, dass im Konsolidierungsprogramm 2006 ff. für die Gesellschaften und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen verbindliche Budgeteckwerte beschlossen wurden, die für die Wirtschaftspläne verbindliche Vorgaben darstellen. Dies erfolgte zunächst für die Gesellschaften, die unmittelbar mit dem Haushalt der Stadt Essen verbunden sind.

Wie die nachfolgende Tabelle verdeutlicht, belaufen sich die zahlungswirksamen Aufwendungen zur Abdeckung von Fehlbeträgen der städtischen Beteiligungsunternehmen und Sondervermögen im Gesamtergebnisplan 2007 auf **über 116 Mio. Euro**. Vor dem Hintergrund, dass sich das geplante Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit im Jahr 2007 auf insgesamt rd. 114 Mio. Euro belaufen wird, müssen Konsolidierungsanstrengungen verstärkt im Bereich der kommunalen Beteiligungen erfolgen.

Haushaltsplan-Entwurf 2007

Ergebnisplan

Zahlungswirksamer Aufwand zur Abdeckung der Fehlbeträge von verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen					
Planjahr	2007	2008	2009	2010	
gesamt*	116.781.667	115.273.970	113.404.620	112.023.620	
davon					
	EABG	1.154.000	1.035.000	995.000	975.000
	EVV	18.213.000	17.887.000	16.333.000	13.880.000
	ESH	0	0	0	0
	EMG	1.666.400	1.673.850	1.673.850	1.673.850
	EWG	2.093.550	2.020.000	2.020.000	2.020.000
	Flughafen E/MH	561.067	521.350	405.000	397.000
	JHE	1.434.450	1.446.570	1.446.570	1.446.570
	GGE	23.900.000	23.400.000	22.900.000	22.900.000
	RN	206.500	206.500	206.500	206.500
	Ruhr 2010	1.250.000	1.100.000	1.200.000	2.100.000
	VKA	17.300	17.300	17.300	17.300
	SBE**	21.186.400	20.686.400	20.686.400	20.686.400
	TBE	2.409.000	2.640.000	2.881.000	3.081.000
	TUP	42.690.000	42.640.000	42.640.000	42.640.000

* ohne Zuschuss an SBE für Stadionneubau / Weiterleitung an RWE (2007 - 2009 je 2,5 Mio.€/ a) und Zuweisung ZV VRR für EVV (530 T€/ a) und Zuschuss Jugendarbeit städt. Träger (5.150 €/ a)

** ohne Zuschuss für Stadionneubau zur Weiterleitung an RWE

enthalten in folgenden Transferaufwendungen (S. 18 des Vorberichts zum og. Hplan):		2007	2008	2009	2010
1. Zuschuss an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen		92.370.467	91.428.870	89.559.520	88.178.520
darin enthalten:					
	EABG	1.154.000	1.035.000	995.000	975.000
	EVV	18.213.000	17.887.000	16.333.000	13.880.000
	ESH	0	0	0	0
	Steuerungsstelle ÖPNV: Weiterleitung Zuschuss ZV VRR an EVV	530.000	530.000	530.000	530.000
	Flughafen E/MH	561.350	521.350	405.000	397.000
	JHE	1.434.450	1.446.570	1.446.570	1.446.570
	GGE	23.900.000	23.400.000	22.900.000	22.900.000
	RN	206.500	206.500	206.500	206.500
	Ruhr 2010	1.250.000	1.100.000	1.200.000	2.100.000
	VKA	17.300	17.300	17.300	17.300
	TBE	2.409.000	2.640.000	2.881.000	3.081.000
	TUP	42.690.000	42.640.000	42.640.000	42.640.000
	1.06.02 Jugendarbeit des städt. Trägers	5.150	5.150	5.150	5.150
2. Zuschüsse an sonstige öffentliche Sonderrechnungen		21.312.400	20.812.400	20.812.400	20.812.400
davon Zuschuss an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen***		21.312.400	20.812.400	20.812.400	20.812.400
davon					
	EMG	76.000	76.000	76.000	76.000
	EWG	50.000	50.000	50.000	50.000
	SBE	21.186.400	20.686.400	20.686.400	20.686.400
3. Zuschüsse an private Unternehmen		30.958.622	27.901.500	19.376.700	10.036.700
davon Zuschuss an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen***		6.133.950	6.067.850	6.067.850	3.567.850
davon					
	EMG	1.590.400	1.597.850	1.597.850	1.597.850
	EWG	2.043.550	1.970.000	1.970.000	1.970.000
	Zuschuss Stadion RWE SBE	2.500.000	2.500.000	2.500.000	0
gesamt		119.816.817	118.309.120	116.439.770	112.558.770

*** werden im endgültigen HPlan zu Transferleistungen unter Ziffer 1 umgestellt

Konsolidierungsbeiträge des Versorgungs- und Verkehrsbereichs

Im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2006 ff. wurde für die Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (EVV) für das Jahr 2006 ein verbindlicher Budgeteckwert von 39.138.350 Euro festgelegt, wobei der Wirtschaftsplan der EVV für 2006 einen Fehlbetrag von rund 40,2 Mio. Euro vorsah. Von der EVV wurden unterjährig Abschlagszahlungen in Höhe von 38,6 Mio. Euro auf den geplanten Verlust nach Liquiditätsbedarf abgerufen. Im Laufe des Jahres 2006 sind Entwicklungen eingetreten, die bei der EVV zu einem Jahresergebnis von rd. 20 Mio. Euro führten; gegenüber der Planung eine deutliche Verbesserung und eine erhebliche Unterschreitung des festgelegten Budgeteckwertes.

Folgende Entwicklungen haben insbesondere zu dem Ergebnis beigetragen:

- **Tropolys Altgesellschafter GmbH** **5,9 Mio. €**

Im Rahmen der Neu-Strukturierung der Tropolys GmbH/Versatel wurde auch die Finanzierung der Gesellschaft vollständig neu organisiert. Als Folge wurden insgesamt rd. 306 Mio. Euro Eigenkapital bzw. Gesellschafterdarlehen zurückgeführt. Die EVV hat aus dieser Kapitalauskehrung der Tropolys Altgesellschafter GmbH anteilig 5,9 Mio. Euro ungeplant erhalten. Die Beteiligung im gewinnorientierten Geschäftsfeld der Telekommunikation (CNE) erfolgte seinerzeit mit dem Ziel, einen Beitrag zur Haushaltsverbesserung zu leisten.

- **Auflösungen von Rückstellungen bei der EEG/SWE** **15,0 Mio. €**

Durch die Anerkennung der Organschaft zwischen SWE und EEG im Rahmen der steuerlichen Betriebsprüfung wurde die Auflösung entsprechender Rückstellungen für Vorjahre bei der EEG möglich, die bei der SWE zu Erträgen von 15 Mio. Euro führen.

- **MHKW** **0,5 Mio. €**

Durch Verlagerung der Vermarktung von freien Veraschungskapazitäten im MHKW Karnap von der EBE auf die EVV werden zusätzliche Umsatzerlöse von 0,5 – 0,7 Mio. Euro bei der EVV erwartet.

- **Abellio GmbH** **0,6 Mio. €**

Während des Entwicklungsprozesses der Abellio GmbH sind diverse Berater tätig gewesen, deren Bezahlung zunächst von Seiten der EVV vorgenommen wurde. Zwischenzeitlich wurden die anteiligen Beratungsaufwendungen aus Vorjahren durch die Abellio GmbH erstattet.

- **Gewinnabführungen** **0,5 Mio. €**

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2006 zeichnen sich bei der EBE und der RGE verbesserte Jahresergebnisse ab, die insgesamt zu einer höheren Gewinnabführung von 0,5 Mio. Euro führen.

Es handelt sich bei den oben genannten Entwicklungen teilweise um das Ergebnis größter Anstrengungen, durch Gestaltungsmöglichkeiten wie beispielhaft auf dem Gebiet des Steuerrechts für die EVV und ihre Konzerngesellschaften optimale Lösungen zu finden, die zu einer Verbesserung des Jahresergebnisses und somit zur Entlastung des städtischen Haushaltes beitragen.

Bei der EVV bzw. den Tochtergesellschaften der EVV stehen in nächster Zeit umfangreiche Ausgaben an, die die Finanzrechnung der Stadt belasten. Im Einzelnen handelt es sich um den Rückkauf der Mesenhohl-Anteile an der EVBG durch die EVV sowie die Tilgung von Darlehen (ALLBAU) bei der EVV Beteiligungsgesellschaft mbH (EBG). Der Rat der Stadt hat daher beschlossen (Ratsvorlage Nr. 2313/2006/2), die ersparten Haushaltsmittel aus dem Jahr 2006 bei der EVV als überplanmäßige Kapitaleinlage zur Entlastung der Finanzrechnung in den Jahren 2006 bis 2010 zu belassen.

Für den Vermögenshaushalt 2006 ergeben sich durch diesen Beschluss Einsparungen in Höhe von rd. 6,5 Mio. Euro³⁰. Daneben wurde der vorgegebene Budgeteckwert von der EVV eingehalten.

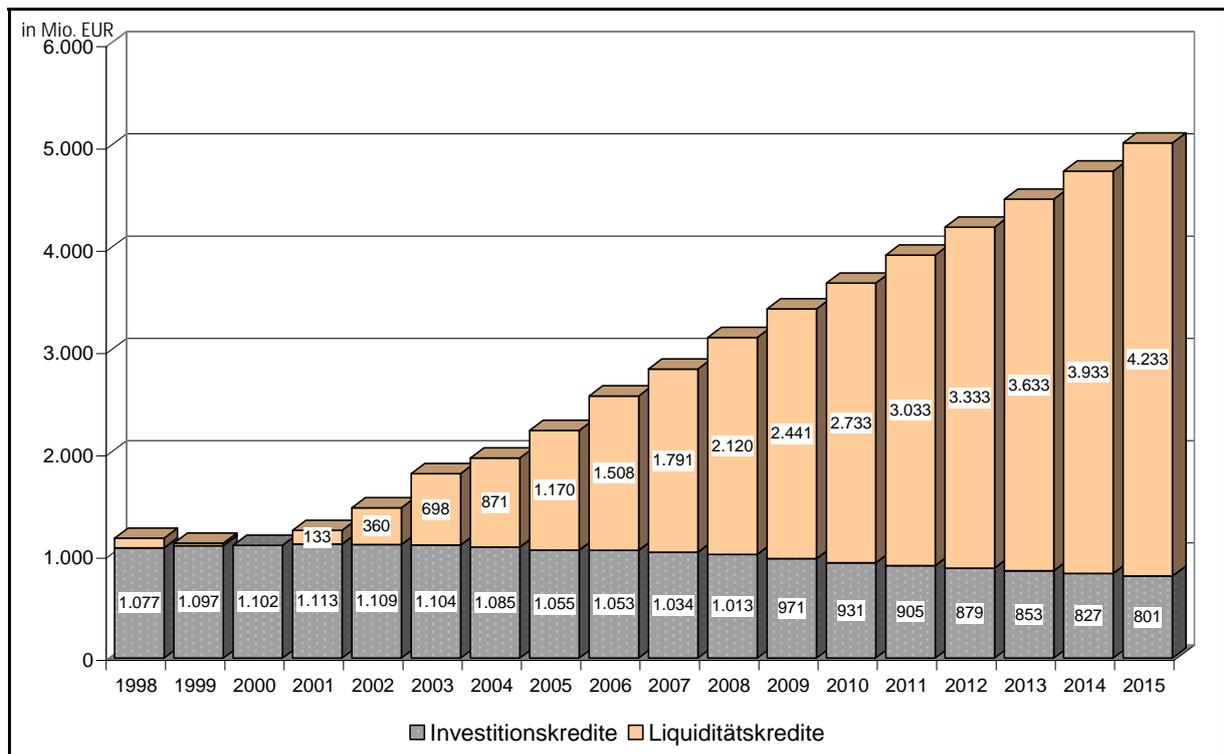
Neben den Beiträgen zur Ergebnisverbesserung der einzelnen Konzerngesellschaften sowie einmaligen Sondereinflüssen wird das Ergebnis der EVV durch die RWE-Dividendenerträge beeinflusst. So weicht die Planung für 2007 und die Folgejahre erheblich von den alten Ansätzen der 5-jährigen Finanzplanung ab. Maßgeblich hierfür ist die prognostizierte Steigerung bei der RWE-Dividende, die sich einerseits beim Nießbrauch der Essener Verkehrs-AG, andererseits bei den Dividendenerträgen der EVV von der RWE AG und der RWE Holding AG auswirkt. Unter Berücksichtigung einer Dividendenschätzung von 3 Euro je Aktie geht der Wirtschaftsplan der EVV für das Jahr 2007 von einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 18,3 Mio. Euro aus. In den Jahren 2001 bis 2005 betrug der EVV-Fehlbetrag regelmäßig ca. 60 Mio. Euro. Insofern trägt die EVV nun maßgeblich zur Haushaltskonsolidierung bei.

³⁰ Rückkauf Mesenhohl-Anteile an der EVBG i.H. von 3 Mio. € und Tilgung ALLBAU-Darlehen i.H. von 3,5 Mio. €.

3.7 ENTSCULDUNG IM KONZERN

Schulden in Milliardenhöhe belasten die Stadt Essen jährlich mit Zinsen und Tilgung im dreistelligen Millionenbereich. Da diese Ausgaben bei einem defizitären Haushalt nicht durch laufende Einnahmen gedeckt sind, müssen sie wiederum mit Krediten finanziert werden. Dadurch entstehen neue Schulden mit Zinsen und Zinseszinsen. Der Abbau der Verschuldung auf ein deutlich geringeres Niveau ist deshalb auch von elementarer Bedeutung für eine finanzwirtschaftliche Stabilisierung.

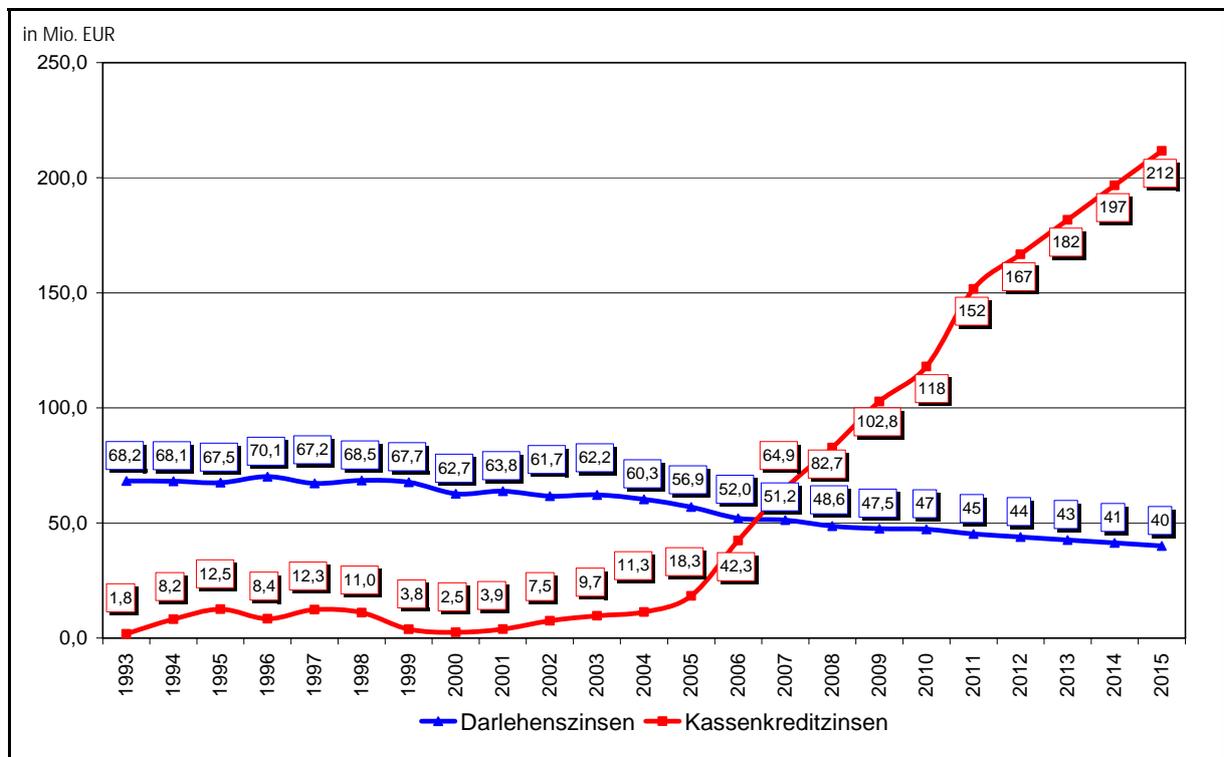
Die folgende Grafik veranschaulicht, mit welcher Geschwindigkeit sich die Relation von Investitionskrediten zu Liquiditätskrediten (Kassenkrediten) verändert. In rd. einer Milliarde Euro stecken die Investitionen des Haushalts der letzten Jahrzehnte. Den gleichen Betrag nehmen wir heute in weniger als drei Jahren als Kredit für konsumtive Maßnahmen auf, da unsere Ausgaben nicht den zur Verfügung stehenden Einnahmen angepasst sind. Auch in der langfristigen Planung zeigt sich keine Besserung.



Die derzeitige Finanzplanung führt bereits im Jahr 2011 zu einer Verschuldung im Kernhaushalt von fast 4 Mrd. Euro. Davon entfallen rund ein Viertel auf langfristige Darlehen und drei Viertel auf Kassenkredite. Der wichtigste Schritt zum Abbau der Verschuldung ist zuerst die Einschränkung der Neuverschuldung. Dazu muss das negative Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit abgebaut werden; d.h. die Aufwendungen in bestimmten Produktbereichen müssen drastisch reduziert werden.

Zinsen haben einen wesentlichen Anteil am strukturellen Defizit des Haushalts. Sollten auch in Zukunft z.B. jährlich 300 Mio. Euro mehr ausgegeben als eingenommen werden, wäre im Jahr 2015 ein Schuldenstand von rd. 5 Mrd. Euro mit einer jährlichen Zinslast von rd. 250 Mio. Euro

auszuweisen. Dabei haben wiederum die Ausgabenüberhänge der kommenden Jahre einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung. Angesichts dieser Zukunftsperspektiven besteht jetzt akuter Handlungsbedarf.



Parallel zum Abbau der Neuverschuldung müssen die Altdefizite abgebaut werden, da hierfür Zinsen zu zahlen sind, die den laufenden Haushalt belasten. Der Abbau von Altdefiziten kann auf absehbare Zeit nicht durch Haushaltsüberschüsse erfolgen, deshalb kann dies nur durch den unterstützenden Einsatz von Vermögenswerten geschehen. Die emotionale Diskussion um den Einsatz von Tafelsilber ist hier wenig hilfreich. Eine sachliche Definition unterschiedlicher Vermögenswerte im Hinblick auf die Qualifizierung als Tafelsilber und eine saubere strategische Abgrenzung der Nutzung dieser Vermögenswerte ist dem Konsolidierungsprozess dienlicher.

Was ist das Tafelsilber der Stadt Essen? Gibt es ertraglose Objekte, deren Veräußerung dazu beitragen kann, den Haushalt jetzt und zukünftig auf ein solides Fundament zu stellen?

Ertragsbringer wie z.B. die Stadtwerke oder die Entsorgungsbetriebe gehören sicherlich zum Tafelsilber der Stadt Essen. Beide Unternehmen werfen nachhaltig Erträge für den städtischen Haushalt ab und erbringen eine ausreichende Verkehrswertverzinsung. Was aber ist mit unwirtschaftlichen Beteiligungen, deren Daseinsberechtigung nicht zwingend notwendig ist? Hier ist es zwangsläufig schon geboten, entweder die Rentabilität zu verbessern oder sich von diesen Beteiligungen zu trennen. Eine Veräußerung würde tatsächlich zu einer Verringerung des originären Haushaltsdefizits beitragen.

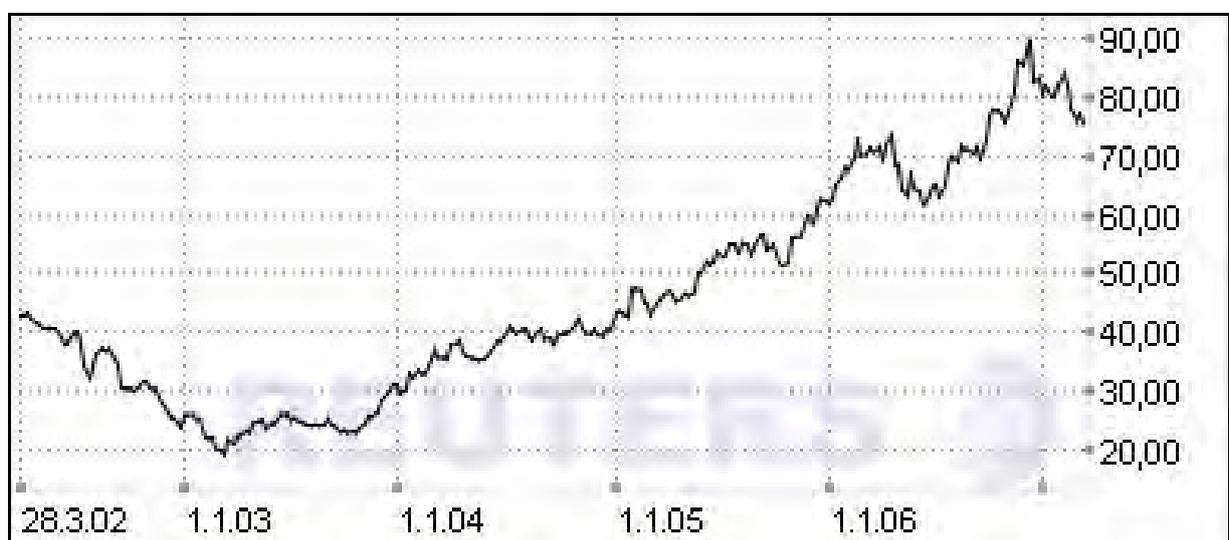
Was also ist konkret zu veranlassen?

- Relevante Vermögenswerte im Konzern Stadt Essen müssen im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) dargestellt und analysiert werden.
- Wenn die Vermögensveräußerung „wirtschaftlich“ ist, d.h. wenn die durch den Veräußerungserlös ersparten Zinsen größer als die derzeitigen Renditen sind, soll grundsätzlich eine Veräußerung in Betracht gezogen werden. Bei der letztendlichen Entscheidung sind jedoch neben rein wirtschaftlichen Erwägungen auch andere gesamtstädtische Interessen und Verkehrswertentwicklungen im Zeitablauf (optimaler Zeitpunkt) zu berücksichtigen.
- Beteiligungen, Liegenschaften, Vermögensanlagen etc. sind entsprechend der aufgezeigten Analyse in den Umschichtungsprozess einzubringen.

Zwei ausgewählte Beteiligungen sind unter diesen Aspekten näher betrachtet worden:

RWE-Beteiligung

Die Stadt ist an der RWE-AG sowohl direkt als auch indirekt über ihre Beteiligungsgesellschaften mit 18,6 Mio. Stück Aktien beteiligt. Der Kurs der Aktie hat sich in den letzten Jahren überaus positiv entwickelt, wie die folgende Darstellung zeigt:



Bei einem Kurs von 77,00 Euro je Aktie (Stand 19.03.2007) entspricht das einem Vermögen von 1,4 Mrd. Euro. Dieses Vermögen erwirtschaftet eine Dividende von 3,50 Euro je Aktie, insgesamt 65,2 Mio. Euro.

Das Vermögen erbringt eine Dividendenrendite von rd. 4,5 %. Vergleicht man diesen Wert mit den Zinsausgaben, die aufgewendet werden müssen, um Schulden in gleicher Höhe zu finanzieren, so ist bei einem Vergleich mit den gegenwärtig niedrigen Kassenkreditzinsen ein

positiver Beitrag festzustellen. Die vom WestLB-Research für die Jahre 2007 und 2008 erwarteten Dividenden in Höhe von 3,90 Euro und 4,00 Euro führen zu einer weiteren Verbesserung der Dividendenrendite. Dies könnte auch zu weiteren Kurssteigerungen führen. Ein Kursziel von 100,00 Euro je Aktie ist ebenso wie ein Kursrückschlag nicht ausgeschlossen.

Dieser mögliche Kursrückgang bedeutet unter der Bilanzierungspflicht von Vermögensgegenständen unter NKF aber auch ein hohes Risiko. Sollte sich nachhaltig ein niedrigeres Kursniveau abzeichnen, so ist der Bewertungsansatz in der Bilanz auf den niedrigeren Kurs abzuschreiben mit der Folge, dass dieser Verlust die Ergebnisrechnung in vollem Umfang belastet. Dies kann weit reichende Konsequenzen im Hinblick auf Bilanzkennzahlen und die damit verbundene Genehmigungsfähigkeit des Haushalts haben.

Für die Stadt ergibt sich folgende Handlungsmaxime: Solange die Erwartungen auf erhöhte Dividende aufrecht erhalten bleiben und sich erfüllen, ist die Ablösung von Schulden durch den Verkauf von RWE-Aktien aus Renditegesichtspunkten zur Zeit nicht empfehlenswert. Steigt der Kurs jedoch auf ein Niveau, das zu einer wirtschaftlich nicht mehr vertretbaren niedrigen Dividendenrendite führt, ist ein Verkauf der Aktien zur Schuldentilgung in Betracht zu ziehen. Das gleiche gilt, wenn bei konstantem Kurs die Dividendenausschüttung die prognostizierten Werte nicht erreicht.

ALLBAU-Beteiligung

Die EVV-Beteiligungsgesellschaft mbH (EBG) hat für den Erwerb der Allbau-Beteiligung Darlehen aufgenommen. Für die Tilgung dieser Darlehen müssen der Gesellschaft aus dem Haushalt entsprechende Beträge³¹ bereitgestellt werden, da die EBG den Kapitaldienst aus eigener Kraft nicht aufbringen kann. Ziel der Konsolidierungsbemühungen muss es sein, die Verlagerung von Schulden von der EBG auf die Stadt zu vermeiden bzw. ein Abbau der Verschuldung bei der EBG.

Eine Veräußerung der Allbau-Beteiligung wird als Ultima Ratio in Betracht kommen, soweit andere Konzepte keine befriedigende Lösung bringen. Vorgezogen wird zunächst eine Verbesserung der Ertragslage im Unternehmen bzw. eine Veräußerung von Immobilien, um die notwendige Liquidität zur Begleichung des Kapitaldienstes zu erzielen.

Bei allen Überlegungen ist darauf zu achten, dass die Rechte der Mieter gewahrt bleiben, dass betriebsbedingte Personalanpassungen grundsätzlich vermieden werden und dass der Allbau soweit es geht in das operative Geschäft eingebunden bleibt.

Konkrete Strategien zum Abbau der Verschuldung sind abhängig von der Struktur des Schuldenportfolios unter Beachtung der jeweiligen Marktsituation an den Geld- und Kapitalmärkten. Es wird also im jeweiligen Einzelfall durch eine Portfolio- und Marktanalyse die optimale Lösung ermittelt. Dabei wird die Risikostruktur des gesamten Schuldenbestandes einen Hinweis darauf geben, ob die Entschuldung primär im variablen, kurzfristigen oder im langfristigen Bereich erfolgen soll.

³¹ 2007 = 3.663 T€, 2008 = 3.856 T€, 2009 = 4.58 T€, 2010 = 4.266 T€

Sale-and-lease-back

Unter Berücksichtigung finanzwirtschaftlicher Aspekte kann es sinnvoll sein, vorhandene Vermögensgegenstände zu verkaufen und diese anschließend zurückzumieten („sale-and-lease-back“). Die so aus der Kapitalbindung freigesetzten Mittel können zur Herabsetzung der Verbindlichkeiten eingesetzt werden (Bilanzielle Aktiv-Passiv-Minderung). Ferner kann im Rahmen von „sale-and-lease-back-Geschäften“ das Eigentum einem privaten Investor zur Sanierung übertragen werden, um es zur erforderlichen kommunalen Aufgabenerfüllung von diesem wieder anzumieten.

Entscheidend ist, dass die Stadt Essen hinsichtlich der Prüfung des Bedarfs bzw. der Entbehrlichkeit von Vermögensgegenständen über eine eigene Entscheidungshoheit im Sinne der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie für die sachgerechte Erfüllung der ihr zugewiesenen Aufgaben verfügt. Dabei muss sie sich von nachvollziehbaren Wirtschaftlichkeitsabwägungen leiten lassen, die auch zu einem Verkaufsgebot führen können.³²

Im Bereich des Immobilienvermögens hat die Gemeinde keinen Bedarf am Eigentum, sondern vielmehr am Nutzungsbesitz einer Liegenschaft. Die Verwaltung und Bewirtschaftung städtischer Liegenschaften gehört nicht zu den Kernaufgaben einer Gemeinde. Die Aufgabenerfüllung zur Daseinsvorsorge setzt lediglich die Verfügbarkeit notwendiger Liegenschaften, die nur eine der Aufgabenerfüllung dienende Funktion hat, voraus.

Durch Neufassung des Runderlasses des Innenministeriums „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden“ vom 9.10.2006 wird festgelegt, dass es sich bei sale-and-lease-back-Verträgen nunmehr um zulässige kreditähnliche Rechtsgeschäfte handelt, sofern das sale-and-lease-back-Geschäft zur Werterhaltung bzw. Wertsteigerung des jeweiligen Objektes bestimmt ist und der Gemeinde zur Aufgabenerfüllung ein langfristiges Nutzungsrecht sowie eine Rückkaufoption eingeräumt wird. Entscheidend ist demnach eine nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsabwägung.

³² Vgl. dazu Nieland/Semelka/Grabenkamp, Der Neue Kämmerer 04/2005, S. 11 und Nieland/Semelka/Meier, Zur Zulässigkeit von „sale-and-lease-back“-Verträgen im kommunalen Bereich, in: der Gemeindehaushalt 10/2005, S. 227 bis 231 und Nieland/Semelka/Meier, kommunalpolitische blätter 02/2006, S. 30 bis 31.

4. BILANZ DER BISHERIGEN KONSOLIDIERUNGSBEMÜHUNGEN UND HSK-TABLEAU FÜR DEN FINANZPLANUNGSZEITRAUM 2007 - 2010

Mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum Haushaltsplan 2005 wurde die Strategie der Konsolidierung neu ausgerichtet und gleichzeitig das finanzielle Konsolidierungsziel mit einer Größenordnung von **100 Mio. Euro PLUS** festgelegt.

Die im Rahmen des 7-Punkte-Programms zu erzielenden Haushaltsverbesserungen sind wie folgt geplant:

Jahr	Betrag in Mio. €	Gesamtbetrag in Mio. € - kumuliert -
2005	10	10
2006	20	30
2007	20	50
2008	50	100
	100	

Unter Berücksichtigung der Rechnungsergebnisse 2005 und des vorläufigen Rechnungsergebnisses 2006 ergibt sich folgendes HSK-Tableau (kameral):

HSK-Tableau (kameral)	2005 (T€)	2006 (T€)
originärer Fehlbedarf (Einbringung)	- 441.239	- 337.516
originärer Fehlbedarf (Beschluss)	- 419.417	- 338.274
HSK-Konzept		+ 10.000
		+ 20.000
gesamt	+ 10.000	+ 30.000
Originärer Fehlbedarf unter Berücksichtigung des HSK-Konzeptes	- 409.417	- 308.274
Rechnungsergebnis	- 309.700	- 217.539
Haushaltsverbesserung	+ 109.717	+ 120.735

Das HSK-Tableau (kameral) verdeutlicht die bisher erzielten Konsolidierungserfolge:

- Bereits während der Beratungen des Haushaltes 2005 konnte der originäre Fehlbetrag um rd. 21,8 Mio. Euro zurückgeführt werden, d.h. mit Verabschiedung des Haushaltes 2005 wurde das Konsolidierungsziel des HSK-Konzeptes, den originären Fehlbetrag 2005 um 10 Mio. Euro zu senken, deutlich übertroffen.
- Nach dem Rechnungsergebnis 2005 betrug das originäre Defizit 309,7 Mio. Euro, d.h. gegenüber dem geplanten Fehlbedarf von 419,4 Mio. Euro konnte eine Haushaltsver-

besserung von rd. 110 Mio. Euro erzielt werden³³. Mit diesem Ergebnis wurde die HSK-Vorgabe für das Jahr 2005 um rd. 100 Mio. Euro übertroffen.

- Das vorläufige Rechnungsergebnis für das Jahr 2006 geht von einem originären Defizit von nunmehr 217,5 Mio. Euro aus. Die erzielte **Haushaltsverbesserung** beläuft sich demnach auf **120,8 Mio. Euro**. Somit wurde die HSK-Vorgabe für das Jahr 2006 nicht nur eingehalten, sondern um mehr als 90 Mio. Euro übertroffen. Nach einer ersten vorläufigen Analyse entfallen von der Haushaltsverbesserung rund 46,8 Mio. Euro auf Einnahmeverbesserungen und rund 74,0 Mio. Euro auf Ausgabenreduzierung.

Das erzielte Ergebnis 2005 und die Struktur der Ergebnisverbesserung 2006 mit einer deutlichen Ausgabenreduzierung zeigen, dass die unterschiedlichen Strategieansätze zur Haushaltskonsolidierung greifen!

Die bisherigen Konsolidierungserfolge basieren dabei im Wesentlichen auf folgenden Maßnahmen:

- Einrichtung des **Zentralen Konsolidierungsmanagements (ZKM)**, um sämtliche Aktivitäten der Haushaltskonsolidierung an zentraler Stelle zu steuern und zu koordinieren;
- Neue Regelungen des Stadtkämmerers zur Haushaltsbewirtschaftung (**Bewirtschaftungsverfügung**);
- Verstärkte **VISA-Kontrolle** durch das Rechnungsprüfungsamt und gemeinsame **Vorlagenvorprüfungen** durch die Stadtkämmerei, das Amt für Organisation und Personalwirtschaft und das Rechnungsprüfungsamt;
- **Erhebliche Konsolidierungsbeiträge der EVV** (vgl. Kapitel B. 3.6).

Der Weg der Haushaltskonsolidierung ist weiterhin notwendig und ein Abweichen vom bisher eingeleiteten Weg kann die in 2007 erreichbaren Ziele gefährden. Um das 100-Mio.€-PLUS-Programm zu erreichen, müssen daher weitere Haushaltsverbesserungen über strukturell wirkende Maßnahmen im Sinne der unterschiedlichen Strategieansätze erzielt werden.

³³ Mehreinnahmen: 25,2 Mio. € (Steuern +27,9 Mio. €, Leistungsbeteiligung Kosten d. Unterkunft Hartz IV -6 Mio. €, Sonstige Finanzeinnahmen +3,3 Mio. €) / Minderausgaben: 84,5 Mio. € (Personalausgaben -7,2 Mio. €, sächl. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand -38,3 Mio. €, Zuweisungen/Zuschüsse -29,1 Mio. €, Zinsausgaben -9,9 Mio. €)

Aus der Umsetzungsplanung des HSK-Konzeptes ergibt sich das nachfolgenden HSK-Tableau 2007 bis 2010, das auf Basis des doppelischen Rechnungswesens erstellt wurde:

HSK-Tableau (doppisch)	Ansatz 2007 T€	Planung 2008 T€	Planung 2009 T€	Planung 2010 T€
Ordentliche Erträge	1.569.475	1.498.986	1.534.810	1.583.285
Ordentliche Aufwendungen	-1.710.530	-1.718.118	-1.730.825	-1.734.269
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-114.055	-219.132	-196.015	-150.983
HSK-Konzept 2005	+20.000	+20.000 <u>+50.000</u> +70.000	+70.000 (HSK-Vorgaben für 2009 + 2010 können erst auf der Grundlage weiterer Ratsbe- schlüsse über strukturell wirkende Maßnahmen ein- geplant werden!)	
Ergebnis der lfd. Verwaltungs- tätigkeit unter Berücksichti- gung des HSK-Konzeptes 2005 (= HSK-Vorgabe!)	-94.055	-149.132	-126.015	-80.983
Finanzergebnis	-110.124	-125.416	-144.617	-159.759
Jahresergebnis	-204.179	-274.558	-270.632	-240.742

C. KONSOLIDIERUNGSPROGRAMM 2007 FF.

Seit der Neuausrichtung im Jahr 2005 ist die Haushaltskonsolidierung in Essen ein sich ergänzender, ineinander greifender Arbeitsansatz, der die Aufgabenbereiche im gesamten Konzern Stadt Essen auf den Prüfstand stellt.

Das unter Punkt 2 dargestellte Konsolidierungsprogramm 2007 ff. dokumentiert die bisherigen Konsolidierungsansätze und Ergebnisse aus dem Konsolidierungsprogramm 2006 und enthält darüber hinaus weitergehende Konsolidierungsbeiträge der jeweiligen Geschäfts- und Fachbereiche. Es stellt eine verbindliche Richtschnur für die Konsolidierungsaktivitäten der Geschäfts- und Fachbereiche dar.

Aus Gründen der Handhabbarkeit und Steuerungsrelevanz wurden - wie beim NKF-Haushalt - die Budgetwerte auf Ebene der Teilpläne (Produktgruppen) im Konsolidierungsprogramm dargestellt. Sie beinhalten neben Erträgen und Aufwendungen auch die geplanten Personalaufwendungen, die im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gesondert gesteuert werden. Da die Personalkosten der Fachbereiche durch besondere zusätzliche personalwirtschaftliche Maßnahmen beeinflusst werden können, werden die **Budgetwerte ohne Personalaufwendungen** im Konsolidierungsprogramm gesondert ausgewiesen. Diese stellen für die Bewirtschaftung des Haushaltes 2007 und für die Haushaltswirtschaft 2008 bis 2010 **verbindliche Mindestvorgaben** dar, sowohl für die Fachbereiche als auch für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und die städtischen Beteiligungsunternehmen.

1. PERSONALAUSGABEN

Hinsichtlich der Personalausgaben schafft das zum Haushaltsjahr 2005 eingeführte System zur Einbeziehung der Personalausgaben in die Budgetierung der Stadt Essen durch ein zeitnahes Controllingverfahren die erforderlichen Steuerungsgrundlagen für konkrete Vorgaben im größten Ausgabenblock des städtischen Haushaltes. Die Personalausgaben wurden jedoch im Rahmen der Haushaltskonsolidierung schon immer einer besonderen Betrachtung unterzogen. Seit Jahren leisten Einsparungen bei den beeinflussbaren Personalausgaben (Besoldung, Entgelte, Sozialversicherungs- und ZVK - Beiträge) einen erheblichen Konsolidierungsbeitrag.

Durch das Zusammenwirken aller personalwirtschaftlichen Instrumente (z. B. starke Restriktionen bei der Neueinstellung, Beförderungssperre, Wiederbesetzungssperre, Stellenabbau, Realisierung der HSK Maßnahmen) wurde in den Jahren 1993 bis 2006 ein **Einsparpotenzial von rd. 65 Mio. €** kassenwirksam realisiert.

Der tatsächlich geleistete Konsolidierungsbeitrag wird nicht nur durch das finanzielle Ergebnis, sondern auch durch den damit einhergehenden Personal- und Stellenabbau deutlich.

Von 1992 bis 2006 hat sich die Zahl der Planstellen von	10.692,50
durch Ausgliederungen um	1.197,75
und durch Einsparungen um	774,75
auf	8.720,00
reduziert.	

Die Zahl in der Rubrik „Einsparungen“ stellt einen Saldo dar, da auch Mehrstellen hierin enthalten sind, die im Vergleichszeitraum aufgrund gesetzlicher Vorgaben eingerichtet werden mussten, z.B. in den Kindertageseinrichtungen.

Enthalten sind weiterhin 372 Mehrstellen, die in 2005 zur stellenplantechnischen Anbindung der städtischen Mitarbeiter/-innen in der neuen Organisationseinheit „Job-Center Essen“ zusätzlich eingerichtet werden mussten. Hierbei handelt es sich um die mit der Agentur für Arbeit gebildete Arbeitsgemeinschaft, in der die überwiegend in der Zuständigkeit der Agentur für Arbeit liegenden Aufgaben nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) wahrgenommen werden. Die überwiegend aus dem ehemaligen Sozialamt stammenden Mitarbeiter/-innen wurden aus ihren bisherigen Stellen in die neuen Stellen im Job-Center versetzt. Ein Großteil der hierdurch freigewordenen Stellen wird nach der Reorganisation des heutigen Amtes für Soziales und Wohnen im Stellenplan 2007 eingespart.

Die **Gesamtzahl der Mitarbeiter/-innen** hat sich bedingt durch die Ausgliederungen sowie den Stellenabbau im gleichen Zeitraum (Stichtag 30.06. eines jeden Jahres)

von	13.613
um	4.067
auf	9.546

reduziert.

Vor dem Hintergrund der nach wie vor defizitären Haushaltslage und der sich auch weiterhin abzeichnenden Negativentwicklung hat der Verwaltungsvorstand mit der Deckelung der beeinflussbaren Personalausgaben für die Jahre 2006 und 2007 auf dem Niveau des Ansatzes des Haushaltsjahres 2005 weitergehende Einsparungen beschlossen. Diese Entscheidung beziffert gegenüber der bisherigen Finanzplanung in den Jahren 2006 bis 2010 einen finanzwirtschaftlichen Erfolg von rd. 16,1 Mio. Euro.

Eine 0,5-%ige Bewirtschaftungssperre für die Jahre 2006 und 2007 bietet ein **zusätzliches Einsparpotenzial von jährlich rd. 1,4 Mio. Euro**. Für 2006 wurde der Betrag von rd. 1,4 Mio. Euro bereits realisiert.

Für das Jahr 2006 wurden die auf Geschäftsbereichsebene budgetierten beeinflussbaren Ist - Personalausgaben um einen Konsolidierungsbeitrag von 0,838 Mio. € reduziert. Nach dem Rechnungsergebnis 2006 wurde die Zielvorgabe in vollem Umfang realisiert. Über dieses positive Ergebnis hinaus wurden die Ausgabeansätze der budgetierten Ist - Personalausgaben um rd. 7,4 Mio. € und die der zentral bewirtschafteten bedingt beeinflussbaren Personalausgaben um rd. 3,5 Mio. € unterschritten.

Erreichbar war dies jedoch nur durch einen noch restriktiveren Umgang mit der Einrichtung / Höherbewertung von Stellen und der externen Einstellung von Mitarbeitern/innen sowie durch Ausnutzung aller organisatorischen und personalwirtschaftlichen Handlungsspielräume sowohl auf der Ebene der Gesamtverwaltung als auch in den Geschäfts- und Fachbereichen.

Hinsichtlich der Gewährleistung von **Ausbildung** obliegt der Stadt Essen als öffentlichem Arbeitgeber eine besondere arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Bedeutung. Eine Verringerung des Ausbildungsplatzangebotes ist daher grundsätzlich nicht vorgesehen. Auf aktuell geringere Bedarfe im Verwaltungsdienst wurde bereits durch Reduzierung des Ausbildungsangebotes für diesen Bereich reagiert, allerdings wird diese Verringerung durch Ausbildungsan-

gebote für andere Berufsgruppen bzw. neue zukunftsfähige Ausbildungsberufe möglichst kompensiert.

2. KONSOLIDIERUNGSBEITRÄGE UND BUDGETWERTE

Zu den einzelnen Punkten des Konsolidierungsprogramms entwickeln die zuständigen Geschäfts- und Fachbereiche unter Beteiligung des Zentralen Konsolidierungsmanagements (ZKM) konkrete Einzelmaßnahmen (HSK-Maßnahmen) und legen diese dem Rat der Stadt zur Beschlussfassung vor. Die Umsetzung der Beschlüsse wird vom ZKM im Rahmen des HSK-Controllings überwacht.

Da einige Konsolidierungsansätze derzeit noch nicht beziffert werden können, werden sich in den Budgetwerten der betroffenen Bereiche noch Änderungen ergeben. Darüber hinaus werden derzeit im **Verkehrsbereich** weitere Konsolidierungspotenziale gesehen, die im vorliegenden Konsolidierungsprogramm noch nicht berücksichtigt wurden.

Neben den dargestellten Konsolidierungsbeiträgen und den damit verbundenen Haushaltsverbesserungen ist jeder Geschäftsbereich, jeder Fachbereich und jedes Beteiligungsunternehmen gehalten, in eigener Verantwortung frühzeitig Konsolidierungsansätze und Maßnahmen aufzuzeigen, die zu einer Verbesserung der Finanzsituation führen. Jeder Geschäftsbereichsvorstand hat dazu entsprechende Vorlagen dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand		
					2007	2008	2009	2010				
1A	GB 1A	Geschäftsbereichsbüro 1A		1.01.02.01	Verwaltungsführung GB 1A	1.541.657 338.957	1.574.957 344.407	1.592.557 349.907	1.601.055 351.705			
	01-11	Gleichstellungsstelle		1.01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann	345.550 67.300	331.450 68.050	334.700 68.800	338.100 69.600			
	01-15	Presse- und Kommunikationsamt	Die derzeitigen Strukturen der Presse- und Kommunikationsaufgaben insbesondere im Bereich Marketing - innerhalb des Konzerns (Fachbereiche und Beteiligungsunternehmen) sind mit dem Ziel zu überprüfen, ob sich durch Aufgabenzentralisierung entsprechende Haushaltsverbesserungen erzielen lassen.	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.07.01	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	1.652.877 327.927	1.683.811 330.711	1.707.621 332.221	1.730.878 332.828		Der Fachbereich hat darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Einhaltung der Budgetwerte sichergestellt werden kann. Darüber hinaus wurde der Fachbereich beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Zielsetzung des Konsolidierungsbeitrages erreicht werden kann. Eine erste Stellungnahme des Fachbereichs liegt vor und bedarf der weiteren Auswertung durch das ZKM.
	01-16	Büro Stadtentwicklung	Zur Einhaltung der Budgetwerte wurden die Mittel zur Projektförderung und sonstige Sachkosten ab dem Haushaltsjahr 2006 um 18.200 € gekürzt. Darüber hinaus ist die derzeitige Aufgabenstruktur mit dem Ziel einer Konzentration auf Kernaufgaben zu überprüfen.	18.200 € (darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.02.08	Strategische Stadtentwicklung	1.627.840 257.690	1.335.595 296.845	1.346.880 243.530	1.323.382 247.282		Die Einsparung der Sachkosten (aus dem Ansatz für Projektfördermittel und sonstige Sachkosten) wurde bei der Aufstellung des Haushaltes für die Jahre 2007 bis 2010 bereits berücksichtigt. Demnach wurde das ursprünglich vorgesehene Budget von 25.000 € auf 6.800 € gekürzt. Darüber hinaus wurde der Fachbereich beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Zielsetzung des Konsolidierungsbeitrages erreicht werden kann. Hierzu liegt eine erste Stellungnahme des Fachbereichs vor und bedarf der weiteren Auswertung durch das ZKM.
	12	Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen	Überprüfung der interkommunalen Zusammenarbeit in den Bereichen "Statistik" und "Stadtforschung".	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.01.01	Statistik und Wahlen	1.511.300 410.900	1.360.146 397.446	1.847.994 876.044	1.374.434 392.884		Der Fachbereich hat darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Einhaltung der Budgetwerte in den Bereichen "Statistik" und "Stadtforschung" sichergestellt werden kann. Darüber hinaus wurde der Fachbereich beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Zielsetzung des Konsolidierungsbeitrages erreicht werden kann. Eine erste Stellungnahme des Fachbereichs liegt vor und bedarf der weiteren Auswertung durch das ZKM.
	14	Rechnungsprüfungsamt	a) Einnahmeverbesserung in Höhe von 50.000 € p.a. ab dem Haushaltsjahr 2006 durch Prüftätigkeiten bei den Beteiligungsunternehmen. b) Personalkosteneinsparung ab dem Haushaltsjahr 2008 durch Einsparung einer 0,5 Planstelle (vgl. Umsetzungsprüfung des HSK zum HH-Plan 2000 - Maßnahme 14/2). c) Personalkosteneinsparung ab dem Haushaltsjahr 2011 durch Einsparung einer 1,0 Planstelle (Altersteilzeit).	111.500 €	1.01.05.01	Rechnungsprüfung	2.451.850 -221.450	2.471.750 -227.700	2.537.500 -234.000	2.560.100 241.500	111.500 €	Der Fachbereich hat im ZKM ausführlich dargestellt, dass Einnahmeverbesserungen durch Prüftätigkeiten bei den Beteiligungsunternehmen nicht erzielt werden können. Die mangelnde Umsetzbarkeit dieses Konsolidierungsbeitrages wird der Fachbereich in einer gesonderten Vorlage den Ratsgremien darstellen und eine entsprechende Korrektur des Konsolidierungsprogramms zur Entscheidung vorlegen. Hinsichtlich der Personalkosteneinsparungen hat der Fachbereich die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.
	15	Amt für Rats- und Bezirksvertretungsangelegenheiten, Repräsentation	Zur Einhaltung der Budgetwerte wurden die a) Entschädigungen kommunaler Mandatsträger und die Fraktionszuwendungen im HH-Planentwurf 2006 reduziert (2006 = -153.400 €), b) Mittel der Bezirksvertretungen reduziert und gedeckelt (2006 = -308.500 € bzw. -310.500 €).	463.900 €	1.01.01.01	Politische Gremien	9.743.924 7.277.224	9.810.356 7.285.806	9.878.505 7.329.055	9.936.884 7.373.184		Mit Beschluss vom 21.06.2006 hat der Rat der Stadt entschieden, dass die Reduzierung der vorgesehenen Einzelmaßnahmen zur Entschädigung kommunaler Mandatsträger und der Fraktionszuwendungen nicht geeignet erscheinen, den vorgesehenen Konsolidierungsbeitrag zu erbringen. Die Verwaltung wurde beauftragt, andere Vorschläge zu erarbeiten (z.B. Reduzierung der Sitzungshäufigkeit) und zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Vorschlag, die Sitzungshäufigkeit zu reduzieren, wurde 2006 bereits umgesetzt. Dies führte dazu, dass die Einsparvorgabe ab 2006 eingehalten werden konnte. Die Mittel der Bezirksvertretungen wurden auf dem Niveau 2006 bis 2010 gedeckelt.
	30	Rechtsamt	Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung " Rentenberatung " (Versicherungsamt).	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.11.01	Recht	2.435.300 539.700	2.488.100 539.750	2.496.350 547.550	2.541.100 553.000		Der Fachbereich wurde beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Zielsetzung des Konsolidierungsbeitrages erreicht werden kann. Eine erste Stellungnahme des Fachbereichs liegt vor und bedarf der weiteren Auswertung durch das ZKM.
					1.05.08.01	Rentenversicherung / Lastenausgleich	427.900 -95.600	413.900 -82.900	425.450 -70.850	447.350 -53.600		

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand	
					2007	2008	2009	2010			
1A	33	Einwohneramt	Im Bereich Personenstandswesen ist eine tieferegehende Analyse zwischen Essen, Dortmund und Duisburg durchzuführen. (vgl. Kapitel B Ziffer 3.1)	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.02.06	Melde- angelegenheiten	4.221.189 837.039	4.300.335 850.185	4.342.313 863.713	4.385.906 877.456	In enger Abstimmung mit dem ZKM wurde eine tieferegehende Analyse im Bereich "Personenstandswesen" durchgeführt. Die Ergebnisse bedürfen noch der weiteren Auswertung durch das ZKM.
					1.02.02.07	Ausländer- angelegenheiten	3.893.464 302.614	3.973.305 310.855	4.011.765 318.715	4.051.908 326.958	
					1.02.02.08	Personenstands- wesen	2.451.599 157.299	2.508.429 168.479	2.538.788 179.288	2.570.763 190.763	
					1.02.02.09	KFZ-Zulassung	560.384 -3.486.816	652.648 -3.474.002	699.811 -3.461.089	748.864 -3.447.836	
					1.10.02.02	Verwaltung und Sicherung des Wohnbestandes	2.099.356 371.256	2.143.466 379.366	2.166.635 387.485	2.188.579 393.829	
	ME	Messe Essen GmbH			1.15.02.04	Messe Essen	1.110.450 1.110.450	1.155.450 1.155.450	1.202.700 1.202.700	1.252.300 1.252.300	Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
	EWG	Essener Wirtschaftsförderung GmbH			1.15.01.01	Essener Wirtschafts- förderung GmbH (EWG)	1.918.550 1.918.550	1.840.000 1.840.000	1.835.000 1.835.000	1.830.000 1.830.000	Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
	EMG	Essen Marketing GmbH			1.15.03.01	Essener Marketing GmbH (EMG)	1.380.400 1.380.400	1.387.850 1.387.850	1.387.850 1.387.850	1.387.850 1.387.850	Die Budgetwerte stellen - unter Berücksichtigung der Personalkostenerstattungen - verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
	Konsolidierungsbeitrag GB 1A:					593.600 €					111.500 €

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand	
					2007	2008	2009	2010			
1B	GB 1B	Geschäftsbereichsbüro 1B		1.01.02.02	Verwaltungsführung GB 1B	593.257 113.657	605.107 115.157	610.507 116.607	617.107 118.057		
	01-05	Arbeitssicherheit Essen		1.01.08.04	Arbeitssicherheit Essen	383.929 -79.971	395.745 -78.605	401.605 -77.245	407.961 -75.489		
	01-06	Betriebliche Beratungsstelle		1.01.08.05	Betriebliche Beratungsstelle	191.077 -61.423	196.178 -62.072	199.428 -61.272	202.778 -60.472		
	01-07	Koordinierungsstelle JobCenter Essen	Der Zuschuss für "Paten für Arbeit in Essen e.V." wird ab dem Haushaltsjahr 2006 auf 35.000 € gedeckelt (Reduzierung rd. 50.000 €).	50.000 €	1.01.08.06	Koordinierungsstelle JobCenter Essen	273.604 78.354	310.268 110.268	266.180 64.330	268.680 64.880	Der Zuschuss für "Paten für Arbeit in Essen e.V." wurde ab 2006 per Ratsbeschluss vom 27.09.2006 auf 35.000 € p.a. gedeckelt. Der Konsolidierungsbeitrag ist somit erfüllt.
	PR	Personalrat		1.01.04.01	Beschäftigtenvertretung	1.105.703 18.253	1.132.103 18.303	1.143.253 18.753	1.154.303 18.853		
	10	Organisation und Personalwirtschaft		1.01.08.01	Organisation und Personalwirtschaft	23.052.248 74.548	23.573.050 69.250	23.796.700 66.750	24.029.450 66.200		
	11	Amt für Zentralen Service	In den Bereichen "Zentrale Kantinenverwaltung" (Produktgruppe 1.01.06.01) und "Fortbildung" (Produktgruppe 1.01.08.03) ist eine tiefergehende Analyse mit den Städten Dortmund und Duisburg durchzuführen (vgl. Kapitel B Ziffer 3.1). Teile des Aufgabenbereichs wurden im Rahmen des Projektes "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.2). Als Ergebnis wurden für das Amt für Zentralen Service die folgenden zwei immobilienwirtschaftlichen Optimierungsansätze benannt, die nach Einschätzung innerhalb der nächsten 10 Jahre zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 4,8 Mio. € führen können: 1. Optimierung Reinigungsdienst (4 Mio. € p.a.) 2. Catering (0,8 Mio. € p.a.)	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.06.01	Zentraler Service	25.384.272 14.974.072	26.007.851 15.735.951	26.797.181 16.456.981	27.677.474 17.214.074	Eine tiefergehende Analyse des Bereichs "Zentrale Kantinenverwaltung" erfolgte im Rahmen der Potenzialanalyse für den Immobilienbereich. Die tiefergehende Analyse im Bereich "Fortbildung" wird derzeit in enger Abstimmung mit dem ZKM durchgeführt.
					1.01.08.02	Personalservice	4.396.929 -535.771	4.593.037 -373.013	4.693.387 -308.963	4.771.587 -285.063	Zur Unterstützung der Fachbereiche bei der Konkretisierung der ermittelten Potenziale wurde mit Ratsbeschluss vom 16.01.2007 u.a. in den Teilprojekten "Reinigung" und "Catering" eine weitere externe Begleitung beauftragt. Der Fachbereich wird die Ergebnisse im Laufe des Jahres 2007 den Ratsgremien vorlegen.
					1.01.08.03	Personalaus- bildung und - qualifizierung	2.109.094 946.794	2.135.357 953.507	2.147.827 958.277	2.164.564 962.814	
	32	Ordnungsamt	Es ist eine Einnahmeverbesserung in Höhe von 400.000 € p.a. im Bereich "Parkraumbewirtschaftung" zu erzielen. Im Weiteren ist zu überprüfen, ob im Bereich des ruhenden Verkehrs eine Aufgabenübertragung auf Private (z.B. EVAG) möglich ist.	400.000 € (darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.02.01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	3.932.096 173.446	4.020.246 182.546	4.077.736 210.636	4.104.506 198.956	Die Einnahmeverbesserung i.H. von 400.000 € im Bereich der "Parkraumbewirtschaftung" ist für 2007 etatisiert. Die Sicherstellung der Einnahmeverbesserung soll u.a. durch die Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes erfolgen, das im Laufe des Jahres 2007 den Ratsgremien zur Entscheidung vorgelegt wird.
				1.02.02.02	Verkehrsüberwachung	-1.177.485 -7.822.285	-1.008.175 -7.758.525	-1.004.211 -7.794.811	-936.346 -7.781.996	Die Prüfung, ob in weiteren Bereichen des ruhenden Verkehrs eine Aufgabenübertragung auf Private möglich ist, konnte noch nicht abgeschlossen werden. Eine erste Stellungnahme des Fachbereichs liegt vor und bedarf der weiteren Auswertung durch das ZKM.	
				1.12.06.01	Parkeinrichtungen	-1.590.320 -2.826.120	-1.491.670 -2.750.520	-1.482.370 -2.750.120	-1.469.670 -2.749.970		

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand		
					2007	2008	2009	2010				
1B	37	Feuerwehr	Es erfolgt eine tiefergehende Analyse in den Bereichen "Abwehr von Großschadensereig., Katastrophenschutz" mit den Städten Dortmund und Duisburg (vgl. Kapitel B Ziffer 3.1).	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.06.01	Gefahrenabwehr	35.696.466	36.510.291	36.929.712	36.948.515		In enger Abstimmung mit dem ZKM ist eine tiefergehende Analyse in den Bereichen "Abwehr von Großschadensereignissen / Katastrophenschutz" durchzuführen. Im Laufe des Jahres 2007 wird eine Konzeption erarbeitet, die den Vergleich mit Duisburg berücksichtigt. Ein Benchmark mit Dortmund ist von dortiger Seite abgelehnt worden.
							4.571.616	4.599.141	4.729.962	4.480.265		
					1.02.06.02	Vorbeugender Brandschutz	1.099.518	1.126.668	1.136.568	1.152.068		
							31.169	31.468	31.468	37.768		
				1.02.07.01	Rettungsdienst	1.862.250	2.171.538	2.314.125	2.438.983			
						-8.709.850	-8.667.412	-8.622.825	-8.589.167			
				1.02.08.01	Abwehr von Großschadensereignissen und Katastrophen	952.845	989.279	1.006.814	1.053.794			
						573.445	600.879	615.064	658.894			
1B	SBE	Sport- und Bäderbetriebe Essen	Die Budgetwerte wurden gegenüber dem HH 2005 bis zum Jahr 2009 zunächst um 1,2 Mio. € reduziert. Es erfolgte eine tiefergehende Analyse des Sportbereichs durch den Geschäftsbereich 1B (Stichwort: "Masterplan Sport"). Darüber hinaus wurden Teile des Aufgabenbereichs im Rahmen des Projektes "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.2). Als Ergebnis wurde im Bereich der SBE der folgende immobilienwirtschaftliche Optimierungsansatz benannt, der nach Einschätzung innerhalb der nächsten 10 Jahre zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 0,8 Mio. € führen könnte: Konversion von Sportimmobilien.	1.200.000 € (darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.08.02.01	Sport- und Bäderbetriebe Essen	23.686.400	23.186.400	23.186.400	20.686.400		Die immobilienwirtschaftliche Unterstützung (Stilllegung oder Verwertung von Sportimmobilien) für die Umsetzung des Masterplans Sport kann erst nach den Entscheidungen über die einzelnen Handlungsfelder erfolgen. Der Abstimmungsprozess der politischen Gremien zum Masterplan Sport ist noch nicht abgeschlossen. Die Mindestkonsolidierungsvorgabe i.H. von 1,2 Mio. € ist im Wirtschaftsplan berücksichtigt worden. Eine darüber hinausgehende Konkretisierung weiterer Konsolidierungsbeiträge ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich.
							23.686.400	23.186.400	23.186.400	20.686.400		
1B	ESH	Essener Systemhaus			1.01.10.01	Essener Systemhaus	14.000.000	14.000.000	13.700.000	13.300.000		Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
							14.000.000	14.000.000	13.700.000	13.300.000		
Konsolidierungsbeitrag GB 1B:							1.650.000 €					

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand		
					2007	2008	2009	2010				
2	GB 2	Geschäftsbereichsbüro 2		1.01.02.03	Verwaltungsführung GB 2	1.109.879 562.679	612.509 100.059	625.059 101.409	625.359 102.559			
	02-01	Entsorgungswirtschaft / Gebührenmanagement		1.11.05.01	Abfallwirtschaft 02-01	-589.790 -801.040	705.630 489.280	-1.947.850 -2.166.250	-2.147.800 -2.368.300			
				1.11.06.01	Abwasserbeseitigung	-1.090.473 -1.146.173	-643.571 -700.671	-351.550 409.250	-362.400 420.650			
				1.12.05.01	Straßenreinigung und Winterdienst	-389.701 -489.751	-288.351 -390.901	-177.500 -281.050	-183.600 -288.150			
	02-02	Beteiligungsmanagement		1.01.09.02	Beteiligungsmanagement	627.400 -28.150	627.750 -49.750	690.350 -53.150	645.950 -57.100			
	02-03	Strategische Immobiliensteuerung	Der Aufgabenbereich wird mit externer Beratungsunterstützung im Rahmen des Projektes "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.2).	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.13.02	Strategische Immobiliensteuerung	317.700 34.000	325.150 34.500	328.350 34.900	331.750 35.400	Zur Unterstützung der Fachbereiche bei der Konkretisierung der ermittelten Potenziale wurde mit Ratsbeschluss vom 16.01.2007 u.a. in dem Teilprojekt "Neuorganisation des Immobilienbereichs" eine weitere externe Begleitung beauftragt. Der Fachbereich hat die Ergebnisse den Ratsgremien im Laufe des Jahres 2007 vorzulegen.	
	20	Stadtkämmerei			1.01.09.01	Finanzmanagement	4.035.550 1.776.650	2.015.550 52.850	2.045.200 76.200	2.081.300 92.950		
					1.16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	-823.617.750 -823.617.570	-728.271.000 -728.271.000	-758.096.000 -758.096.000	-797.761.000 -797.761.000		
					1.16.02.01	Sonstige Finanzwirtschaft	59.344.920 59.344.920	74.681.070 74.681.070	93.894.270 93.894.270	108.963.370 108.963.370		
					1.17.01.01	Stiftungen	4.546 4.546	4.546 4.546	4.546 4.546	4.546 4.546		
	21	Finanzbuchhaltung (bisher: Stadtkasse)			1.01.09.03	Finanzbuchhaltung / Vollstreckung	7.531.436 -326.164	7.253.536 -353.364	7.314.286 -381.414	7.382.692 -409.708		
	22	Stadtsteueramt	Es ist eine tiefere Analyse mit dem Ziel durchzuführen, die Personalkosten zu reduzieren (vgl. Kapitel B Ziffer 3.1).	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.09.04	Steuern und Abgaben	1.912.880 -1.163.120	1.860.630 -1.281.870	1.765.228 -1.407.622	1.662.908 -1.540.892		Um die Personalausgaben sukzessive zurückführen zu können, wird derzeit in enger Abstimmung mit dem ZKM eine tiefere Analyse durchgeführt.
	EVV	Essener Versorgungs- und Verkehrs GmbH	Der Zuschuss wurde gegenüber der bisherigen Planung für das Jahr 2007 um rd. 20 Mio. € reduziert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.6)	20.000.000 €	1.15.02.02	Essener Versorgungs- und Verkehrs GmbH	18.213.000 18.213.000	17.887.000 17.887.000	16.333.000 16.333.000	13.980.000 13.980.000		Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
Konsolidierungsbeitrag GB 2: 20.000.000 €												

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen	Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand			
				2007	2008	2009	2010					
4	GB 4	Geschäftsbereichsbüro 4		1.01.02.04	Verwaltungsführung GB 4	1.058.443 188.493	1.082.343 190.993	1.090.443 193.493	1.102.371 195.971			
	40	Schulverwaltungsamt	Im Bereich "Allgemeine Schulverwaltung" (Produktgruppe 1.03.10.01) ist eine Ausgabenreduzierung in Höhe von 250.000 € p.a. zu erzielen. Desweiteren sind durch den Rückbau von Schulen weitere Konsolidierungsbeiträge zu realisieren (Produktgruppe 1.03.99.01). Der Aufgabenbereich wurde mit externer Beratungsunterstützung im Rahmen der Projekte "Optimierung der Bereiche Jugend / Schule / Soziales" und "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.2). Als erste Ergebnisse wurden die folgenden vier Konsolidierungsansätze benannt, die bis zum Jahr 2015 zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 4,0 Mio. € führen können: 1. Reduzierung des Personalstandards bei den Schulhausmeistern / Optimierung des Hausmeisterdienstes (rd. 2 Mio. €); 2. Reduzierung des Zuschusses für die "Neue Grundschule" (rd. 1,9 Mio. €); 3. Anpassung und Umschichtung des Personaleinsatzes bei Schulsekretärinnen (rd. 93 T€); 4. Übernahme Küchenhilfen und Badewärter - Synergien -	250.000 €	1.03.10.01	Zentrale Leistungen	2.882.750 1.927.900	2.918.726 1.982.326	2.940.115 1.994.715	2.962.081 2.007.481	250.000 €	Der Fachbereich hat darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Einhaltung der Budgetwerte sichergestellt werden kann. Darüber hinaus wurde der Fachbereich beauftragt, die Zielsetzungen des Konsolidierungsbeitrages in der Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen. Nach Beschlussfassung des Haupt- und Finanzausschusses am 17.05.2006 hat der Fachbereich im Rahmen der Projekte "Optimierung der Bereiche Jugend/Schule/Soziales" und Potenzialanalyse für den Immobilienbereich der Stadt Essen" ermittelten Potenziale hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und ihrer finanziellen und fachlichen Auswirkungen weiter zu konkretisieren. Für jede Konsolidierungsmaßnahme hat der Fachbereich in enger Abstimmung mit dem ZKM eine gesonderte Beschlussvorlage zu erarbeiten und den zuständigen Fachausschüssen bzw. dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorzulegen. Eine Stellungnahme des Fachbereiches liegt vor und bedarf der weiteren Auswertung durch das ZKM. Zum Konsolidierungsansatz "Neue Grundschule" ist dem Rat der Stadt mit Vorlage 0295/2007/4 am 28.03.2007 ein entsprechender Entscheidungsvorschlag unterbreitet worden. Zur Unterstützung der Fachbereiche bei der Konkretisierung der ermittelten Potenziale wurde mit Ratsbeschluss vom 16.01.2007 u.a. im Teilprojekt "Optimierung Hausmeisterdienste" eine weitere externe Begleitung beauftragt. Der Fachbereich hat die Ergebnisse den Ratsgremien im Laufe des Jahres 2007 vorzulegen.
				(darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.03.10.02	Leistungen für das Land, Schulaufsicht	803.450 192.400	821.850 196.200	831.850 200.200	842.000 204.200		
				(darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.03.99.01	Bereitstellung schulischer Einrichtungen	40.875.990 16.345.090	41.674.141 16.182.691	43.141.051 17.433.451	41.856.253 15.927.103		
	40-9	Regionale Schulberatungsstelle		1.03.10.03	Regionale Schulberatungsstelle	261.300 0	267.350 0	269.900 0	272.450 0			
	41	Kulturbüro	Der Bereich "Kulturförderung" ist tiefergehend zu analysieren.	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.04.10.01	Kulturplanung, -entwicklung und -förderung	3.786.350 2.933.100	3.775.242 2.897.492	3.775.072 2.895.072	3.788.132 2.897.332		Der Fachbereich hat darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Einhaltung der Budgetwerte sichergestellt werden kann. Darüber hinaus wurde der Fachbereich beauftragt, die Ausgaben zur Förderung freier Kulturträger in einem Gesamtbudget zusammenzufassen und ein Konzept zur Rückführung des Zuschussbedarfs zu entwickeln. Eine Stellungnahme des Fachbereiches liegt vor und bedarf der weiteren Auswertung durch das ZKM.
	41-3	Stadtarchiv	Im Jahr 2006 wurde im Budget der Zuschuss für den Historischen Verein für Stadt und Stift Essen in Höhe von 24.000 € etatisiert. Ab dem Jahr 2007 ist eine weitere Förderung des Vereins im zu bildenden Gesamtbudget "Förderung freier Kulturträger" darzustellen.		1.04.10.02	Stadtarchiv	1.035.826 488.976	962.761 403.261	892.064 327.164	901.765 331.365		Der Fachbereich hat darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Einhaltung der Budgetwerte sichergestellt werden kann. Darüber hinaus wurde der Fachbereich 41 beauftragt, den Zuschuss für den Verein für Stadt und Stift Essen bei der Bildung des Gesamtbudgets "Förderung freier Kulturträger" zu berücksichtigen.
	42	Stadtbibliothek	Zur Einhaltung der Budgetwerte mussten Kürzungen bei der Anschaffung von Büchern und Medien vorgenommen werden (2006 = 30.500 €, ab 2007 mit steigender Tendenz).	30.500 € (darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.04.08.01	Stadtbibliothek	8.455.247 3.383.797	8.572.947 3.433.797	8.577.936 3.435.686	8.661.868 3.494.268		Der Fachbereich hat darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Einhaltung der Budgetwerte sichergestellt werden kann. Darüber hinaus wurde der Fachbereich beauftragt, Alternativen aufzuzeigen, mit denen die Budgetvorgaben eingehalten werden können. Eine Stellungnahme des Fachbereiches liegt vor und bedarf der weiteren Auswertung durch das ZKM.
	43	Volkshochschule	Es ist eine Zuschussreduzierung in Höhe von 300.000 € p.a. zu erzielen; im Wesentlichen durch Einnahmeverbesserungen bei den Teilnehmerbeiträgen. Die entsprechende Ertragsart wurde ab 2007 um 300.000 € erhöht.	300.000 €	1.04.07.01	Volkshochschule	3.737.493 173.543	3.763.682 154.932	3.825.230 225.630	3.903.914 280.114	191.700 €	Der Fachbereich wurde beauftragt, die Angebotsstruktur (entgeltfreie/entgeltpflichtige Angebote) aufzuzeigen und notwendige Änderungen im Rahmen der Entgeltordnung dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorzulegen. Mit Wirkung vom 01.08.2006 hat der Fachbereich eine neue Entgeltregelung mit neuer Angebotsstruktur und erhöhten Teilnehmerentgelten vorgelegt, die vom Rat der Stadt am 24.05.2006 beschlossen wurde. Für das Haushaltsjahr 2007 ist hierdurch eine Einnahmeverbesserung von 108.300 € prognostiziert und eingeplant. Zur Beantwortung der Frage, ob weitere Einnahmeverbesserungen erzielt werden können, liegt eine Stellungnahme des Fachbereiches vor, die der weiteren Auswertung durch das ZKM bedarf.
	44	Folkwang Musikschule	Es ist eine tiefergehende Analyse der Folkwang Musikschule durchzuführen, die insbesondere die Angebotsstruktur im Vergleich mit den Städten Dortmund und Duisburg, sowie die Kostendeckungsgrade der Leistungen untersucht (vgl. Kapitel B Ziffer 3.1).	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.04.06.01	Folkwang Musikschule	3.876.740 -1.008.660	3.985.625 -998.325	4.049.207 -999.443	4.103.767 -987.223		Der Fachbereich hat darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Einhaltung der Budgetwerte sichergestellt werden kann. Darüber hinaus wird zur Zeit in enger Abstimmung mit dem ZKM eine tiefergehende Analyse durchgeführt.

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand		
					2007	2008	2009	2010				
4	44-9	Kulturzentrum Schloß Borbeck		1.04.10.03	Kulturzentrum Schloß Borbeck	426.772 183.572	438.912 187.412	442.839 189.289	445.623 190.223			
	45	Museen der Stadt Essen		1.04.02.01	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	7.558.174 3.913.574	6.055.713 2.327.413	6.136.425 2.373.075	6.177.546 2.378.546		Weitergehende Entscheidungen sind auf der Grundlage der eingeleiteten Museumsentwicklungsplanung zu treffen.	
	45-9	Alte Synagoge		1.04.10.04	Alte Synagoge	813.205 374.705	655.841 251.691	682.556 274.856	711.118 299.818		Die Ergebnisse der Abstimmung mit dem Land NRW und weiteren Partnern über das "Haus der jüdischen Kultur" sind dem Rat der Stadt vorzulegen.	
	51	Jugendamt	Der Aufgabenbereich wurde mit externer Beratungsunterstützung im Rahmen des Projektes "Optimierung der Bereiche Jugend / Schule / Soziales" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.2). Als <u>erste</u> Ergebnisse wurden für das Jugendamt die folgenden 10 Konsolidierungsansätze benannt, die bis zum Jahr 2015 zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 20,1 Mio. € führen können: 1. Reduzierung der stationären Unterbringung; 2. Reduzierung der durchschnittlichen jährlichen Ausgaben bei Maßnahmen nach § 34 SGB VIII (Heimunterbringungen); 3. Reduzierung der Kosten je Essen; 4. Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse an Träger von Kindertageseinrichtungen; 5. Reduzierung des Defizits beim Heimverbund; 6. Reduzierung von Standards in den Bereichen Jugendarbeit und Einrichtungen der Jugendarbeit; 7. Optimierung Einziehung der Elternbeiträge; 8. Synergien Verwaltung KITA und Heimverbund; 9. Optimierung der Erziehungsberatung; 10. Anpassung Personaleinsatz / Standards KITA.	1.03.09.01	BaFöG	417.436 62.986	424.837 63.487	428.487 64.037	434.335 65.085	Entsprechend der Beauftragung durch den Haupt- und Finanzausschuss am 17.05.2006 hat die Verwaltung, - die zuständigen Fachausschüsse über die Ergebnisse der externen Beratung informiert, - die ermittelten Potenziale hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und ihrer finanziellen und fachlichen Auswirkungen weiter konkretisiert, - die für die Realisierung der Konsolidierungsmaßnahmen erforderlichen Beschlüsse der zuständigen Fachausschüsse bzw. des Rat der Stadt herbeigeht (vgl. Vorlagen Nr. 1629/2006/4, 1584/2006/4, 1572/2006/4, 1582/2006/4, 1598/2006/4, 1631/2006/4, 1577/2006/4, 1797/2006/4).		
				1.05.07.01	Unterhalts- vorschuss	3.427.014 3.236.064	3.486.958 3.292.058	3.544.789 3.348.189	3.550.173 3.351.023			
				1.06.03.01	Soziale Leistungen zur Förderung junger Menschen / Familien	75.680.408 61.591.858	75.782.923 61.425.923	75.846.039 61.363.589	75.700.716 61.026.666			
				1.06.03.02	Pfleg., Vormund- und Beistands- schaften	2.610.749 429.599	2.658.864 432.364	2.681.064 435.114	2.712.396 437.596			
				1.06.06.01	Städtischer Heimverbund	257.117 -3.529.683	298.159 -3.556.591	315.141 -3.571.859	385.058 -3.554.792			
				1.06.99.01	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung	54.503.966 25.670.866	54.927.316 25.571.266	56.162.973 26.561.323	57.254.914 27.250.664			
				1.06.99.02	Kinder- und Jugendarbeit	12.453.260 6.883.310	12.611.407 6.944.157	12.629.136 6.916.436	12.742.998 6.956.348			
	51-8	Jugend- psychologisches Institut		1.06.06.02	Erziehungs- beratung	2.168.890 -620.710	2.239.777 -599.723	2.270.786 -592.064	2.313.836 -587.364		Der Fachbereich hat in einer Vorlage für den Rat der Stadt die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenwahrnehmung in der derzeitigen Organisationsform darzulegen und Möglichkeiten der Zuschussreduzierung aufzuzeigen.	
	RUHR 2010	Ruhr 2010 - Kulturhauptstadt Europas GmbH		1.04.10.05	Ruhr 2010 - Kulturhauptstadt Europas GmbH	1.250.000 1.250.000	1.100.000 1.100.000	1.200.000 1.200.000	2.100.000 2.100.000			
	TUP	Theater und Philharmonie Essen GmbH	Nach Beschlussfassung des Rates der Stadt am 21.06.2006 wurde der Budgetwert für die TUP auf das Niveau 2006 begrenzt.	300.000 €	1.04.04.01	Theater und Philharmonie Essen GmbH	42.966.950 42.938.250	42.922.600 42.893.250	42.927.800 42.898.300	42.933.250 42.903.450		Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen. In einem Konzept hat die TuP darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Budgetwerte eingehalten werden können.
	TBE	Gemeinnützige Theater- Baugesellschaft Essen mbH			1.04.04.02	Gemeinnützige Theater- Baugesellschaft Essen mbH	2.446.600 2.397.300	2.678.700 2.628.300	2.919.950 2.869.300	3.120.500 3.069.300		Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
Konsolidierungsbeitrag GB 4:			880.500 €					441.700 €				

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand	
					2007	2008	2009	2010			
5	GB 5	Geschäftsbereichsbüro 5		1.01.02.05	Verwaltungsführung GB 5	547.486 100.286	558.386 101.386	563.836 102.486	569.386 103.536		
	05-13	RAA/Büro für interkulturelle Arbeit	Ratsbeschluss vom 21.06.2006: "Angesichts der in den Nachbarstädten veränderten Vergleichswerte und der absehbaren Veränderungen auf Landesebene können zum jetzigen Zeitpunkt keine verlässlichen Aussagen für die Budgetwerte ab 2007 getroffen werden." 442.000 €	1.01.01.02	Interkulturelle Arbeit	2.576.249 1.321.299	2.598.583 1.347.433	2.634.600 1.375.150	2.617.500 1.349.700		In Abstimmung mit dem Fachbereich wurden die Aufwendungen für den "Ausbau der interkulturellen Orientierung" auf 1,5 Mio. €/Jahr gedeckelt.
	05-14	Hauptstelle RAA		1.01.01.03	Hauptstelle RAA	75.202 -349.498	78.927 -256.973	78.615 -260.135	78.420 -263.280		
	50	Amt für Soziales und Wohnen	Der Aufgabenbereich wurde mit externer Beratungsunterstützung im Rahmen des Projektes "Optimierung der Bereiche Jugend / Schule / Soziales" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.2). Als <u>erste</u> Ergebnisse wurden für das Amt für Soziales und Wohnen die folgenden 11 Konsolidierungsansätze benannt, die bis zum Jahr 2015 zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 34,7 Mio. € führen können: 1. Aufbau einer Steuerungsstelle SGB II zur Steuerung der Ausgaben der ARGE; 2. Einführung ganzheitlicher Pflegeplanung und Fallmanagement; 3. Pflegewohngeld - Umsteuerung auf private Anbieter; 4. Reduzierung der Fallzahlen bei der Grundsicherung im Alter; 5. Reduzierung Ausgaben bei Hilfen zum Lebensunterhalt; 6. Fortsetzung des Rückführungsprogramms für Asylbewerber; 7. Reduzierung der Unterbringungsmöglichkeiten (inkl. begleitende Aufgaben) auf ein Mindestmaß; 8. schrittweise Reduzierung des Personaleinsatzes für Restabwicklung BSHG; 9. Reduzierung der Zuschüsse für freie Träger auf Pflichtniveau, Konzentration von Aufgaben in der Verwaltung; 10. Optimierung des Personaleinsatzes im Amt für Soziales und Wohnen; 11. Neuausrichtung der Zugangssteuerung bei der Eingliederungshilfe. (z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.05.01.01	Grundversorgung und Hilfe in bes. Lebenslagen (ö.T.)	124.221.493 115.910.293	128.425.106 119.929.806	130.720.085 122.142.785	130.823.219 122.162.219	Entsprechend der Beauftragung durch den Haupt- und Finanzausschuss am 17.05.2006 hat die Verwaltung, - die zuständigen Fachausschüsse über die Ergebnisse der externen Beratung informiert, - die ermittelten Potenziale hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und ihrer finanziellen und fachlichen Auswirkungen weiter konkretisiert, - die für die Realisierung der Konsolidierungsmaßnahmen erforderlichen Beschlüsse der zuständigen Fachausschüsse bzw. des Rat der Stadt teilweise bereits herbeigeht (vgl. Vorlagen Nr. 1944/2006/5, 0226/2007/5, 1936/2003/5, 1985/2006/5, 1985E/2006/5, 2140/2006/5, 1941/2006/5, 1941E/2006/5, 1953/2006/5, 2635/2006/1B).	
				1.05.01.02	Grundversorgung und Hilfe in bes. Lebenslagen (ü. ö.T.)	185.449 2.699	189.500 2.700	191.300 2.700	193.100 2.700		
				1.05.02.01	Grundsicherungsleistungen nach dem 2. Buch SGB	122.472.849 102.541.149	127.926.850 107.557.150	133.139.550 112.573.150	133.340.750 112.573.150		
				1.05.03.01	Leistungen für Asylbewerber	17.484.985 17.004.135	17.497.725 17.006.025	17.504.375 17.007.925	17.510.625 17.009.325		
				1.05.04.01	Soziale Einrichtungen	4.699.900 1.266.800	3.596.600 96.400	3.692.000 157.850	3.728.100 159.550		
				1.05.05.01	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	292.600 292.600	292.600 292.600	292.600 292.600	292.600 292.600		
				1.05.06.01	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege						
				1.10.02.03	Wohngeld	2.093.173 239.723	2.134.825 241.625	2.154.925 243.525	2.174.825 244.825		
	53	Gesundheitsamt	Es erfolgt eine tiefergehende Analyse des Gesundheitsamtes mit den Städten Dortmund und Duisburg (vgl. Kapitel B Ziffer 3.1). (z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.07.03.01	Maßnahmen der Gesundheitspflege	9.517.468 1.364.218	9.342.861 1.415.961	9.479.723 1.439.473	9.597.138 1.463.588		Derzeit wird in enger Abstimmung mit dem ZKM eine tiefergehende Analyse durchgeführt.
	EABG	Essener Arbeit-Beschäftigungs GmbH		1.05.04.02	Essener Arbeit-Beschäftigungs GmbH	1.137.700 962.000	1.022.000 843.000	983.700 803.000	965.450 783.000		Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
	GJE	Gemeinnützige Jugendfarm Essen GmbH		1.06.05.01	Gemeinnützige Jugendfarm Essen GmbH	1.434.450 1.343.450	1.446.570 1.446.570	1.446.570 1.446.570	1.446.570 1.446.570		Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
	Konsolidierungsbeitrag GB 5:			442.000							

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand		
					2007	2008	2009	2010				
6A	GB 6A	Geschäftsbereichsbüro 6A		1.01.02.06	Verwaltungsführung GB 6A	566.900 101.650	580.650 101.700	588.000 101.750	593.750 101.750			
	06-01	Steuerungsstelle ÖPNV		1.12.07.01	Steuerungsstelle ÖPNV	3.183.600 3.038.450	3.248.100 3.099.450	3.306.800 3.156.750	3.308.550 3.157.050			
	39	Amt für Verkehrs- und Baustellenmanagement		1.02.02.05	Verkehrsangelegenheiten	1.198.644 -1.903.556	1.276.724 -1.894.576	1.309.824 -1.891.776	1.346.533 1.886.117			
	59	Umweltamt	Es erfolgt eine tieferegehende Analyse der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg (vgl. Kapitel B Ziffer 3.1).	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.02.10	Untere Ordnungsbehörden	2.933.694 372.444	3.009.350 377.600	3.072.368 382.868	3.083.901 388.201		Derzeit erfolgt in enger Abstimmung mit dem ZKM ist eine tieferegehende Analyse.
				1.14.01.01	Umweltschutzmaßnahmen	4.837.422 1.689.672	4.886.025 1.651.225	5.011.075 1.706.825	4.997.420 1.684.720			
	59-3	Chemisches und geowissenschaftliches Institut Essen/Oberhausen			1.02.02.04	Lebensmittelüberwachung	2.070.996 -222.254	2.169.800 -213.450	2.201.775 -206.475	2.246.622 -195.628		Gründung der Arbeitsgemeinschaft "Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVVA-RRW)" zum 01.01.2007 (vgl. Vorlage Nr. 0806/2006/6A und Vorlage Nr. 2250/2006/6A)
				1.14.01.02	Untersuchungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes	193.263 -10.087	152.450 -18.150	153.900 -18.450	157.350 -17.450			
	59-6	Veterinäramt / Amtstierarzt	Es erfolgt eine tieferegehende Analyse der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg (vgl. Kapitel B Ziffer 3.1).	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.02.03	Veterinäramt	878.114 9.764	902.067 12.167	913.120 14.770	920.993 -13.993		Derzeit erfolgt in enger Abstimmung mit dem ZKM ist eine tieferegehende Analyse.
	60	Immobilienwirtschaft Stadt Essen	Zur Einhaltung der konsolidierten Finanzplanung (Haushalt 2005) wurden ab 2007 die Ausgaben für Mieten, Pachten, Gebäudeunterhaltung, Grundbesitzabgaben und Energiekosten vor dem Hintergrund erforderlicher Abmietungen entsprechend reduziert. Der Aufgabenbereich wurde mit externer Beratungsunterstützung im Rahmen des Projektes "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.2). Als erste Ergebnisse wurden für die Immobilienwirtschaft die folgenden 7 immobilienwirtschaftlichen Optimierungsansätze benannt, die nach Einschätzung innerhalb der nächsten 10 Jahre zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 9,4 Mio. € führen können: 1. Nutzungsverdichtung Rathaus Porscheplatz (1 Mio. €); 2. Nutzungsverdichtung dezentrale Standorte (1 Mio. €); 3. Konversion von Schulimmobilien (2 Mio. €); 4. dezentrale Verbrauchsreduzierung (0,5 Mio. €); 5. Bündelung des Einkaufs (1 Mio. €); 6. Weiterentwicklung des Baumanagements (2,4 Mio. €); 7. Organisationsentwicklung St.A.60 (1,5 Mio. €). Im Finanzplanungszeitraum 2008 bis 2010 wurden bereits Haushaltsverbesserungen in Höhe von 4,775 Mio. € berücksichtigt.	4.775.000 € (darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.13.01	Grundstücks- und Gebäudemanagement	71.474.621 69.192.571	70.495.289 68.687.239	68.795.574 66.941.374	64.952.061 63.065.661		Zur Unterstützung der Fachbereiche bei der Konkretisierung der ermittelten Potenziale wurde mit Ratsbeschluss vom 16.01.2007 u.a. in dem Teilprojekt Neuorganisation des Immobilienbereichs eine weitere externe Begleitung beauftragt. Der Fachbereich hat die Ergebnisse, soweit sie nicht schon durch entsprechende Veranschlagung im Haushalt konkretisiert sind, den Ratsgremien im Laufe des Jahres 2007 vorzulegen.
				1.01.14.01	Technisches Immobilienmanagement	11.269.500 2.197.600	10.333.593 3.546.143	10.076.770 3.089.070	10.202.983 3.081.883			

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen	Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand	
				2007	2008	2009	2010			
6A	66	Im Bereich "Straßenbeleuchtung" ist eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 350.000 € p.a. zu erzielen. Im Weiteren erfolgt eine tiefergehende Analyse der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg (vgl. Kapitel B Ziffer 3.1).	1.12.07.02	U-/Stadtbahn	-2.518.517	-2.977.037	-2.998.805	-2.874.199	Mit Drucksache-Nr. 1642/2006/6A hat der Fachbereich dem Bau- und Verkehrsausschuss in der Sitzung am 14.09.2006 dargelegt, wie die Vorgaben zur Energiekosteneinsparung umgesetzt werden könnten. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag wurde nicht gefolgt. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine neue Beschlussformulierung, und zwar über die in der Vorlage aufgeführten Einzelpunkte 1 bis 4, zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen. Mit Drucksache-Nr. 1642N/2006/6A wurde dem Bau- und Verkehrsausschuss zu der Sitzung am 28.09.2006 eine Beschlussformulierung vorgelegt, die erneut zurückgewiesen wurde. Die Verwaltung wurde aufgefordert, die Einzelpunkte 2 und 3 der Ursprungsvorlage 2) Nachtabschaltung von Leuchten außerhalb geschlossener Bebauungsgebiete 3) Reduzierung der Brennzeiten der Straßenbeleuchtung zunächst den zuständigen Bezirksvertretungen in einer gesonderten Vorlage (2102/2006/6A) vorzustellen und darüber hinaus eine neue Drucksache-Nr. 2087/2006/6A zu den Einzelpunkten 1 und 4 der Ursprungsvorlage 1) Austausch von Gaslaternen gegen Elektrobeleuchtung 4 Beibehaltung von Leuchten, die Objekte im öffentlichen Raum anstrahlen und keine Erhöhung der Leuchtenabstände in Fußgängerzonen zu erstellen. Derzeit wird in enger Abstimmung mit dem ZKM eine tiefergehende Analyse durchgeführt.	
			350.000 €							
			1.12.99.01	Planung und Bau von Verkehrsflächen	7.226.263	7.379.233	7.854.143	8.226.548		
		(darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.12.99.02	Betrieb und Unterhaltung von Verkehrsflächen	67.358.375	67.220.751	67.360.149	67.471.410		
	GGE	Der Zuschussbedarf wurde schrittweise um insgesamt 2,5 Mio. € reduziert (2006 = - 1 Mio. €, 2007 bis 2009 = -0,5 Mio. € p.a.)	2.500.000 €	1.13.01.01	Grün und Gruga Essen	23.900.000	23.400.000	22.900.000	22.900.000	Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen. In einem Konzept hat GGE darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Budgetwerte eingehalten werden können.
	RN	Revierpark Nienhausen GmbH		1.13.01.02	Revierpark Nienhausen GmbH	206.500	206.500	206.500	206.500	Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
	GVE	Grundstücksverwaltung Stadt Essen GmbH (GVE)		1.15.02.03	Grundstücksverwaltung Stadt Essen GmbH (GVE)					Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
Konsolidierungsbeitrag GB 6A: 7.625.000 €										

Konsolidierungsprogramm 2007 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Budgetwert (EUR) (Budgetwert ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand
					2007	2008	2009	2010		
6B	GB 6B	Geschäftsbereichsbüro 6B		1.01.02.07	Verwaltungsführung GB 6B	680.631 80.631	701.931 81.681	708.572 82.522	715.166 83.316	
	61	Amt für Stadtplanung und Bauordnung	360.000 €	1.09.01.01	Stadtplanung	5.325.051 1.135.801	5.402.091 1.062.691	5.302.205 919.605	5.356.349 926.699	Der Fachbereich wurde beauftragt, in einem Konzept die Maßnahmen zu benennen, mit denen die Zuschussreduzierung erzielt werden kann. Eine entsprechende Stellungnahme des Fachbereiches liegt vor und bedarf der weiteren Auswertung durch das ZKM.
				1.10.01.01	Bauordnung	576.415 -3.636.235	744.912 -3.617.588	797.813 -3.608.137	854.974 -3.598.076	
	61-8	Institut für Denkmalschutz/-pflege		1.10.03.01	Denkmalschutz und -pflege	928.500 184.000	948.150 185.000	956.850 186.700	966.300 188.100	
	62	Amt für Geoinformation, Vermessung und Kataster	1.660.000 €	1.09.01.02	Geobasisdaten und Geoinformation	8.234.330 354.480	8.531.954 347.104	8.642.653 315.053	8.688.880 324.580	Der Fachbereich hat in einem Konzept dargelegt, mit welchen konkreten Maßnahmen a) die Einhaltung der Budgetwerte sichergestellt und b) die strukturelle Verbesserung i.H.v. 1,6 Mio. € erzielt werden kann.
	68	Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement	2.450.000 €	1.09.01.03	Stadterneuerung, Bodenordnung, Grundstücksverkehr, Gutachterausschuss	6.320.940 1.497.490	7.921.598 2.950.998	6.243.299 1.265.349	5.946.147 912.697	Der in Frage kommende nicht zweckgebundene Gebäudebestand (zunächst rd. 100 WE) ist abgestimmt. Seit der Präsentation der Ergebnisse der Potenzialanalyse in den Gremien, beginnend am 17.05.2006 im Haupt- und Finanzausschuss, sind aus dieser Liste bereits mehrere Objekte mit einem Erlös von rd. 2,45 Mio. € verkauft worden. Dieses Ergebnis - deutlich über den gutachtlich prognostizierten 1,5 Mio. € - ließ sich erzielen, indem, anstatt die Wohnungen als Bestand zu veräußern, besonders geeignete Grundstücke freigestellt und teils mit neuer städtebaulicher Ausrichtung als Baugrundstücke am Markt platziert werden konnten. Für das Restpaket (ca. 70 Einheiten) wurden Anfang 2007 dem ASP und dem Rat der Stadt die gleichzeitige Ausschreibung ohne Nennung eines Mindestgebotes (Verkehrswertes) zum Höchstgebot vorgeschlagen.
				1.10.02.01	Wohnungsbauförderung	1.723.849 214.049	1.776.249 220.449	1.787.876 229.426	1.808.875 233.075	
FEM	Flughafen Essen/Mülheim GmbH		1.12.08.01	Flughafen Essen/Mülheim GmbH	561.067 561.067	521.350 521.350	405.000 405.000	397.000 397.000	Die Budgetwerte stellen verbindliche Mindestvorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.	
Konsolidierungsbeitrag GB 6B:			4.470.000 €							

Konsolidierungsbeitrag Geschäftsbereiche gesamt:
35.661.100 €

davon noch nicht im Haushaltsplan/in der
Finanzplanung berücksichtigt: 553.200 €

**Ausgewählte Finanzdaten der
zwölf größten Städte (ohne Stadtstaaten) ¹⁾**

Stadt	Einwohner (Stand am 30.06.)	Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Anteil Eink. St. je Einw. in EUR	Anteil Ums.St. je Einw. in EUR	Familien- leist.ausgleich je Einw. in EUR	Gesamterg. Gr.Nrn. 00-03 je Einw. in EUR	Schulden je Einw. (IST) in EUR	Pers.- ausg. je Einw. (HGR 4) in EUR	Investi- tionen je Einw. in EUR	Gesamtdefizit des Verwaltungshaushaltes		davon:		
		Hebe- satz in %	je Einw. (netto) in EUR	Hebe- satz in %	je Einw. (netto) in EUR								in Mio €	in % der Ausgaben des Verwaltungs- haushalts	Fehlbetrag im Verwaltungs- haushalt	darin enthalten: Deckung von Fehlbeiträgen aus Vorjahren	
																	in Mio €
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
München	2007 1.NHPL	1.326.206 ²⁾	490	1154	490	201	479	90	40	1.933	2.545	1.031	455	838	14,6	838	0
	2006 2.NHPL	1.310.321	490	1168	490	200	462	82	37	1.890	2.545	1.031	612	356	6,8	356	0
	2005	1.280.982	490	886	490	206	436	80	35	1.785	2.665	1.055	704	59	1,3	59	0
	2004	1.268.191	490	772	400	161	434	79	36	1.606	2.665	1.040	757	0	0,0	0	0
	2003	1.266.815	490	550	400	161	459	79	36	1.422	2.422	1.047	777	90	2,4	90	0
	2002	1.261.889	490	595	400	158	454	80	36	1.445	1.938	1.024	622	157	4,4	157	0
Köln	2007													423,1	13,0	423,1	435,9
	2006													435,9	11,0	435,9	505,9
	2005	975.907	450	703	500	195	305	64	30	1.069	2.573	631	197	505,9	15,6	505,9	597,3
	2004	971.269	450	492	500	192	312	63	29	1.178	2.634	631	185	597,3	19,7	597,3	420,2
	2003	970.500	450	467	500	187	373	63	28	1.201	2.638	633	157	420,2	15,0	420,2	237,0
	2002	969.283	450	445	500	184	338	63	29	1.208	2.616	618	213	217,0	8,7	217,0	0,0
Frankfurt/M.	2007 ³⁾		460	1.456	460	239	426	189	23	2.608	2.453	805	610	54,6	2,1	54,6	0,0
	2006	656.929	490	1.225	460	237	431	172	23	2.295	2.261	777	456	330,9	13,0	330,9	184,6
	2005	648.325	490	1401	460	231	347	160	21	2.435	2.291	725	269	427,9	14,2	427,9	294,4
	2004	645.415	490	1354	460	242	355	158	21	2.434	2.571	777	388	303,4	10,9	303,4	151,0
	2003	651.655	490	998	460	233	388	156	24	2.181	2.623	821	373	184,6	7,1	184,6	0,0
	2002	642.279	490	935	460	235	406	159	23	1.989	2.792	820	420	294,4	11,6	294,4	0,0
Essen	2007													Keine Angabe mehr möglich, da zum 01.01.2007 NKF flächendeckend eingeführt worden ist.			
	2006													854,7	37,8	854,7	516,5
	2005	589.499	470	428	510	159	289	52	28	982	1.790	607	220	863,1	38,8	863,1	421,8
	2004	588.428	470	385	510	158	278	51	27	936	1.844	602	251	645,6	33,0	645,6	306,7
	2003	584.898	470	306	510	156	311	51	26	925	1.888	600	224	421,8	24,8	421,8	85,2
	2002	588.699	470	279	510	155	320	51	27	875	1.811	584	184	306,7	19,5	306,7	72,9
Dortmund	2007													Keine Angabe mehr möglich, da zum 01.01.2006 NKF flächendeckend eingeführt worden ist.			
	2006													364,0	21,0	364,0	223,8
	2005	587.830	450	332	470	141	241	37	24	817	1.661	272	330	224,1	13,6	224,1	116,8
	2004	587.965	450	248	470	134	246	36	23	763	1.634	462	254	223,8	14,5	223,8	56,3
	2003	590.329	450	181	470	135	264	36	22	712	1.634	535	274	50,6	3,6	50,6	0,2
	2002	588.633	450	263	470	135	273	36	23	799	1.656	521	300				

**Ausgewählte Finanzdaten der
zwölf größten Städte (ohne Stadtstaaten) ¹⁾**

Stadt	Einwohner (Stand am 30.06.)	Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Anteil Eink. St. je Einw. in EUR	Anteil Ums.St. je Einw. in EUR	Familien- leist.ausgleich je Einw. in EUR	Gesamterg. Gr.Nrn. 00-03 je Einw. in EUR	Schulden je Einw. (IST) in EUR	Pers.- ausg. je Einw. (HGR 4) in EUR	Investi- tionen je Einw. in EUR	Gesamtdefizit des Verwaltungshaushaltes		davon:		
		Hebe- satz in %	je Einw. (netto) in EUR	Hebe- satz in %	je Einw. (netto) in EUR								in Mio €	in % der Ausgaben des Verwaltungs- haushalts	Fehlbetrag im Verwaltungs- haushalt	darin enthalten: Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	
																	in Mio €
		1	2	3	4								5	6	7	8	9
Düsseldorf	2007												0	0,0	0	0	
	2006												0	0,0	0	0	
	2005	573.449	450	1.063	465	238	343	99	34	1978	1691	768	398	0	0,0	0	0
	2004	571.150	455	1.018	470	230	351	98	33	1.916	1.711	752	371	0	0,0	0	0
	2003	571.933	455	1020	475	224	377	97	32	1728	1728	732	500	0	0,0	0	0
	2002	571.363	455	709	475	226	378	98	32	1.546	1.746	718	405	0	0,0	0	0
Stuttgart	2007												0	0,0	0	0	
	2006												0	0,0	0	0	
	2005	591.550	420	724	420	190	348	76	29	1.546	392	758	549	0	0,0	0	0
	2004	589.868	420	850	420	197	352	76	29	1.700	752	747	514	0	0,0	0	0
	2003	588.677	420	557	420	185	372	76	30	1.364	860	723	368	0	0,0	0	0
	2002	587.437	420	406	420	184	381	76	29	1.197	957	701	608	0	0,0	0	0
Duisburg	2007												667,0	40,3	667,0	490,0	
	2006												590,0	37,8	590,0	425,6	
	2005	502.522	470	335	500	133	226	32	22	823	1.077	550	167	503,2	35,1	503,2	356,4
	2004	505.332	470	297	500	139	228	31	21	737	1.070	533	119	425,6	31,3	425,6	305,7
	2003	507.702	470	174	500	139	245	31	20	655	1.306	523	149	662,1	43,3	662,1	508,4
	2002	510.466	470	177	500	130	260	31	22	637	2.392	513	272	508,4	34,9	508,4	396,7
Hannover	2007												278,4	15,9	278,4	220,9	
	2006												139,7	9,2	139,7	77,0	
	2005	515.772	450	723	530	237	225	73	0	1.387	1.351	664	151	367,2	20,6	367,2	265,0
	2004	515.897	460	481	530	246	232	71	0	1.153	1.356	701	159	138,0	8,3	138,0	0,0
	2003	516.960	460	451	530	228	250	71	0	1.172	1.357	695	120	265,0	14,5	265,0	248,9
	2002	516.807	460	616	530	229	269	72	0	1.300	1.332	688	243	0,0	0,0	0,0	50,5

Ausgewählte Finanzdaten der zwölf größten Städte (ohne Stadtstaaten) ¹⁾

Stadt	Einwohner (Stand am 30.06.)	Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Anteil Eink. St. je Einw. in EUR	Anteil Ums.St. je Einw. in EUR	Familien- leist.ausgleich je Einw. in EUR	Gesamterg. Gr.Nrn. 00-03 je Einw. in EUR	Schulden je Einw. (IST) in EUR	Pers.- ausg. je Einw. (HGR 4) in EUR	Investi- tionen je Einw. in EUR	Gesamtdefizit des Verwaltungshaushaltes		davon:		
		Hebe- satz in %	je Einw. (netto) in EUR	Hebe- satz in %	je Einw. (netto) in EUR								in Mio €	in % der Ausgaben des Verwaltungs- haushalts	Fehlbetrag im Verwaltungs- haushalt	darin enthalten: Deckung von Fehlbeiträgen aus Vorjahren	
																	in Mio €
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
Nürnberg	2007												Keine Angabe mehr möglich, da zum 01.01.2005 NKF flächendeckend eingeführt worden ist.				
	2006																
	2005	497.213	447	494	490	191	311	60	25	1.173	1.904	846	145	1 ³⁾	0,09 ³⁾	1 ³⁾	42,0
	2004	494.079	447	467	410	160	310	60	26	1.096	1.895	892	217	69	5,0	69	46,0
	2003	493.650	447	317	410	166	325	69	26	965	1.844	894	238	130	9,6	130	71,0
	2002	491.991	447	394	410	158	350	60	27	1.035	1.756	874	253	68	5,09	68	37
Leipzig	2007												47,0	4,0	47,0	3,0	
	2006												40,0	4,0	40,0	19,0	
	2005	499.193	460	266 ⁴⁾	131	131 ⁴⁾	99 ⁴⁾	51 ⁴⁾	0 ⁴⁾	583 ⁴⁾	1813	486 ⁴⁾	213 ⁴⁾	58,0	6,0	58,0	81,0
	2004	496.313	460	219	500	129	95	50	0	521	1.837	541	280	18,0	2,0	18,0	23,0
	2003	495.609	460	182	500	131	91	50	0	507	1.754	574	471	81,0	9,0	81,0	19,0
	2002	493.241	440	226	430	115	92	51	0	521	1.735	546	666	23,0	2,0	23,0	15,0
Dresden	2007												0	0,0	0	0,0	
	2006												19,9	2,2	19,9	0,0	
	2005	489.245	450	381	635	148	116	48	44	729	1.529	527	707	0	0,0	0	21,9
	2004	484.580	450	267	535	125	112	48	0	609	1.547	540	434	21,9	2,3	21,9	34,5
	2003	481.308	450	227	535	123	106	48	0	567	1.561	558	610	0	0,0	0	8,7
	2002	478.988	450	246	480	112	102	49	0	519	1.680	568	475	43,2	4,8	43,2	0
Durchschnitt	2007												281,7	11,0	281,7	143,7	
	2006												276,7	12,2	276,7	172,9	
	2005	646.957	459	686	498	187	295	72	26	1.339	1.868	694	365	262,4	12,7	262,4	192,0
	2004	643.207	459	603	475	177	296	71	23	1.284	1.931	716	363	215,2	10,5	203,6	117,0
	2003	643.336	459	448	476	174	320	71	23	1.163	1.917	725	390	206,5	11,7	206,5	102,9
	2002	641.756	458	465	465	170	323	71	23	1.150	1.923	711	400	139,0	7,9	139,0	47,7

1) Landeshauptstadt München "Finanzvergleich der zwölf größten Städte", Stand 31.12.2005 und Erhebungen der Stadt Essen (Spalten 14 bis 17)

2) Stand 31.12.2006

3) Die Stadt Nürnberg hat ihr Rechnungswesen ab 2005 auf die kaufmännische Buchführung umgestellt. Die Angaben beziehen sich auf den im Gesamtfinanzplan geplanten Cashflow aus lfd. Verwaltungstätigkeit.

4) vorläufiges RE

5) Die Stadt Frankfurt hat ihr Rechnungswesen ab 2007 auf die kaufmännische Buchführung umgestellt.

Produktbereichsbudgets 2007

Nr.	Produktbereich	Ertrag	Aufwand	Saldo
1.01	Innere Verwaltung	70.888.430	267.782.555	-196.894.125
1.02	Sicherheit und Ordnung	47.078.138	109.163.212	-62.085.074
1.03	Schulträgeraufgaben	7.116.000	52.356.926	-45.240.926
1.04	Kultur und Wissenschaft	6.473.844	82.827.201	-76.353.357
1.05	Soziale Leistungen	101.286.877	375.636.767	-274.349.890
1.06	Kinder-, Jugend und Familienhilfe	58.985.462	208.094.302	-149.108.840
1.07	Gesundheitsdienste	749.969	10.267.437	-9.517.468
1.08	Sportförderung	1.580.000	25.266.400	-23.686.400
1.09	Räumliche Planungs-/ Entwicklungsm., Geoinfo	37.882.708	57.763.029	-19.880.321
1.10	Bauen und Wohnen	5.633.703	13.054.996	-7.421.293
1.11	Ver- und Entsorgung	186.272.630	184.592.367	1.680.263
1.12	Verkehrsflächen und anlagen, ÖPNV	50.009.215	123.839.982	-73.830.767
1.13	Natur- und Landschaftspflege	0	24.106.500	-24.106.500
1.14	Umweltschutz	639.466	5.670.151	-5.030.685
1.15	Wirtschaft und Tourismus	461.000	23.083.400	-22.622.400
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft	1.084.837.900	320.565.250	764.272.650
1.17	Stiftungen	2.550.000	2.554.546	-4.546
99	Summe	1.662.445.342	1.886.625.021	-224.179.679

Kürzel	Beteiligungsgesellschaft	Gegenstand des Betriebs	Gjahr	Eigenkapital gesamt (nominal) EUR	Bilanzsumme zum 31.12. EUR	Umsatz EUR	Betriebs- ergebnis EUR	Zins- ergebnis EUR	Beteili- gungs- ergebnis EUR	Außerordent- liches Ergebnis EUR	Neutrales Ergebnis EUR	Steuern von E + E EUR	Gewinnabführung aufgrund GewAbVertrag (-) oder Ertrag aus Verlustübernahme (+) EUR	Jahres- ergebnis IST (Saldo Sp. 8 bis 14) EUR	Jahresergebnis Stadt (anteilig) IST EUR	Erwartete anteilige EK-Verzinsung (4 %) abzgl. Steuern (-2,5 %) EUR	Kapitaleinlagen konsumentiv (ER) bis 2006: Zuschüsse VerwH IST / Plan EUR	Kapitaleinlagen investiv (FR) bis 2006: Zuschüsse VermH IST / Plan EUR	Beschäftigte mit Azubis Anzahl	Umsatz je Beschäftigten EUR	Zuschüsse je Beschäftigten EUR	Betriebs- ergebnis je Beschäftigten TEUR	Jahresergebnis je Beschäftigten TEUR	Umsatz je EUR Betriebs- ergebnis EUR	Betriebs- ergebnis/ Eigenkapital %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
1. Gewinngesellschaften (Gesellschaften mit Gewinnerwartung des Gesellschafters)																									
ABEG	Arbeit & Bildung Essen GmbH	Durchführung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik	2005	170.139	2.479.783	869.386	149.000	3.000	0	0	0	-62.000		89.733	89.733	1.621	0	0	49	17.925	0	3	2	6	88
			2007													4.288	0	0							
ABELLIO *	Abello GmbH	Erwerb, Beteiligung und Steuerung von Unternehmen mit Personenbeförderung	Seit 2006 wird diese ehemalige Beteiligung mittelbar über die EVV von der EVBG über zwei Luxemburger GmbHs (ABELLIO LuxCo 1 SARL und ABELLIO LuxCo2 SARL - hier nicht dargestellt -) als Finanzanlage gehalten und stellt somit keine Beteiligung i.S. der GO NRW mehr dar. Ein nennenswerter Einfluss der Stadt besteht nicht, auf die Ausweisung von Finanzdaten wurde daher verzichtet.																						
ABG	Altstadt-Baugesellschaft mbH & Co.KG	Verwaltung und Verwertung von bebauten und unbebauten Grundstücken, Geschäftshäusern	2005	4.562.831	15.083.559	4.069.878	1.630.000	-384.000	0	0	18.000	-5.000		1.259.405	936.116	49.502	0	0	1	4.069.878	0	1.630	1.259	2	36
			2007													61.877	0	0							
ALLBAU *	ALLBAU AG	Bereitstellung von Wohnraum für breite Bevölkerungskreise zu tragbaren Mietkonditionen	2005	86.606.605	357.181.642	84.358.235	20.349.000	0	934.000	0	-1.642.000	-2.809.000		16.831.669	13.833.949	1.331.441	0	0	1	84.358.235	0	20.349	16.832	4	23
			2007													1.793.786	0	0							
AMG *	ALLBAU Managementgesellschaft mbH	Erschließungsträgerschaften, Bau- und Sanierungsträgerschaften, Verwaltungsaufgaben für Dritte	2005	1.033.301	8.223.059	12.498.876	546.700	-83.500	5	0	8.800	0	-472.005	0	0	17.121	0	0	132	94.688	0	4	0	23	53
			2007													21.402	0	0							
CCE	Congress Center Essen GmbH	Akquisition und Durchführung von Kongressen, Veranstaltungen und Tagungen	Zum 01.01.2005 auf die Mese Essen GmbH (ME) verschmolzen																						
EBE *	Entsorgungsbetriebe Essen GmbH	Sammlung, Transport, Verwertung und Beseitigung von Wertstoffen und Abfällen aller Art	2005	13.927.700	59.220.754	75.538.107	3.455.000	-1.576.000	141.910	0	1.946.000	-1.744.350		2.222.630	1.133.541	120.347	0	0	977	77.316	0	4	2	22	25
			2007													150.434	0	0							
EBV * bis 2006 EBEVB	EVV Verwertungs- und Betriebs GmbH (vormals: EBE Vermögens- und Betriebs GmbH)	Erwerb, Besitz und Verwaltung von Grundvermögen für die EBE und Fahrzeugen für den Konzern	2005	1.774.706	15.499.701	8.132.131	728.000	-907.000	0	0	318.000	-122.921		16.929	16.929	35.320	0	0	41	198.345	0	18	0	11	41
			2007													44.723	0	0							
EBVG * bis 2005: ABELLIO BG	Essener Verkehrs-Beteiligungsgesellschaft mbH bis 2005: Abello Beteiligungsgesellschaft mbH	Erwerb, Beteiligung und Steuerung von Unternehmen mit Personenbeförderung im kommunalrechtlich zulässigen Rahmen	2005	2.517.091	15.189.009	23.412.962	-2.460.000	-79.000	-187.000	0	1.362.000	-77.000	1.441.000	0	0	43.133	0	0	43	544.487	0	-57	0	-10	-98
			2007													53.916	0	0							
EBG *	EVV Beteiligungsgesellschaft mbH	Vermögensverwaltung der Anteile an der ALLBAU AG	2005	4.979.032	317.854.771	0	-7.613.498	0	0	0	0	0		-7.613.000	-7.613.000	33.788	0	0	4	0	0	-1.903	-1.903	0	-153
			2007													125.472	0	0							
EEG *	Entwässerung Essen GmbH	Erwerb, Errichtung Verpachtung und Betrieb der öffentlichen Abwasserentsorgung	2005	179.817.628	737.838.383	40.132.419	22.233.000	-16.043.000	0	0	-543.000	-3.434.000	-2.213.000	0	0	1.848.813	0	0	2	20.066.209	0	11.117	0	2	12
			2007													2.311.016	0	0							
EGU	Entwicklungsgesellschaft Universitätsviertel Essen mbH	Förderung der städtebaulichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Universitätsviertels	2005	0	477.964	0	22.375	-28.941	0	0	0	0		-6.566	-901	0	0	0	1	0	0	22	-7	0	0
			2007													0	0	0							
ETEC	Essener Technologie- und Entwicklungs-Centrum GmbH	Förderung von Innovationen und Existenzgründungen sowie des Technologietransfers	2005	11.873.711	32.425.583	2.438.022	-189.000	-749.000	0	0	210.000	0		-727.535	-242.509	84.680	0	0	16	152.376	0	-12	-45	-13	-2
			2007													99.729	0	0							
ETP *	ETP Euro Traffic Partner GmbH	Planung, Organisation und Koordinierung des ÖPNV, Austausch und Aufbau von Know-how	Seit 2006 wird diese ehemalige Beteiligung mittelbar über die EVV von der EVBG über die Anteile zwei Luxemburger GmbHs (ABELLIO LuxCo 1 SARL und ABELLIO LuxCo2 SARL - hier nicht dargestellt -) an der ABELLIO GmbH als Finanzanlage gehalten und stellt somit keine Beteiligung i.S. der GO NRW mehr dar. Ein nennenswerter Einfluss der Stadt besteht nicht, auf die Ausweisung von Finanzdaten wurde daher verzichtet.																						
FEM	Flughafen Essen/Mülheim GmbH	Einrichtung und Betrieb des Flughafens Essen/Mülheim und Förderung des Flugwesens	2005	73.623	658.916	556.624	-596.000	2.000	0	0	15.000	-15.000		-594.000	-197.802	503	197.667	104.000	19	29.296	15.877	-31	-31	-1	-810
			2007													618	366.000	0							
GVE	Grundstücksverwaltung Stadt Essen GmbH	Erwerb, Verwaltung und Verwertung von bebauten und unbebauten Grundstücken	2005	22.549.448	66.688.968	10.722.878	387.000	-1.348.000	936.000	0	1.535.000	-62.000		1.448.381	1.448.381	373.746	0	2.562.000	3	4.289.151	1.024.800	155	579	28	2
			2007													568.246	0	0							
IRG *	InfraLogistik Ruhr GmbH Neugründung zum 01.01.2005	Handel mit Rohmaterialien für die Gas- und Wasserversorgung im Versorgungsgebiet der Stadtwerke	2005	285.099	5.980.017	6.304.009	394.989	-68.435	0	0	0	-138.675		187.879	46.951	504	0	0	9	700.445	0	44	21	16	139
			2007													1.795	0	0							
KSG	KettwigService GmbH	Hauswirtschaftl. und haustechnische Dienstleistungen sowie Verwaltungstätigkeiten für ESK	2005	13.809	292.716	1.801.943	-11.600	400	0	0	0	0		-11.191	-3.601	90	0	0	38	47.979	0	0	0	-155	-84
			2007													112	0	0							
ME	Messe Essen GmbH	Durchführung von Messen, Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen, Kongresswesen	2005	28.971.299	179.657.913	56.255.892	174.000	-4.647.000	137.000	0	1.653.000	72.000		-2.611.346	-2.088.293	584.061	0	0	206	273.087	0	1	-13	323	1
			2007													633.289	0	0							
MEOB *	meobus-GmbH	Betrieb eines Omnibusunternehmens für Fahrten im öffentlichen Linienverkehr	Seit 2006 wird diese ehemalige Beteiligung mittelbar über die EVV von der EVBG über die Anteile zwei Luxemburger GmbHs (ABELLIO LuxCo 1 SARL und ABELLIO LuxCo2 SARL - hier nicht dargestellt -) an der ABELLIO GmbH als Finanzanlage gehalten und stellt somit keine Beteiligung i.S. der GO NRW mehr dar. Ein nennenswerter Einfluss der Stadt besteht nicht, auf die Ausweisung von Finanzdaten wurde daher verzichtet.																						
MEOL *	meoline GmbH	Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Schienen und Straßen	2005	664.389	12.451.484	90.103.919	77.000	-9.000	0	29.000	0	0		97.044	63.515	7.481	0	0	68	1.325.058	0	1	1	1.170	12
			2007													10.958	0	0							
PROESS	Projektentwicklungs-Gesellschaft Essen mbH	Wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte	2005	783.529	2.541.309	0	-98.300	-31.300	0	0	0	-15.200		-114.435	-28.609	4.526	0	0	1	0	0	-98	-114	0	-13
			2007													4.936	0	0							
PTG vormals TFG	PerTransfer Essen GmbH vormals TransFair-Gesellschaft Essen mbH	Beratung und Unterstützung von Unternehmen im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Ziele	2005	791.892	1.012.241	1.885.118	-40.000	17.480	0	0	118.000	-39.849		54.638	54.638	12.777	0	0	69	27.321	0	-1	1	-47	-5
			2007													18.579	0	0							
PTS *	pts GmbH	Erbringung von Serviceleistungen im Bereich des ÖPNV	2005	533.266	1.373.766	8.123.933	260.439	3.851	0	0	12.000	-89.615		186.675	172.674	6.463	0	0	26	308.660	0	10	7	31	49
			2007													3.577	0	0							
OLV *	Otto Lingner Verkehrs-GmbH	Auftragsfahrten im ÖPNV und Gelegenheitsverkehr, Berufs-, Behinderten- und Schülerverkehr	2005	84.787	1.521.203	840.140	-43.540	0	0	0	0	10.355		-33.185	-14.104	1.011	0	0	32	26.254	0	-1	-1	-19	-51
			2007													908	0	0							
RGE *	RGE Servicegesellschaft Essen mbH	Reinigung im Konzern Stadt, Dienstleistungen zur Be- und Überwachung	2005	2.083.139	4.329.655	18.055.181	1.026.103	36.380	0	0	0	-436.926		625.557	625.557	41.584	0	0	701	25.756	0	1	1	18	49
			2007													52.495	0	0							

Kürzel	Beteiligungsgesellschaft	Gegenstand des Betriebs	Gjahr	Eigenkapital gesamt (nominal) EUR	Bilanzsumme zum 31.12. EUR	Umsatz EUR	Betriebs- ergebnis EUR	Zins- ergebnis EUR	Beteili- gungs- ergebnis EUR	Außerordent- liches Ergebnis EUR	Neutrales Ergebnis EUR	Steuern von E + E EUR	Gewinnabführung aufgrund GewAbVertrag (-) oder Ertrag aus Verlustübernahme (+) EUR	Jahres- ergebnis IST (Saldo Sp. 8 bis 14) EUR	Jahresergebnis Stadt (anteilig) IST EUR	Erwartete anteilige EK-Verzinsung (4 %) abzgl. Steuern (-2,5 %) EUR	Kapitaleinlagen konsumtiv (ER) bis 2006: Zuschüsse VerwH IST / Plan EUR	Kapitaleinlagen investiv (FR) bis 2006: Zuschüsse VermH IST / Plan EUR	Beschäftigte mit Azubis Anzahl	Umsatz je Beschäftigten EUR	Zuschüsse je Beschäftigten EUR	Betriebs- ergebnis je Beschäftigten TEUR	Jahresergebnis je Beschäftigten TEUR	Umsatz je EUR Betriebs- ergebnis EUR	Betriebs- ergebnis/ Eigenkapital %		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26		
RRPM*	rhein ruhr partner Gesellschaft für Messdienstleistungen mbH	Erbringung von Messleistungen für Energie, Wasser sowie Nah- und Fernwärme	Die Gesellschaft wurde 2006 gemeinsam mit der Stadtwerke Duisburg AG gegründet; Daten liegen daher noch nicht vor.																								
SBG *	Stadtbahn-Betriebsführungsgesellschaft Ruhr mbH	Koordination der betrieblichen Belange der Stadtbahn in Essen und Mülheim	2005	55.544	10.807.810	164.600	3.000	4.000	0	0	0	-5.000		2.018	1.009	534	0	0	0						55	5	
			2007													700	0	0	0								
SWE *	Stadtwerke Essen AG	Versorgung mit Energie, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Betrieb des Hafens	2005	116.557.012	426.624.542	289.188.485	22.855.000	-6.222.000	2.300.000	0	383.000	-1.708.000	-17.608.000	0	0	1.184.296	0	0	849	340.735	0	27	0	13	20		
			2007													1.497.991	0	0									
TAG*	vormals Beteiligung an CNE / TROP	Übernahme einer Beteiligung der Vienna I S.A.R.L im Austausch mit Anteilen der Tropopolys Beteiligungs GmbH sowie Verwaltung und Verwertung dieser Beteiligung	Die ursprüngliche Beteiligung der EVW an der CNE wurde bereits früher gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten in die Tropopolys GmbH (TROP) und nachfolgend in die Tropopolys Beteiligungsgesellschaft (TBG) eingebracht. Die CNE wurde im Folgenden mit anderen Citycarriern zur Tropopolys NRW GmbH verschmolzen. Nach dem Erwerb von Versatel durch die auch in Tropopolys finanziell engagierten Apax, der Verschmelzung von Versatel mit Tropopolys zur Versatel Holding und der Beteiligung weiterer Finanzinvestoren an Versatel haben die Altgesellschafter der früheren Citycarrier ihre in der TBG gehaltenen Beteiligungen in der 2006 neu errichteten TAG gebündelt. Diese hält über 2 zur steueroptimierten Finanzierung von Versatel gegründeten Luxemburger GmbHs, die hier nicht dargestellt werden, entsprechende Anteile an der Versatel Holding. Es handelt sich daher nur noch um eine Finanzanlage und keine Beteiligung i.S. der GO NRW mehr. Ein nennenswerter Einfluss der Stadt besteht nicht, auf die Ausweisung von Finanzdaten wurde daher verzichtet.																								
VEKS *	Verwertung und Entsorgung Karnap-Städte Holding GmbH	Steuerung und Koordination von Aufgaben des Dualer Systems und der Abfallwirtschaft	2005	1.465.067	3.788.396	4.945.966	295.554	40.303	728.916	0	0	-152.335		912.438	114.876	1.397	0	0	1	4.945.966	0	296	912	17	20		
			2007													1.753	0	0									
VVE *	Versicherungs-Vermittlungsdienst Essen GmbH	Vermittlung von Versicherungen im Bereich der Stadt und ihrer Beteiligungsgesellschaften	2005	228.535	436.243	615.793	89.150	0	0	0	0	-36.150		53.000	22.594	2.051	0	0	11	55.981	0	8	5	7	39		
			2007													2.455	0	0									
WFB *	Weisse Flotte Baldeney-GmbH	Personen-Schiffahrt auf dem Baldeneysee und der Ruhr	2005	25.000	1.376.879	862.739	-186.000	-71.000	0	0	0	0	257.000	0	0	504	0	0	14	61.624	0	-13	0	-5	-744		
			2007													630	0	0									
WGE *	Wassergewinnung Essen GmbH	Gewinnung, Förderung, Aufbereitung und Bereitstellung von Trinkwasser	2005	1.715.980	3.759.854	12.554.445	370.000	-4.000	0	0	0	-148.000		217.610	55.490	7.703	0	0	7	1.793.492	0	53	31	34	22		
			2007													11.027	0	0									
ZEBRA	zebra.Gesellschaft für Baumanagement mbH	Wissensverbreitung rationaler, anwendungsorientierter umweltschonender Bauaufgaben	Die mittelbare Beteiligung der Stadt über ETEC entspricht einer Beteiligungsquote von rd. 8,6 %. Daten liegen nicht vor.																								
ZZZ	ZukunftsZentrumZollverein AG zur Förderung von Existenzgründungen	Förderung der Wirtschaftsstruktur des vom Rückgang des Bergbaus betr. Stadtteils Katernberg	2005	516.459	8.216.813	843.016	88.100	11.000	0	0	7.400	-44.300		62.157	22.432	3.305	0	0	7	120.431	0	13	9	10	17		
			2007													4.697	0	0									
2. Sonstige (Verlust-) Gesellschaften																											
2.1 Originäre Verlustgesellschaften																											
EMG	EMG - Essen Marketing Gesellschaft mbH ...	Stadtmarketing auf den Gebieten Stadtwerbung, Touristik und Zentrenmanagement	2005	83.567	860.185	2.561.431	-1.902.000	-5.000	0	3.000	0	0		-1.131.200	-1.682.000		1.131.200	550.800	33	78.212	51.359	-58	-35	-1	-2.276		
			2007														1.566.400	0									
EVAG *	Essener Verkehrs-AG	Beförderung von Personen mit Schienenbahnen, U-/Stadtbahnen, Kraft- und O-Busverkehren	2005	165.265.460	339.864.147	149.152.258	-70.075.000	15.315.000	0	0	-1.912.000	0	56.672.000	0	0		0	489.410	1.843	80.929	266	-38	0	-2	-42		
			2007														0	0									
EWG	EWG - Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	Förderung der Wirtschaft und des Standort, Gewerbesiedlung und -entwicklung	2005	1.194.729	1.964.555	757.578	-2.734.000	40.000	0	0	0	0	-2.693.874	-2.693.874			1.856.100	1.134.600	38	19.936	78.703	-72	-71	0	-229		
			2007														2.093.550	0									
2.2 Gesellschaften mit gemeinnütziger sowie kultur- oder sozialpolitischer Zielsetzung																											
EABG	Essener Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH	Förderung und Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	2005	344.347	10.940.483	7.563.082	-1.462.000	-334.000	0	0	67.000	0		-1.728.517	-1.728.517		1.650.000	100.000	130	58.178	13.462	-11	-13	-5	-425		
			2007														1.154.000	100.000									
ESBG	Essener Sport-Betriebsgesellschaft mbH	Erhalt und Betrieb von Sportstätten, Sportbegegnungstätten und Gesundheitszentren	2005	37.266	241.242	1.415.114	12.861	-1.813	0	0	0	-4.771		6.277	1.569		0	0	11	128.647	0	1	1	110	35		
			2007														0	0									
ESK	Evangelisches Seniorenzentrum Kettwig gGmbH	Förderung der Altenhilfe durch Betrieb von Einrichtungen der Altenpflege in Kettwig	2005	5.710.975	11.990.756	6.991.930	-555.000	109.000	0	22.000	-104.000	0		-527.839	-169.859		0	0	94	74.412	0	-6	-6	-13	-10		
			2007														0	0									
GSE	GSE Gesellschaft für Soziale Dienstleistungen Essen mbH	Förderung und Unterstützung alter, pflegebedürftiger Menschen sowie behinderter Personen	2005	38.822.948	92.791.363	59.842.265	-160.000	-278.000	0	0	725.000	0		286.507	257.856		0	0	1.086	55.103	0	0	0	-374	0		
			2007														0	0									
IWW *	IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gem. GmbH	Wissensvertiefung auf den Gebieten der Wasserchemie, -technologie, Gewässerschutz	Die mittelbare Beteiligung der Stadt über EVV u. SWE entspricht einer Beteiligungsquote von rd. 2,4 %. Aufgrund der geringen Bedeutung der Beteiligung wurde auf die Ausweisung von Finanzdaten verzichtet.																								
JHE bis 2006: GJE	Jugendhilfe Essen gGmbH (vormals: Gemeinnützige Jugendfarm Essen GmbH)	Förderung der Bildung und Erziehung junger Menschen im Rahmen der Jugendhilfe gemäß SGB, insbesondere als Trägerin von Einrichtungen, Diensten und Angeboten der Jugendsozialarbeit	2005	195.172	242.804	0	-309.662	-1.915	0	0	0	-2.719		-314.887	-314.887		227.300	30.000	10	0	25.730	-31	-31	0	-159		
			2007														1.434.450	30.000									
R2010	Ruhr 2010 GmbH	Förderung der Kunst und Kultur mit dem Ziel einer Fortentwicklung der kommunalen und regionalen Kulturstrukturen, insbesondere durch die Realisierung des Projekts „Essen für das Ruhrgebiet- Europäische Kulturhauptstadt 2010“	2007														1.250.000	4.250									
RN	Revierpark Nienhausen GmbH	Trägerschaft für den Revierpark Nienhausen für Zwecke der Erholung und Freizeitgestaltung	2005	3.710.207	4.637.460	2.087.960	-1.178.000	-21.000	0	0	-16.000	0		-1.215.756	-303.939		222.083	91.250	46	45.390	6.812	-26	-26	-2	-32		
			2007														-229.500	0									
SDE	Suchthilfe direkt Essen GmbH	Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch Förderung und Unterstützung von Drogenabhängigen	2005	140.385	1.328.072	299.208	36.400	5.600	0	0	24.700	0		66.739	60.319		0	0	68	4.415	0	1	1	8	26		
			2007														0	0									
TBE	Gemeinnützige Theater-Baugesellschaft Essen mbH	Pflege und Förderung der Kunst durch Bau und Betrieb des Theaters	2005	23.223.211	37.071.511	264.454	-4.062.000	-501.000	0	16.000	0	0		-4.546.770	-4.546.770		1.600.000	235.000	2	132.227	917.500	-2.031	-2.273	0	-17		
			2007														2.409.000	226.000									
TUP	Theater und Philharmonie Essen GmbH	Pflege und Förderung der Kunst durch Einrichtung und Betrieb eines Musiktheaters	2005	1.599.559	20.997.536	7.924.568	-40.317.000	19.000	0	0	0	0		-40.299.337	-40.299.337		40.180.000	510.000	680	11.654	59.838	-59	-59	0	-2.521		
			2007														42.690.000	650.000									

Kürzel	Beteiligungsgesellschaft	Gegenstand des Betriebs	Gjahr	Eigenkapital gesamt (nominal) EUR	Bilanzsumme zum 31.12. EUR	Umsatz EUR	Betriebs- ergebnis EUR	Zins- ergebnis EUR	Beteili- gungs- ergebnis EUR	Außerordent- liches Ergebnis EUR	Neutrales Ergebnis EUR	Steuern von E + E EUR	Gewinnabführung aufgrund GewAb/Vertrag (-) oder Ertrag aus Verlustübernahme (+) EUR	Jahres- ergebnis IST (Saldo Sp. 8 bis 14) EUR	Jahresergebnis Stadt (anteilig) IST EUR	Erwartete anteilige EK-Verzinsung (4%) abzgl. Steuern (-2,5%) EUR	Kapitaleinlagen konsumtiv (ER) bis 2006: Zuschüsse VerwH IST / Plan EUR	Kapitaleinlagen investiv (FR) bis 2006: Zuschüsse VermH IST / Plan EUR	Beschäftigte mit Azubis Anzahl	Umsatz je Beschäftigten EUR	Zuschüsse je Beschäftigten EUR	Betriebs- ergebnis je Beschäftigten TEUR	Jahresergebnis je Beschäftigten TEUR	Umsatz je EUR Betriebs- ergebnis EUR	Betriebs- ergebnis/ Eigenkapital %	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
2.3 Übrige Gesellschaften																										
AGZ	Ausstellungsgesellschaft Zollverein mbH	Entwicklung des Zollvereinsareals zu einem Wirtschaft und Kulturstandort der Zukunft	2005	25.000	2.727.705	0	678	0	0	0	0	-678		0	0		0	0	3	0	0	0	0	0	0	3
			2007																0	0						
BRE	Betriebsgesellschaft Radio Essen mbH & Co.KG	Betrieb des lokalen Rundfunks	2005	148.394	1.887.071	2.061.951	564.500	-27.493	0	0	0	-4.398		532.253	66.532		0	0	1	2.061.951	0	565	532	4	380	
			2007																0	0						
BVRE	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Essen mbH	Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der BRE	2005	29.158	30.633	0	-1.143	640	0	0	2.556	-542		1.512	181		0	0	1	0	0	-1	2	0	-4	
			2007																							
EGZ	Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH	Entwicklung Zollvereinsareal zum Wirtschafts-, Kultur-, Industriekultur- und Tourismusstandort	2005	129.823	6.526.962	30.352	-117.000	10.000	0	0	84.000	0		-23.000	-11.500		0	0	15	2.023	0	-8	-2	0	-90	
			2007																0	0						
EKZ	ekz.bibliotheksservice GmbH	Versorgung öffentlicher Bibliotheken mit Büchern, anderen Medien und Bibliotheksbedarf	2005	2771996	17.727.553	36.048.579	297.000	24.000	0	-258.000	180.000	-1.000		241.256	3.402		0	0	227	158.804	0	1	1	121	11	
			2007																0	0						
EVV	Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	Holding Versorgung, Entsorgung und Verkehr	2005	322.227.499	545.808.674	0	-40.946.258	0	0	0	0	0		-40.946.258	-40.946.258		37.250.000	3.969.800	2	0	20.609.900	-20.473	-20.473	0	-13	
			2007															18.213.000	0							
RTKG	Ruhrgebiet Tourismus GmbH & Co.KG	Entwicklung eines eigenständigen touristischen Regionalprofils	2005	0	1.380.639	835.617	-536.200	-45.000	0	0	88.300	0		-492.934	-18.337		0	0	11	75.965	0	-49	-45	-2		
			2007																0	0						
RTMG	Ruhrgebiet Tourismus Management GmbH	Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der RTKG	Das operative Geschäft nimmt die RTKG wahr. Auf die Darstellung von Finanzdaten wurde daher verzichtet.																							
VKA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und aktienrechtlich zulässigen Interessen	2005	253.451	530.115	0	-206.308	41.659	0	0	0	0		-164.649	-22.195		17.236	0	2	0	8.618	-103	-82	0	-81	
			2007															17.300	0							

* Die Ergebnisse dieser Gesellschaften wirken sich über Gewinnabführungen / - ausschüttungen bzw. Verlustübernahmen bei der EVV aus.
Dies gilt auch für die mittelbare Beteiligung der Stadt an PTS, die sowohl über EVV / RGE (18 %) und EVV / EVBG (rd. 8,6 %) besteht. Die EVBG hält ihre Anteile über zwei Luxemburger GmbHs (ABELLIO LuxCo 1 SARL und ABELLIO LuxCo2 SARL), die nicht dargestellt sind.